WEG UND ZIEL

1/2000

Marxistische Zeitschrift

„Die heute auf unserem Planeten vorherrschende Wirtschaftsordnung wird zusammenbrechen. Das kann sogar ein Schüler begreifen, der gut genug addieren, subtrahieren, multiplizieren und dividieren kann, um im Fach Rechnen die Note „Ausreichend" zu erhalten. Aber viele sind derart infantil, daß sie jene als Skeptiker bezeichnen, die diese Themen ansprechen. Das gegenwärtige System ist unhaltbar, denn es fußt auf blinden, chaotischen, verderblichen und destruktiven Gesetzen der Gesellschaft und der Natur."

Fidel Castro. Katastrophe Weltmarkt. Auszüge aus der Rede zum 40. Jahrestag der Revolution am 1. Januar 1999. »Konkret« 1/2000. S. 11.

Ein Buchtip

Udo Hesse
Als noch Osten war
Fotografien aus Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg und Köpenik in den achtziger Jahren

Mit einem Vorwort von Andreas Krase und einem Text von Adolf Endler

Elefanten Press-Verlag, Berlin 1999
65 Seiten, 218 Schilling, 29.90 DM

Udo Hesse, Jahrgang 1955, zog 1976 aus dem Rheinland nach Westberlin, wo er Fotografie studierte und seitdem als freischaffender Fotograf tätig ist. Neben kommerziellen Arbeiten in fast allen fotografischen Bereichen hat er regelmäßig auch eigene Fotoprojekte verfolgt und in Ausstellungen präsentiert. Bekannt sind seine Künstlerporträts und seine Arbeiten für die Tanzfabrik Berlin. Sein heutiger Arbeitsschwerpunkt ist people-Fotografie.

Der Fotograf Udo Hesse hat in den achtziger Jahren den „exotischen" Osten erforscht und in Schwarz-Weiß-Bildern festgehalten. Nun, über zehn Jahre nach dem Fall der Mauer, sind sie ein eindrucksvolles historisches Dokument über den Alltag im realen Sozialismus: einfühlsame und humorvolle Augen-Blicke des Fotografen. „Die Kamera nimmt nicht nur auf. Sie bildet auch die Erfahrung dessen ab, der sieht." Und „kein anderes Medium kann das Bewußtsein von Vergänglichkeit so bestärken wie die Fotografie", meint der Kunsthistoriker Andreas Krase im Vorwort.

Krisis beiträge zur kritik der warengesellschaft

JETZT NEU | NR. 23 | JETZT NEU
Postpolitik und demokratische Krisenverwaltung

Franz Schandl: **Das Phänomen Haider.** Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: **Demokratischer Rassismus, Outsorcing des Staats.** Das Beispiel Haider.
Ernst Lohoff: **Einer muß den Bluthund machen.** Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission.
Robert Bösch: **Zwischen Allmacht und Ohnmacht.** Zur Psychopathologie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts.
sowie: Rezensionen | Kommentare | Glossen
164 Seiten, DM 18, ISBN 3-89502-101-6

EBENFALLS JETZT ERSCHIENEN:
Roswitha Scholz: **Das Geschlecht des Kapitalismus**
Feministische Theorien und die postmoderne Metamorsphose des Patriarchats
190 S., br., DM 24, ISBN 3-89502-100-8

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung! Oder über den Verlag:
Horlemann Verlag · Postfach 1307 · D-53583 Bad Honnef
Fax. (0 22 24) 54 29 · e-mail: info@horlemann-verlag.de

VHS Meidling

VHS-Kurs mit Stephan Grigat

Einführung in die Globalisierungsdebatte

(Nr. 411019)

Globalisierung, Neoliberalismus, Deregulierung und Internationalisierung sind Begriffe, die die politische und gesellschaftliche Diskussion der letzten Jahre nachhaltig geprägt haben. Was verbirgt sich hinter solchen Schlagwörtern?
In dem Kurs soll erläutert werden, was unter Globalisierung zu verstehen ist, ob die Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts eine neue Erscheinung ist und ob die Handlungsfähigkeit nationalstaatlicher Politik durch die Globalisierung eingeschränkt wird. Zudem wird über alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu diskutieren sein.

28. April bis 26. Mai 2000,
Freitag, 17.30 bis 19.30 Uhr

Kursbeitrag 100,- öS

Anmeldungen (nach Möglichkeit bis 21. April) an die VHS Meidling, Längenfeldgasse 13-15, 1120 Wien,
Tel.: 810 80 67, Fax: 810 80 68-76110,
E-Mail: office@meidling.vhs.at

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit diesem Heft halten Sie die vorläufig letzte Nummer dieser traditionsreichen marxistischen Zeitschrift in der Hand. Die KPÖ, als Herausgeberin der Zeitung sieht sich nicht mehr in der Lage, die bedeutende Subvention zuzusagen. Aus eigenen Kräften ist die Zeitung nicht lebensfähig, obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, einen für österreichische Verhältnisse relevanten Abonnentenstamm zu halten. Für Nichtkenner der Parteiwirrnisse der KPÖ ist der Schluß, daß es sich hier um eine ideologisch motivierte „Liquidierung" handle, möglicherweise naheliegend.

Die Zeitschrift hat sich in den letzten Jahren bewußt als Plattform des linken Dialoges gesehen und damit auch Positionen Raum gegeben, die stark von den zentralen Grundgedanken der KPÖ abweichen, etwa in der Frage der Rolle der Arbeiterklasse in einem allfälligen gesellschaftlichen Veränderungsprozeß, sei's durch Reform oder Revolution. Positionen, welche die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse in Frage stellten, sind natürlich in dieser Partei als Provokation empfunden worden. Trotzdem war in den letzten Jahren die Offenheit der Diskussion gesichert worden.

Die nunmehrige vorübergehende Einstellung hat vorrangig ökonomische Gründe. Wesentliche Geldmengen der KPÖ sind noch immer auf Betreiben der deutschen Treuhand in der Schweiz beschlagnahmt. Gerade im Zeichen der dramatischen Rechtsentwicklung der österreichischen Politlandschaft ist die KPÖ bestrebt, auch finanziell eine mittelfristige Perspektive zu sichern. Aus diesem Grunde wurden die Mittel, die zum jährlichen Gebrauch bestimmt sind, neuerlich einschneidend gekürzt. Die schärfsten Schnitte wurden bei den Personalkosten gesetzt.

Um die Zeitung »Volksstimme« als Wochenzeitung weiter herausgeben zu können, werden zwei andere Zeitungen geschlossen. Schärfere Schnitte im Personalbudget sind in den Führungsgremien der Partei nicht durchzusetzen. Da in einem bestimmten Milieu auf Funktionärsebene theoretische Arbeit keinen besonders hohen Stellenwert genießt, hat sich gegen die Schließung von »Weg und Ziel« auch kein Widerstand geregt. Ernsthaft bedauert wird dieser Vorgang vielleicht von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, von der Redaktion, aber auch von der engeren Parteiführung. Dieser ist bewußt, daß ein wie immer genau orientiertes linkes Projekt einer theoretischen Fundierung bedarf. Als Übergangsvariante, bis zu einer allfälligen Neugründung von »Weg und Ziel«, soll die Theorieentwicklung in eigens dazu regelmäßig zur Verfügung stehenden Seiten in der »Volksstimme« stattfinden. Auch einen Teil der Autorennamen werden sie dort wieder finden.

Mit der »Weg und Ziel«-Nummer zur FPÖ ist ein erster Versuch unternommen worden, diese moderne rechtsextreme Partei zu fassen. Mit ihrem Regierungseintritt erhält die genaue Analyse ihrer Politik eine besondere Dringlichkeit. Mit der bloßen Analogie zu traditionellen antifaschistischen Mustern wird man nicht das Auslangen finden. Auch die politische Praxis des Protests bedarf der theoretischen Begründung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung empfinde ich die Einstellung der Zeitung besonders tragisch. Sie ist ja eine Gründung des antifaschistischen Kampfes. Ihre ersten verstreuten Nummern erschienen auf deutsch in der Tschechoslowakei 1935. Als geordneter Jahrgang erschien »Weg und Ziel« in großer Auflage von 1936 bis 1938. Selbst die Drucklegung geschah illegal, angeblich wurden bis zu 10.000 Exemplare ebenfalls illegal nach Österreich gebracht und verbreitet. Ab 1938, mit dem Einmarsch Hitlers, war dies nicht mehr möglich. Ein Jahr nach Kriegsende wurde die Zeitschrift neu gegründet. Während in den ersten beiden Jahrgängen Fragen der Volksfrontpolitik vor allem im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg, die Konzeption der österreichischen Nation und die Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus bedeutsam waren, dominierte nach dem Krieg die Diskussion um die Neuaufteilung Europas und die Rolle Österreichs als eigenständiger Staat. Mit der Konsolidierung der Partei wurde in den beginnenden sechziger Jahren auch eine wissenschaftliche Arbeit systematisiert, die eigenständige Analysen zur politischen und ökonomischen Entwicklung Österreichs vorlegte, während in weltpolitischen Fragen die Anlehnung an die Sowjetunion dominierte. Diese Orientierung war noch unter dem Chefredakteur Marek gültig, bis sich um ihn eine starke Gruppe von Intellektuellen als Fürsprecher eines eurokommunistischen Projekts profilierten. Aus heutiger Sicht wahrscheinlich eine versäumte Chance für eine Öffnung der in Isolation geratenen Partei; wenngleich man leider feststellen muß, daß dieser dritte Weg auch international nicht besonders erfolgreich war. Nach der Spaltung der Partei in Folge der schließlichen Unterstützung der Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühlings" und des Ausschlusses wesentlicher Exponenten, wurde auch »Weg und Ziel« „normalisiert". Schon durch die Sprachverwandtschaft war in theoretischen Fragen eine starke Anlehnung an politische und wissenschaftliche Positionen der DDR naheliegend. Auch Theoretiker der DKP wurden gerne abgedruckt (Steigerwald u.a.). Interessanterweise fanden schon wenige Jahre nach den Prager Ereignissen zahlreiche Linksintellektuelle zur KPÖ, darunter einige der heute prominentesten SchriftstellerInnen. Ihr wichtigster Ansprechpartner war der eloquente und brilliant diskutierende „Chefideologe" und spätere Chefredakteur Ernst Wimmer.

Für »Weg und Ziel« war vor ihm Erwin Scharf verantwortlich, auch als Vertreter der Normalisierung. Allerdings blieb die Öffnung zur italienischen und französischen Debatte um die kommunistische Orientierung auch durch ihn erhalten. So mischten sich in der Zeitung in den siebziger und frühen achtziger Jahren relativ moskautreue Positionen mit einer brillianten Diskussion junger Intellektueller und Kulturschaffender, für die nach der 68er-Bewegung die KPÖ einen attraktiven Rahmen auch in Form ihrer theoretischen Zeitschrift abgab. Dies ist zusätzlich bemerkenswert, da es neben »Weg und Ziel« ja erfolgreichere linke Theoriezeitschriften wie das »FORVM« und das »Wiener Tagebuch« gab. Mit der Einstellung von »Weg und Ziel« verliert die österreichische Linke das letzte Blatt dieses Spektrums.

Das »FORVM« und das »Wiener Tagebuch« mußten wohl mit der Zurückdrängung der Linken in der SPÖ schon in den späten achtziger Jahren ihre Arbeit einstellen. Es gab keine Subventionen mehr. So gesehen ist dieses Zeitungssterben ein logischer Ausdruck des Niedergangs der Linken in Österreich. Es ist zu hoffen, daß die neue politische Lage, die Tatsache, daß wir die rechteste Regierung ganz Europas haben, zu einem Neubeginn linken Widerstandes führt. Die KPÖ ist aufzufordern, einen Teil ihrer Gelder für diesen Widerstand und für die Neugründung einer theoretischen Zeitung der Linken zur Verfügung zu stellen. ■

Julius MENDE ist im Bundesvorstand der KPÖ für »Weg und Ziel« verantwortlich.

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
Tel. und Fax: ++43/1/503 65 80

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
(Tel.: 01/798 35 14)
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)

Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
(Tel.: 01/810 60 22)

Layout:
Matthäus Zinner

Herstellung:
Resch & Vana
Rosinagasse 19, 1150 Wien

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Alte Hefte können bei der KPÖ (Adresse siehe oben) bestellt werde.

Inhalt

Nr. 1, März 2000, 58. Jahrgang

REDAKTIONSBRIEF

Julius MENDE 1

THEMA I: KRISE

Ernst LOHOFF: Große Fluchten –
Krise und Entwicklung des Kapitals 3

Karl REITTER: Das Ende naht?
Eine Kritik an den Grundlagen der „Krisis"-Gruppe 9

Herbert AUINGER: „Globalisierung":
Der Imperialismus als Sachzwang 13

Franz SCHANDL: Die Krise bei Marx –
Zu hinterlassende Notate einer exegetischen Häresie 18

DEMOKRATIE IN DISKUSSION

Iring FETSCHER im Interview mit Clemens STEPINA:
Emanzipation und Demokratie 23

IN MEMORIAM GRETE SCHÜTTE-LIHOTZKY

Friedrich ACHLEITNER: Bauen für eine bessere Welt 30

THEMA II: THEORIE & MEDIEN

Einleitung: Yoyo TISCHLER I

Lutz HOLZINGER: Sag' zum Abschied leise Servus II

Robert ZÖCHLING: Restöffentlichkeiten – Was bleibt, ist Kritik . . III

Sylvia KÖCHL-BARTU: „Das höchste Glück auf Erden –
Frauen in linken Organisationen" VI

BEIGEWUM: Ist Walter Sonnleitner das revolutionäre Subjekt?
Wirtschaftsjournalismus und gesellschaftliche Emanzipation . . IX

Sabine TREUDE: Autorschaft und Öffentlichkeit –
eine eitle Befangenheit? XIII

ABSCHIED

Franz SCHANDL: Ein schmerzhafter Ausfall XVI

Maria WÖLFLINGSEDER: Meine Jahre bei »Weg und Ziel« –
Anekdotisches und Grundsätzliches XVIII

Große Fluchten

Krise und Entwicklung des Kapitals

Ernst LOHOFF

„Die kapitalistische Produktion strebt beständig, die ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen. Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst."
(MEW 25, S. 260)

Krisenprozeß und Krisenevents

Es knirscht vernehmlich im Gebälk. Vor allem an ihren Rändern wird die heile Welt der Globalisierung und des kasinokapitalistischen Booms in immer kürzer werdenden Abständen von größeren und kleineren Kriseneinbrüchen heimgesucht. 1995 hielt die Mexikokrise und die durch sie ausgelöste Dollarschwäche die transnationalen Finanzmärkte in Atem, 1997 erlebten nacheinander die ostasiatischen „Tigerstaaten" und Lateinamerika einen jähen wirtschaftlichen Absturz. Rußland ist sowieso ein hoffnungsloser Fall. Selbst Japans Ökonomie, lange als das Erfolgsmodell schlechthin gehandelt, steckt tief im Sumpf von Rezession, explodierender Staatsverschuldung und heillos überschuldetem Bankensektor. Nur auf den ersten Blick sprechen die Erfolgsmeldungen aus der US-Ökonomie eine andere Sprache. Sie beruhen einzig und allein auf einer immer aberwitziger werdenden Defizitwirtschaft, dem größten Pyramidenspiel der Geschichte. „1998 durchbrach das Leistungsbilanzdefizit die Schwelle von 200 Milliarden Dollar, 1999 überstieg es 300 Milliarden, im Jahr 2000 wird es 400 Milliarden erreichen. Ähnlich rasant schnellt die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland in die Höhe: über zwei Billionen Dollar im Jahr 2000, über drei Billionen Dollar zwei Jahre später." (»Die Zeit«, 5. Januar 2000)

Im Westen läßt man sich indes die Sektlaune nicht so schnell verderben. Notorisches Gesundbeten ist angesagt. Daran ändern auch die immer neuen Menetekel nichts. Im Gegenteil. Solange es gelingt, die aktuellen Krisenherde einzugrenzen und die partiellen Entwertungsprozesse an der Peripherie des Weltmarkts durch beschleunigte fiktive Wertschöpfung in den kapitalistischen Zentren wettzumachen, legitimieren selbst noch die Panikattacken von gestern die „Don't worry be happy"-Stimmung von heute. Daß keine der bisherigen Turbulenzen Europa und die USA zum Absturz gebracht hat, wird sofort zum Beleg für die prinzipielle Unerschütterlichkeit des spekulativ gefütterten Booms. Da die Wunderwelt des Kasinokapitalismus nun schon zwanzig Jahre funktioniert, werde dies auch ewig so weitergehen. Während das ökonomische Widerspruchspotential, das einer gewaltsamen Entladung harrt, sich Monat für Monat schwindelerregender auftürmt, leugnet das herrschende Bewußtsein den allgemeinen historischen Krisenprozeß, indem es ihn in eine Vielzahl zusammenhangs- und damit letztlich eben bedeutungsloser Krisenevents auflöst.

Die Entsorgung der Marxschen Krisen- und Zusammenbruchstheorie

Seltsamerweise beteiligen sich auch die Reste der marxistischen Opposition am großen Entsorgungsunternehmen nach Kräften. Natürlich betont die Linke die Schattenseiten kapitalistischer Herrschaft im 21. Jahrhundert – von der Unbegrenztheit des kapitalistischen Entwicklungshorizonts ist sie jedoch, bei allen Unterschieden in der Wertung, mindestens genauso felsenfest überzeugt wie der Neoliberalismus: „Crisis, what Crisis?", heißt es allenthalben.

Der Kontrast zur Marxschen Position könnte kaum drastischer ausfallen. Für den Gründungsvater der Kritik der Politischen Ökonomie hatte die Krise stets einen zentralen analytischen Stellenwert. Seine ökonomiekritischen Schriften folgen durchgängig einer krisentheoretischen Orientierung. Zweierlei ist dabei hervorzuheben und festzuhalten:

1. Die ökonomischen Krisen stellen bei Marx nie ein zusätzliches Thema dar – die ganze Untersuchung der logischen Genese und der Reproduktion des Kapitals ist von vornherein immer auch Krisenanalyse. Die Möglichkeit der Krise ist schon im ersten Kapitel des *Kapitals* mit der Reduktion von Gebrauchsgütern zur Darstellungsform abstrakter Arbeit und dem Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf durch die Aussonderung der Geldware eingeführt und die Konkretion der Darstellung des Kapitals bedeutet auch immer eine schrittweise Konkretion der inhärenten Krisenpotenz dieser gesellschaftlichen Beziehung.

2. Die Beschäftigung mit den zyklischen Krisen ist an die Annahme einer absoluten Schranke rückgebunden. Den zyklischen Krisen kommt stets eine Doppelbedeutung zu. Sie sind einerseits, gerade indem sie den normalen Reproduktionsgang unterbrechen, unverzichtbares Moment der Erneuerung des Kapitalverhältnisses. Sie allein gestatten eine Entladung des immer wieder neu aufgestauten Widerspruchspotentials und eröffnen damit überhaupt einen Entwicklungsspielraum. Sie markieren zugleich aber Etappen in der Annäherung an die unhintergehbare historische Schranke der über den Wert vermittelten Produktionsweise: Die kapitalistische Gesellschaft überwindet Krisen immer nur „dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert" (MEW 4, S. 468), so die programmatische Formulierung bereits im Kommunistischen Manifest.

Von alledem will der marxistische Diskurs unserer Tage nichts wissen. Selbst wo er die Möglichkeit von Krisen einräumt, geht es ihm nur darum, das Wesentliche, den Gedanken, dem Kapital könnte eine immanente Schranke gesetzt sein, zu tabuisieren. Die innere Spannung in der Marxschen Krisenanalyse wird konsequent zugunsten des unbedingten Glaubens an die ewige Wiedergeburt des Kapitals aufgelöst. Daß kapitalistische Entwicklung stets krisenhafte Entwicklung gewesen ist, verweist nicht länger auf die Begrenztheit der bürgerlichen Produktionsweise, sie „beweist" stattdessen, wie wenig Krisen ihr anhaben können. Typisch für das heute vorherrschende, fast schon buddhistisch anmutende Krisenverständnis sind Michael Heinrichs Absonderungen im Zusammenhang mit der Misere der

„Tigerstaaten": „Die Asienkrise war, was Krisen im Kapitalismus schon immer waren: eine gewaltsame Lösung angestauter Probleme (...). Auf der geschrumpften Grundlage ist dann ein neuer Aufschwung möglich – bis sich erneut so viele Probleme und Fehlentwicklungen angestaut haben, daß es wiederum der Gewalt einer Krise bedarf, um sie zu lösen" (»Jungle World« 2/99). Das klingt irgendwie nach Marx und die Behauptung beginnt auch tatsächlich mit der Paraphrase einer Sentenz aus dem 3. Band des *Kapitals*. Allerdings war der Tenor doch ein klein wenig anders: „Krisen sind (...) momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen", hieß es im Original (MEW 25, S.259). Was das Streichen von so harmlosen Wörtern wie „momentan" und „für den Augenblick" doch so bewirken kann!

Marxsche Krisentheorie und alte Arbeiterbewegung

Dafür, daß die letzten Marxisten heute ins krisentheoretische Nirvana entschwinden, ist nicht allein der vom Zeitgeist ausgehende Anpassungsdruck verantwortlich zu machen. Wir haben es zugleich mit dem Endpunkt einer langen Traditionslinie zu tun. Nicht erst Heinrich und Co. sind zur Entsorgung der Marxschen Zusammenbruchstheorie geschritten, schon die Theoretiker der II. Internationale und all ihre Nachbeter standen ihr verständnislos gegenüber.

Warum im Denken der Arbeiterbewegung, einer Strömung, für deren Selbstverständnis das Primat der Klasse und des Klassenkampfs konstitutiv war, die Zusammenbruchstheorie stets ein Fremdkörper blieb, liegt eigentlich auf der Hand. Wenn der Klassenkampf das eigentliche Wesen von Geschichte ausmacht und das Proletariat die historische Mission hat, mit dem Kapital Schluß zu machen, wie kann da das Kapital an sich selber scheitern? Seine wahre Grenze kann und darf es stattdessen nur im Willen und in der Macht der Arbeiterklasse finden.

Natürlich hat man verstanden, das Unvereinbare pro forma zur Deckung zu bringen. Marxens dunkel erscheinende Rede „vom Kapital als seiner eigenen Schranke" wurde in eine dem Kapital immanente Tendenz übersetzt, ein beständig an Zahl anschwellendes und an Einsicht gewinnendes Proletariat zu erzeugen.[1] Auch die zyklischen Krisen zwang das Arbeiterbewegungsdenken in dieses Bezugssystem hinein. Deren Bedeutung beschränkte sich im Kern darauf, der Einsicht des Proletariats in die Unvorteilhaftigkeit des kapitalistischen Systems auf die Sprünge zu helfen – sie sollten also als Aufklärungsmittel dienen. Solche Interpretationen erlaubten es gleichzeitig, pflichtschuldig den Kotau vor den Aussagen des großen Meisterdenkers zu vollführen und deren ursprünglichen zusammenbruchstheoretischen Sinn auf den Kopf zu stellen.[2]

Nicht allein die theoretische Fixierung auf den Klassenkampf versperrte indes den Blick auf die seltsame Dialektik von krisenhafter Erneuerung und letztlicher Selbstzerstörung des Kapitals. Diese blieb vor allem außerhalb des Blickfelds, weil sie für die Konstellation, auf die sich die Arbeiterbewegung historisch nur beziehen konnte, nur von beschränkter Relevanz war. Die Marxsche Zusammenbruchstheorie antizipiert und unterstellt ein Kapitalverhältnis, das sich auf seinen eigenen Grundlagen bewegt und jede vormoderne Reproduktionsform bereits hat verdampfen lassen. Der empirische Kapitalismus, mit dem es Marx zu seinen Lebzeiten zu tun hatte, war von diesem Entwicklungsstand aber noch meilenweit entfernt – und damit auch von dem in den *Grundrissen* und im *Kapital* begrifflich skizzierten historischen Krisenhorizont. Während Marx bereits in den Einbruch von 1857, der ersten Wirtschaftskrise, die sich von den Mustern frühmoderner Agrarkrisen abzulösen begann, unmittelbar den Auftakt zur Endkrise des Kapitalismus hineinlesen wollte, bedurfte es realiter noch mehrerer Menschenalter, bis sich das warenproduzierende System auch praktisch an das von Marx logisch antizipierte Problemniveau herangearbeitet hatte.

Von Rosa Luxemburg, der einzigen neben Henryk Grossmann in den Reihen der alten Arbeiterbewegung, die konsequent den zusammenbruchstheoretischen Strang in der Marxschen Theorie weiterverfolgt hat statt ihn zu kappen, ist der Ausspruch überliefert, bis zum Ausbrennen der kapitalistischen Logik habe es noch Zeit, ungefähr solange wie bis zum „Erlöschen der Sonne". Als polemische Zuspitzung hatte dieses Bonmot seine Berechtigung. In den sozialen Konflikten der Durchsetzungsphase des kapitalistischen Weltsystems, zu der noch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört, taugten die zusammenbruchstheoretischen Implikationen der Kritik der politischen Ökonomie kaum zur praktischen Orientierung, schon gar nicht ließen sich Handlungsanweisungen aus ihnen ableiten.

Neunzig Jahre später sieht die Sache allerdings ganz anders aus. Gerade weil Marx auf keinem anderen Gebiet seiner Zeit so weit vorausgeeilt ist wie auf diesem, kann die Zusammenbruchs- und Krisentheorie heute als das Moment des Marxschen Ansatzes mit der höchsten Brisanz gelten. Es hat von daher schon etwas Tragikomisches, wenn die tonangebenden Erbverwalter in den rest-marxistischen Gemeinden ausgerechnet sie zum Anachronismus erklären und jeden Rekurs darauf mit Naserümpfen quittieren. Die Marxsche Theorie wird im 21. Jahrhundert nur dann eine Renaissance erleben, wenn es gelingt, genau diesen verschütteten theoretischen Strang freizulegen und ihn fruchtbar zu machen.

Relative und absolute Verdrängung lebendiger Arbeit

So unverzichtbar die Rekonstruktion der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und ihrer krisentheoretischen Implikationen ist, sie allein genügt nicht. 130 Jahre nachdem Marx als erster allgemein logisch die immanente Schranke der Kapitalbewegung skizziert hat, läßt sich diese nicht nur weit konkreter beschreiben als im 19. Jahrhundert. Der Reproduktions- und Krisenmechanismus des Kapitals hat sich ausdifferenziert und damit zusätzliche Widerspruchsebenen eröffnet, die Marx in seiner Analyse entweder nur streifen konnte oder die sich seinem Blickfeld vollkommen entzogen haben. Die Aktualisierung der Krisentheorie muß von daher auf eine Neuformulierung abheben, eine Neuformulierung, bei der insbesondere methodisch der Marxsche Ansatz allerdings unhintergehbar bleibt.

Die marxistische Krisen-Diskussion hat sich lange vornehmlich auf das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" kapriziert. Die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die Ausdehnung des konstanten Kapitalteils gegenüber dem variablen, wurde als das A und O der Marxschen Krisenanalyse gehandelt. Etwas Wesentliches blieb dabei aber stets ausgeblendet. Mit dem „Gesetz vom tendenziellen Fall" hat Marx keineswegs die absolute Schranke des Kapitals angegeben. Er umreißt mit ihm vielmehr, wie das Kapital seine strukturelle Misere provisorisch bewältigt und in eine historische Verlaufsform bringt. Der eigentliche Selbstwiderspruch kapitalistischer Vergesellschaftung besteht nicht darin, daß die lebendige (mehr)wertproduktive Arbeit *relativ*, also gemessen am konstanten Kapital, immer weniger wird.

Das Kapital wird sich selbst zur Schranke, weil es vermittelt über die Konkurrenz dazu neigt, die vernutzte lebendige Arbeit *absolut* zu minimieren, während zugleich die Arbeit die einzige Quelle der Wertproduktion bleibt. Oder, um mit Marx zu sprechen: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch, daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren (sucht), während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt."[3]

Diesem basalen Dilemma kann das Kapital nur entkommen – und genau das beschreibt das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate –, solange der gesamte gesellschaftliche Kapitalstock so schnell wächst, daß die fortschreitende Verdrängung von Arbeitskraft bezogen auf einen gegebenen Kapitalstock kompensiert wird und damit die in den Prozeß der Wertverwertung eingehende Masse lebendiger Arbeit *absolut* zunimmt. Marx ging es also nicht darum, irgendeine Mindestprofitrate bestimmen zu wollen, bei deren Unterschreitung der kapitalistische Betrieb zum Erliegen käme. Der Fall der Profitrate mitsamt seinen „entgegenwirkenden Ursachen" (Marx), ist vielmehr als Preis und Begleiterscheinung jener historischen Expansionsbewegung zu verstehen, ohne die das Kapitalverhältnis nicht überleben kann. Die zyklischen Krisen sind letztendlich als Unterbrechungen dieses Ausdehnungsprozesses zu fassen und das Kapital erreicht seine absolute Schranke, sobald dieser Kompensationsmechanismus sich selber zerstört.

Das Schicksal des Kapitals hängt in letzter Instanz davon ab, wieviel lebendige Arbeit es auf dem jeweiligen Produktivitätsniveau in den Vernutzungsprozeß einspeisen kann. Die einfachste Methode, die prinzipiell einen Ausgleich für den verringerten Arbeitseinsatz pro Produkteinheit erlaubt, liegt auf der Hand. Wenn heute 5 Arbeiter genauso viele Autos, Hosen oder Tomaten herstellen wie früher 10, dann muß sich eben die Menge der hergestellten Autos, Hosen oder Tomaten verdoppeln, um die vernutzte Arbeitsmasse konstant zu halten, und verdreifachen, um sie um 50 Prozent zu steigern.

Einer solchen reinen Mengenexpansion sind indes Grenzen gesetzt. Da das Kapital bekanntlich seinen Beruf nicht einfach darin findet, möglichst viele Gebrauchswerte zu erzeugen, sondern vom kapitalistischen Standpunkt nützliche Dinge überhaupt nur als Darstellungsform von Tauschwert ein Existenzrecht haben, stellt sich unweigerlich die Frage nach der Realisation dieser Werte. Der Konsum der Arbeiterklasse bleibt, gemessen an der erzeugten Warenmasse, stets Unterkonsumtion – das ist nun einmal die Existenzbedingung von Mehrwert und Profit. Je höher die Mehrwertrate klettert und sich der Anteil des variablen Kapitals am Wert jedes einzelnen Produktes verringert, desto schärfer muß dieses Mißverhältnis zu Tage treten. Aus dieser Realisationsklemme kann sich das Kapital als gesellschaftlicher Gesamtprozeß nicht allein dadurch befreien, daß es sich quantitativ in den bestehenden Branchen ausdehnt. Ein (vorübergehender) Ausweg tut sich nur auf, wenn das Kapital seine eigene technologische Grundlage revolutioniert und sich neue Fertigungszweige (einschließlich der Produktion von Produktionsmitteln) erschließt, die zusätzlich massenhaft lebendige Arbeit absorbieren.

Prozeß- und Produktinnovation

Marx hat eine enge Beziehung zwischen den Konjunkturzyklen und den Umschlagszyklen des fixen Kapitals hergestellt. Denkt man die qualitativen Sprünge in der Produktivkraftentwicklung mit, so läßt sich dieser Zusammenhang weiter fassen. Solange die Produktivkraftentwicklung ihren Niederschlag vornehmlich in der Rationalisierung bestehender Fertigungszweige findet, muß das Kapital in eine Phase der Stagnation und der Krisen hineingeraten. Wenn sie hingegen in erster Linie neue, zusätzliche Felder der massenhaften Vernutzung lebendiger Arbeit eröffnet, kann das Kapital in eine Phase des Aufschwungs und der beschleunigten Akkumulation eintreten. Der Eisenbahnbau und der damit verbundene Aufschwung der Stahl- und Kohleindustrie hat die Krisen der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts beendet. Das Aufblühen der chemischen Industrie und die Elektrifizierung haben die Überwindung der „großen Depression" ermöglicht, in die das Kapital nach dem Gründerboom mehr als zwei Jahrzehnte gestürzt war. Der Sieg des Fordismus endlich, mit der Automobilproduktion als Schlüsselindustrie, hat den Weg von der Weltwirtschaftskrise zum „Wirtschaftswunder" geebnet.

Der Siegeszug der Warengesellschaft läßt sich als eine beständige, von Krisen unterbrochene und durch sie wiederum angeregte Flucht nach vorn beschreiben, auf der die technologischen Innovationsschübe Epoche machten. Das sollte allerdings nicht dazu verführen, dieses Muster ad ultimo zu verlängern und eine simple Gleichung Innovation = Boom zu unterstellen, wie es sich insbesondere in der Diskussion um die sogenannten „langen Wellen" eingebürgert hat. Wenn die technologischen Revolutionen der Vergangenheit das kapitalistische System der Arbeitsvernutzung neu fundieren konnten, dann liegt das nicht daran, daß sie die Produktionsbedingungen überhaupt umgewälzt haben, sondern daß sie dies in einer ganz spezifischen Weise taten. Die Entdeckungen der großen Handwerker-Erfinder des 19. Jahrhunderts (von Siemens über Bell bis Edison) und die Eisenbahnkonjunktur konnten zusätzliche Anlagesphären erschließen, weil sie vornehmlich *produktinnovativ* wirkten, also Märkte für Waren schufen, die es vorher nicht gegeben hatte. Der Übergang zum Fordismus bedeutete zwar in erster Linie eine Veränderung von Fertigungsabläufen (Einführung des Fließbands, tayloristische Zergliederung der Arbeitsvorgänge), diese *Prozeßinnovation* ermöglichte es aber überhaupt erst, die Fabrikation von Automobilen, Elektrogeräten usw. über die Nische einer handwerklichen Luxusproduktion hinaus auszuweiten und in den kapitalistischen Vernutzungszyklus einzugliedern.

Ganz anders ist es aber gerade um die Basisinnovation der dritten industriellen Revolution bestellt. Als direkte Ausgeburt der Anwendung der Produktivkraft Wissenschaft besteht die Hauptwirkung der Mikroelektronik weniger darin, neue Anlagesphären zu schaffen. In erster Linie wirkt sie – und das quer durch alle bestehenden Industriezweige – als die Rationalisierungstechnologie par excellence. Was bei der Produktion von Computern, Chips, Glasfaserkabeln usw. an zusätzlicher Arbeitsvernutzung anfällt, steht in keinem Verhältnis zu der durch die flächendeckende Anwendung der Mikroelektronik freigesetzten Masse an Arbeitskraft. Anders als ihre Vorgänger kann die dritte industrielle Revolution von daher keinen neuen selbsttragenden Akkumulationsschub in Gang setzen, sondern vervielfacht die durch das Auslaufen des fordistischen Booms freigesetzten Krisenpotenzen. In diesem Kontext wirkt auch die beständige Verbilligung der neuen Trägertechnologie nicht wie ehedem krisenhemmend, indem sie den Wert der Elemente des konstanten Kapitals senkt, sondern sogar krisenverschärfend, weil sie deren Omnipräsenz noch fördert.

Angesichts dieser Entwicklung gewinnt die These von Marx, die Verwissenschaftlichung der Produktion müsse die warengesellschaftliche Form sprengen, ein empirisches Substrat. Die

berühmten einschlägigen Aussagen aus den Grundrissen rücken auf die historische Tagesordnung: „Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte (...). Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts (...). Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen."[4]

Staatsverschuldung, Inflation und Akkumulation

In letzter Instanz hängt die Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise davon ab, ob es ihr gelingt, hinlänglich lebendige Arbeit in den Zyklus wertproduktiver Vernutzung zu integrieren. Bereits in der Weltwirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre geriet diese Abhängigkeit über einen historisch bis dato einmalig langen Zeitraum zum manifesten Strukturproblem. So tief war der Einschnitt, daß die Entwertung der bestehenden Kapitalien allein, auch in Verbindung mit entsprechenden innovativen Schüben, nicht mehr hinreichte, um einen neuen selbstläufigen ökonomischen Aufschwung einzuleiten. Erst die sprunghafte Ausdehnung der Staatstätigkeit, die sich zunächst im Zeichen von Aufrüstung und Weltkrieg vollzog, konnte den paralytischen Zustand beenden und für den Anschub sorgen, der die kapitalistische Ökonomie wieder auf Wachstumskurs brachte.

Der konsequente Abschied vom passiven Nachtwächterstaat war für das Ingangkommen des fordistischen Booms schon deshalb unerläßlich, weil die Ausbreitung der neuen Trägerindustrien eine breite gesamtgesellschaftliche Infrastruktur erforderlich machte, die selber nicht oder nur sehr bedingt die Form von profitträchtigen Waren annehmen kann. Wie hätte sich eine blühende Automobilindustrie entwickeln sollen, wenn der Staat nicht immense Mittel in den Straßenbau gesteckt hätte? Wie hätten die elektrischen Haushaltsgeräte und die Unterhaltungselektronik ihren Siegeszug antreten können, ohne enorme Investionen in eine flächendeckende Energieversorgung, die für sich genommen unprofitabel waren und daher in die Regie des Staates fielen? Im weiteren Sinn fällt auch der Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Absicherungen in diese Rubrik notwendiger staatlicher Vor- bzw. Parallelleistungen.

In einem bis dahin unvorstellbaren Grad ökonomisch in die Pflicht genommen wurde der Staat aber nicht nur, weil ihm angesichts der zunehmenden vergesellschaftenden Wirkung der Produktivkraftentwicklung eine neue Verantwortung in Sachen Bereitstellung der materiellen Rahmenbedingungen der Warenproduktion zufiel. Mindestens im gleichen Maße war er auch durch die Entwicklung auf der Wertseite gefordert. Schon auf der betrieblichen Ebene waren an der Schwelle zum fordistischen Zeitalter die Vorauskosten der Arbeitsvernutzung nämlich zu hoch, um sie allein aus den regulären Rückflüssen der Kapitalverwertung aufzubringen. Es bedurfte dazu schon der zusätzlichen, über die laufenden Steuereinnahmen hinausgehenden Nachfragemacht des Staates und vor allem der Erweiterung des allgemeinen kreditären Spielraums. Beides ließ sich nur durch eine radikale Umwälzung des Geldwesens und der staatlichen Finanzpolitik insgesamt bewerkstelligen.

Der *Reproduktionprozeß* des Kapitals schließt notwendig die Verwandlung der vielen besonderen Waren in die allgemeine Ware, das Geld, ein. Solange es sich beim Geld selber um eine reale Geldware (Edelmetall) oder deren unmittelbare Repräsentanten (Golddeckung) handelte und die Realisierung des Werts damit eng an andernorts bereits vollzogene und realisierte produktive Arbeitsvernutzung rückgekoppelt blieb, mußte sie sich ein ums andere mal als Nadelöhr erweisen. Die Krisen – darauf hat Marx schon hingewiesen – nahmen immer auch die Form einer akuten oder im Falle der Weltwirtschaftskrise chronischen Zahlungsmittelverknappung an, deren Ausgangspunkt das Reißen privatwirtschaftlicher Kreditketten war. Der Krisenverlauf ließ sich als deflationäre Abwärtsspirale beschreiben. Der Abschied vom „barbarischen Metall" (Keynes), der Übergang zu einem politisch regulierten Geld, das keinen wirklich vorhandenen, mühsam aufakkumulierten Reichtum repräsentiert, sondern letztlich allein durch die Aussicht auf *künftige* Wertschöpfung gedeckt war, erlaubte es, die Engstelle durch „deficit spending" zu umschiffen und die Stockung zu beseitigen. Der über den Staat und das von ihm geschaffene Geld vermittelte Vorgriff versetzte die vielen Kapitalien nun in die Lage, sich auf erweiterter Stufenleiter in allgemeines Äquivalent zu verwandeln und einen neuen Produktions- und Verwertungszyklus einzuleiten. Das ermöglichte die Überwindung der Depression.

Jeder neue Mechanismus der Krisenüberwindung treibt indes neue Krisenpotenzen hervor. Gerade in diesem Fall ist das handgreiflich. Die monetäre Vorwegnahme wertproduktiver Arbeitsvernutzung kann im Nachhinein ihre Bestätigung finden, sie muß es aber natürlich nicht zwangsläufig. Wo der über die staatliche Geldschöpfung vermittelte Wechsel auf die Zukunft sich teilweise oder gänzlich als ungedeckt erweist, treten zwei Phänomene auf, die dem kapitalistischen Entwicklungsstadium des 19. Jahrhunderts völlig fremd waren. Zum einen findet der beständige Vorgriff auf erst zu schaffenden Reichtum in einer wachsenden Staatsverschuldung seinen Niederschlag – der Verschuldungsprozeß kann aber nicht ad ultimo fortgesetzt werden, ohne daß der kapitalistische Verwertungsprozeß von dieser Altlast schließlich erdrückt würde.[5] Abbrechen läßt er sich allerdings genauso wenig, denn das würde mit dem sofortigen Umschlag der chronischen Wachstumsschwäche in eine akute Depression und mit der Wiederkehr der alten deflationären Mechanismen in verschärfter Form bezahlt.[6] Zum anderen tritt neben die Entwertung von Realkapital und Geldkapital durch die Krise die Entwertung des Geldmediums selber. Wo die antizipierte Arbeitsvernutzung nur unvollständig gelingt, kommt es zur schleichenden Inflation. Wird die Arbeit einer Volkswirtschaft im Nachhinein vom Weltmarkt im großen Maßstab für ungültig erklärt, kann die Nationalökonomie sogar in einen hyperinflationären Prozeß geraten.

In den 1950er und 1960er Jahren, dem goldenen Zeitalter des Kapitalismus mit seinen exorbitanten Wachstumsraten, funktionierte das System nachträglicher Deckung im wesentlichen: sowohl die Staatsverschuldung als auch die Inflation blieben daher moderat. Das mußte sich allerdings im selben Maße ändern, wie der fordistische Wachstumsschub im Laufe der siebziger Jahre sein Ende fand. Nicht nur die basale Problematik, die abnehmende Fähigkeit des Kapitals, wertproduktive Arbeit im notwendigen Maßstab zu absorbieren, begann wieder zu Tage zu treten: damit wurde zugleich auch die Krisenlösung von gestern immer mehr zum Zusatzproblem, und drohte krisenverstärkend zu wirken. An einigen wichtigen statistischen Indikatoren läßt sich die wenig erbauliche Perspektive, die sich der Weltwirtschaft an der Schwelle zu den achtziger Jahren bot, ablesen. Die durchschnittlichen Wachstumsziffern in den OECD-Staaten waren trotz verstärktem deficit spending auf 1,4

Prozent gesunken (zwischen 1967 und 1976 waren sie noch bei 4,9 Prozent gelegen), die Inflationrate erreichte dafür 12,6 Prozent (gegenüber 6,1 Prozent im Vergleichszeitraum). Immer neue historische Höchststände bei der Staatsverschuldung (43,6 Prozent des jährlichen BSP im Durchschnitt bei den OECD-Staaten), zeigten ebenfalls an, daß es allmählich eng zu werden begann.

Die kasinokapitalistische Krisenverschiebung

Schon Anfang der achtziger Jahre standen wichtige Ingredienzen für einen großen Entwertungsschub und eine neue Depression bereit. Dennoch fanden die kapitalistischen Staaten aus der „Stagflation", dem Nebeneinander von Geldentwertung und Wachstumsschwäche, heraus und auch die Staatsverschuldung der OECD Staaten gilt, nachdem sie sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt hat, heute als halb so wild. Einen Ausgleich haben die basalen Widersprüche freilich nicht gefunden. „Gelöst" hat sie der Übergang zum Globalisierungskapitalismus nur, insofern er sie noch einmal auf eine ganz neue Stufenleiter hob. Stieß der über eine expansive Geldpolitik und keynesianische Konjunkturprogramme vermittelte Vorgriff auf die künftige gesamtgesellschaftliche Wertmasse an seine Grenzen, so wurden diese von der Dynamik privater Schöpfung fiktiven Kapitals überwunden. Vorab angezapft wird nicht mehr nur die staatlich eingehegte volkswirtschaftliche Gesamtzukunft, vielmehr wird gleich die Hoffnung auf die kommenden Erfolge der vielen Einzelkapitalien verwertet und zum Rohstoff des gegenwärtigen Reichtums gemacht. Das kollektive private Reichrechnen ist zur Basis der Ökonomie geworden und die reale Arbeitsvernutzung lebt nur mehr als Anhängsel der fiktiven Kapitalverwertung fort. Das klingt nicht nur verrückt, das ist völlig verrückt. Auf dieser Verrücktheit beruht aber seit rund zwanzig Jahren die ganze kapitalistische Sumpfblüte!

Den Begriff des fiktiven Kapitals hat Marx im dritten Band des *Kapitals* im Kontext des Kreditgeldes entwickelt und seine Bedeutung für den Krisenzyklus herausgearbeitet. Die Quintessenz dieser Überlegungen sieht folgendermaßen aus: Die relative Verselbständigung der Kreisläufe des Geldkapitals und die damit einhergehende Verlängerung von Kreditketten und Anhäufung von Ansprüchen ist das Resultat einer zunehmenden Verknappung realer Anlagemöglichkeiten. Die Aufblähung des Finanzüberbaus versetzt das fungierende Kapital, indem es noch zu erzielende Profite ins Akkumulationsspiel einbringt, in die Lage, auch dann noch weiterzuakkumulieren, wenn es eigentlich bereits in ein Stadium der Überproduktion eingetreten ist und die Realisierung des Werts ins Stocken gerät. Schreitet dieser Prozeß indes voran und wachsen die Zweifel, ob die antizipierten Rückflüsse sich auch tatsächlich einstellen werden, dann setzt früher oder später ein Run auf Geld ein und die Kreditketten reißen. Mit der Panik setzt eine schlagartige Kontraktion aller wirtschaftlichen Aktivitäten ein, alle aufakkumulierten Ansprüche, aber auch das Realkapital werden entwertet. Weil die allgemeine Geldklemme zum Ausgangspunkt des akuten Krisenschubs wird, nimmt die Krise überhaupt die Form einer Finanzkrise an.

Dem krisenverzögernden und gleichzeitig krisenverschärfenden Abheben des Finanzüberbaus waren im 19. Jahrhundert freilich enge Grenzen gesetzt. Solange Geld noch unmittelbar für gediegenes Gold stand, fand das spekulative Moment seinen Platz innerhalb der jeweiligen Konjunkturzyklen und markierte im Kern bereits den Umschlagspunkt zur Krise. Dieses Grundmuster ist im wesentlichen bis zum Ende der 1970er Jahre erhalten geblieben. Das läßt sich unter anderem daran ablesen, daß sich die Realakkumulation und der Wert von Anteilscheinen langfristig gesehen, parallel entwickelt haben. Mit den Reaganomics aber hat sich die spekulative Bewegung vom konjunkturellen Zyklus entkoppelt und ist damit zum eigentlichen konjunkturübergreifenden Wachstumsmotor geworden.

Diese Entkopplung dokumentiert recht drastisch die Entwicklung des Dow-Jones. Von seiner Einführung im Jahr 1897 an wuchs er, vorübergehende Schwankungen herausgerechnet, synchron mit der US-Wirtschaft. Dementsprechend dauerte es immerhin 66 Jahre, bis der amerikanische Aktienindex

Foto: Udo Hesse, Alexanderplatz, 1. Mai, die Betriebe präsentieren ihre Ergebnisse

das erste Mal an der 1.000 Punkte-Schwelle kratzte. Erst 1982 wurde diese Barriere dauerhaft genommen. In den nächsten 13 Jahren vervierfachte er dafür seinen Wert. 1996 kletterte er dann sogar bereits auf 6.000 und erreichte 1999 schließlich 11.000 Punkte. Damit kann er in knapp 20 Jahren einen Zuwachs von 1.100 Prozent verzeichnen, das offizielle Wachstum des amerikanischen Bruttosozialprodukts erreichte im selben Zeitraum nicht einmal 50 Prozent!

Die spekulative Selbstvermehrung des Geldkapitals ist mit den Reaganomics epochemachend geworden. Das läßt sich nicht nur deshalb mit Fug und Recht sagen, weil in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die letztlich unvermeidliche Wertberichtigung ein ums andere mal hinausgeschoben wurde, das fiktive Kapital hat für den gesamten ökonomischen Prozeß eine Bedeutung gewonnen, die mit keiner Phase kapitalistischer Entwicklung

auch nur annähernd zu vergleichen wäre.

Der Kasinokapitalismus hat zwei eng zusammenhängende historische Leistungen zuwege gebracht. Zunächst einmal ist er für das schlagartige Verschwinden der manifesten Geldentwertung (Inflation auf den Gütermärkten) verantwortlich. Fand die expansive staatliche Geldpolitik der siebziger Jahre ihren Niederschlag noch in einem Mißverhältnis von realwirtschaftlichem Angebot und monetärer Nachfrage, so hat der einsetzende kasinokapitalistische Boom diesen Überschuß an Zirkulationsmitteln durch seine Verwandlung in Geldkapital in großem Stil gebunden. Erhebliche Teile potentieller Konsumnachfrage sind durch sich beständig vermehrende monetäre Ansprüche (Aktienbesitz, Schuldverschreibungen) ersetzt, die erst einmal im Finanzüberbau verharren, statt sich unmittelbar gegen Gebrauchsgüter auszutauschen. An die Stelle einer allgemeinen Teuerung trat das, was man im Amerikanischen bezeichnenderweise „asset-inflation" nennt, nämlich die spezielle Verteuerung der Aktienwerte, aber auch von Immobilien und anderen Spekulationsobjekten. Die OECD Statistiken sprechen in dieser Hinsicht eine äußerst deutliche Sprache. Sie weisen den logischen Zusammenhang chronologisch aus. 1980 hatte die Inflationsrate in den USA ihren Spitzenwert mit 13,5 Prozent erreicht. Drei Jahre später war sie im Vorreiterland des Spekulationskapitalismus bis auf 3,2 Prozent gesunken. In Europa kam die Wirkung verzögert, fiel aber deswegen nicht weniger dramatisch aus. In Frankreich etwa sank die Steigerungsrate der Verbraucherpreise vom gleichem Ausgangsniveau in 1980 (13,6 Prozent) bis 1986 auf deutlich unter 3 Prozent.

Indem reales Anlagekapital via Aktienemission auf Unmengen von Geldkapital zugreifen kann und Aktienbesitz gleichzeitig im großen Stil zur Grundlage für Konsumentenkredite wird, funktioniert die Selbstvermehrung des fiktiven Kapitals sowohl von der Nachfrageals auch von der Angebotsseite her als ungeheures Konjukturprogramm. Solange die Kreditketten halten und der Finanzüberbau sich weiter aufbläht, lassen sich von den spekulativ erwirtschafteten Gewinnen genauso Luxusgüter und Maschinen kaufen, wie von den Profiten aus tatsächlicher Arbeitsvernutzung.

Der Vorgriff auf künftige Wertschöpfung, der in den Kreditbeziehungen der kapitalistischen Subjekte sein Vehikel findet, hat Dimensionen angenommen, die den Vorgriff über die staatliche Geldschöpfung im keynesianischen Zeitalter nachträglich fast als Kinkerlitzchen erscheinen lassen. Je weiter hinauf der Aufstieg führt, desto tiefer aber ist natürlich der anschließende Fall. Die Entkopplung des fiktiven Kapitals von der realen Wertverwertung bleibt relativ, auch wo sich der Finanzüberbau zur Basis der Realwirtschaft verkehrt, und kann nicht absolut werden. Früher oder später muß die Uneinlösbarkeit des Verwertungsversprechens das ganze gigantische spekulative Gebäude zum Einsturz bringen. Dies bedeutet keineswegs nur eine Rückkehr zum Status quo ante. Mit dem Ende des kasinokapitalistischen Booms muß der gesamte über viele Jahrzehnte angestaute Entwertungsbedarf auf allen Ebenen zu Tage treten und die überspielten strukturellen Schranken der weiteren Kapitalverwertung werden schlagartig spürbar werden. Die Politik kann die anstehende Entwertung nicht aufhalten, sondern allenfalls verzögern und die Verlaufsform der Entwertung beeinflußen. So kann sie vor allem auf das Mischungsverhältnis deflationärer und inflationärer Prozesse einwirken, also auf die Frage, ob in erster Linie fiktives Geldkapital vernichtet oder, durch den Versuch, die Verluste zu sozialisieren, das Geldmedium selber beschleunigt entwertet wird.

Die Spekulationswellen, die Marx beschrieben hat, verhalten sich zum modernen Kasinokapitalismus wie die erste Dampflok zur Challenger-Raumfähre. Gerade deshalb sollten Marxisten sich angesichts der skizzierten Perspektive ins Stammbuch schreiben, was Marx anläßlich der aktuellen Handelskrise von 1857 in der »New York Daily Tribune« damals zu Papier gebacht hat: „Wenn Spekulation gegen Ende einer bestimmten Handelsperiode als unmittelbarer Vorläufer des Zusammenbruchs (crash) auftritt, sollte man nicht vergessen, daß die Spekulation selbst in den vorausgehenden Phasen der Periode erzeugt worden ist und daher selbst ein Resultat und eine Erscheinung (accident) und nicht den letzten Grund und das Wesen (the final cause and the substance) darstellt. Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen (spasms) von Industrie und Handel durch Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansehen."[7] ■

Ernst LOHOFF ist Publizist und Mitherausgeber der »Krisis« in Nürnberg.

Anmerkungen

1 Karl Kautsky, der Gralshüter der marxistischen Orthodoxie, hat den realen Gegensatz von zusammenbruchstheoretisch orientierter Krisenanalyse und soziologistischer Grundhaltung auf den Punkt gebracht: „Nicht von der Möglichkeit oder Notwendigkeit eines kommenden Zusammenbruchs oder Niedergangs des Kapitalismus hängen die Aussichten des Sozialismus ab, sondern von der Erwartung, die wir hegen dürfen, daß das Proletariat genügend erstarkt." (Zitiert nach Henryk Grossmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Frankfurt/M., 1970, S. 73).

2 Selbst wo Marx in seinen Schriften selber dem Soziologismus den Weg ebnet, bleibt ein zusammenbruchstheoretisches Moment gegenwärtig, das dazu nicht recht passen will. Das gilt namentlich fürs Kommunistische Manifest. Während dort einerseits die Klassenkampfemphase ihre klassische Gestalt gewinnt („alle bisherige Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen") und die Arbeiterklasse in den Stand des neuen Demiurgen erhoben wird, bemüht Marx andererseits für das Proletariat die Metapher des „Totengräbers". Totengräber bringen in der Regel aber nur unter die Erde, was ohne ihr Zutun vorher gestorben ist.

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 593.

4 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 593.

5 Staatsbankrotte kamen in der Frühgeschichte des Kapitals regelmäßig vor. Es macht allerdings einen gewaltigen Unterschied, ob ein Staat, der nur als Luxuskonsument auftrat (Militär, Hofhaltung) und weniger als 5 Prozent des vorhandenen Reichtums an sich zog, Konkurs anmeldet, oder ein moderner, für die alltägliche gesellschaftliche Reproduktion unverzichtbarer Staat, der 40 bis 50 Prozent des Bruttosozialprodukts verwaltet.

6 Nur scheinbar widersprechen dieser Feststellung die gegenwärtigen Budgetüberschüsse in den USA. Denn sie sind nur das Produkt einer Verlagerung der ungedeckten Geldschöpfung in die transnationalen Finanzmärkte und damit einer Zuspitzung in der Entwicklung des fiktiven Kapitals, wie gleich noch gezeigt werden soll.

7 MEW 12, S. 336f.

Das Ende naht?

Eine Kritik an den Grundlagen der „Krisis"-Gruppe

Karl REITTER

Wie immer man zu den Aussagen der „Krisis" stehen mag, eines ist Robert Kurz nicht abzusprechen. Er hat eine sehr interessante und diskussionswürdige Definition von Krise entwickelt, die den Anspruch erheben kann, durchaus neue Aspekte zu beleuchten.

Daher kann ich Michael Heinrich nicht ganz zustimmen, wenn er der „Krisis"-Gruppe vorwirft (»Streifzüge« 1/1999), sie würde die altehrwürdige Zusammenbruchstheorie wieder zum Leben erwecken. Es handelt sich zweifellos um eine solche, aber Kurz gibt ihr eine sehr spezifische Wendung, die man in dieser Form bei Luxemburg und Grossmann nicht findet. Die klassische Zusammenbruchstheorie geht ja davon aus, daß der Kapitalismus im Moment seines Zusammenbruchs die gesamte Gesellschaft durchdringt, daß alle Bereiche des Lebens unter die Verwertungslogik subsumiert sind. Bei Luxemburg ist das ganz deutlich. Sie geht davon aus, daß die Akkumulation des Kapitals nur unter der Bedingung möglich ist, daß ein ständiger Werttransfer vom nichtkapitalistischen ökonomischen Milieu in den kapitalistischen Sektor erfolgt. Der Wert, den Bauern, Handwerker und kleinbürgerliche Produzenten erzeugen, wird über Mechanismen – die hier im Detail nicht dargestellt werden können – vom Kapital angeeignet. Die Idee, daß das Kapital nicht nur jenen Wert akkumuliert, der im kapitalistischen Sektor der Gesellschaft selbst erzeugt wird, sondern daß zusätzlich ein systematischer Werttransfer zu beachten ist, wurde von einigen AutorInnen aufgegriffen. Ich erinnere an die Konzeption des ungleichen Tausches zwischen imperialistischen Metropolen und außereuropäischen Ländern, oder an die Konzeption von Claudia Werlhof, die in der weiblichen Hausarbeit eine indirekte, aber wesentliche Quelle der Mehrwertakkumulation vermutet. Während die Theorie des ungleichen Tausches oder der Aneignung unbezahlter Hausarbeit eher statisch konzipiert sind, geht es Luxemburg um die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation. Nach ihrer Ansicht sägt die kapitalistische Produktionsweise auf dem Ast, auf dem sie sitzt. Der Werttransfer ermöglicht die Akkumulation, diese wiederum führt zur Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und zur Zerstörung vorkapitalistischer Sphären. In der klassischen Konzeption bricht die kapitalistische Produktionsweise *am Höhepunkt ihrer Ausdehnung und Macht* zusammen.

Auf den Punkt gebracht läuft die Zusammenbruchstheorie der „Krisis"-Gruppe darauf hinaus, daß die geschichtliche Expansion der Wertproduktion zum Stillstand gekommen ist, ja noch mehr, rückläufige Tendenz annimmt. Historisch im 17. und 18. Jahrhundert in England entstanden, breitete sich die kapitalistische Produktionsweise sowohl in die „Tiefe" der Gesellschaft, als auch geographisch in der westlichen Hemisphäre aus. Anders gesagt, immer mehr Bereiche des Lebens wurden unter die Verwertungslogik subsumiert. Historisch muß genau an jenem Punkt vom Ende des Kapitalismus gesprochen werden, an dem die Expansion stoppt, und die rückläufige Tendenz einsetzt. Sobald eine systematische Ausdehnung der Subsumtion der lebendigen Arbeit unter das Kapital nicht mehr stattfindet, hat die Todesstunde des Kapitalismus geschlagen. Die kapitalistische Produktionsweise hätte dann ihren Zenit überschritten, sobald sie nicht mehr in der Lage ist, mehr und neue lebendige Arbeit einzusaugen. Es geht also um die Dynamik von Expansion und Schrumpfung. In der Sichtweise von Kurz bricht der Kapitalismus an seinem Höhepunkt nicht sichtbar zusammen, sondern es setzt die – freilich unaufhaltsame – Tendenz der Verdrängung der Arbeit aus der Wertproduktion ein. Damit werden die Grundlagen der Kapitalakkumulation untergraben. Sowohl geographisch als auch im „Inneren" der Gesellschaft werden immer mehr Bereiche aus der Verwertungslogik ausgeschieden. So gesehen ist der Ausdruck Zusammenbruchsthese etwas irreführend. Es geht darum, einen langen und schmerzvollen Prozeß des „Ausbrennens" der Wertproduktion zu konstatieren. In der Sichtweise der „Krisis"-Gruppe muß dieser Prozeß unabhängig vom Bewußtsein und politischen sowie sozialen Handeln der Menschen erfolgen. Wir sind mit einer streng objektivistischen Geschichtsthese konfrontiert.

Nach meiner Auffassung muß diese Krisenkonzeption auf zwei Ebenen begründet werden. Erstens: Wenn man an der These festhalten will, daß Marx im Kapital nicht einen empirischen Querschnitt durch den Kapitalismus des 18. Jahrhunderts vorlegt, sondern den reinen Begriff des Kapitals entwickelt, so müßte auf begrifflicher Ebene zu zeigen sein, daß das Kapital durch die Verfolgung der eigenen Logik sich selbst Schranken, innere Schranken, setzt. Zweitens: Man muß zeigen, daß eine solche letzte Schranke – falls sie begrifflich nachgewiesen werden kann – gegenwärtig aktuell ist, sich also empirisch nachweisen läßt. Denn die Möglichkeit ist nicht auszuschließen, daß die historischen Bedingungen für die Endkrise noch nicht herangereift sind.

Das Kapitalverhältnis ist von Haus aus krisenhaft. Marx zeigt aber in der Regel eine Wechselwirkung zwischen Krise und Prosperität. Die Prosperitätsphase bereitet die Elemente der Krise vor, die Krise wiederum eine neue Prosperität. Kapitalakkumulation muß Kapitalvernichtung nach sich ziehen, Kapitalvernichtung bereitet der Akkumulation erneut den Boden. Daß dieses Auf und Ab für die Bevölkerung oft verheerende Folgen hat, tangiert die Logik des Kapitalismus keineswegs, darin besteht unter anderem die perfide Logik dieses Gesellschaftssystems. Die entscheidende Frage ist nun: Existieren notwendige Tendenzen, die nicht wechselwirksame Folgen haben? Die klassische Anwort lautet, ja, es handelt sich um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Konsequenz dieser Tendenz sei es, daß das konstante Kapital gigantisch anwächst und immer geringere Massen von lebender Arbeit kommandiert. Ab einer gewissen Quantität dieser Entwicklung muß sie in Qualität umschlagen, ein Prozeß den Marx unter anderem in den Grundrissen sehr plastisch und anschaulich darstellt: „Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das

Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt *neben* den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper (...). Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. (...) Damit bricht die auf Tauschwert ruhnde Produktion zusammen (...)." (Grundrisse 592f., Hervorhebung von mir) Ich sehe in diesem, von mir bewußt zitierten Abschnitt nur einen Versuch, die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise zu erfassen, nicht mehr. Marxens Wert- und Kapitaltheorie liegt keineswegs in fertiger, in sich geschlossener Gestalt vor, sondern muß – teilweise gegen die Thesen von Marx – (re)konstruiert werden. Wie dem auch sei – ich kann in vielen Argumenten der „Krisis"-Gruppe nur eine Paraphrasierung jener Aussagen sehen, mit denen Marx den tendenziellen Fall der Profitrate zu begründen versucht. Im Gegensatz zu Lenins Imperialismustheorie („Fäulnis der Produktivkräfte") geht die „Krisis"-Theorie nicht von einer Stockung der Produktivkräfte aus, sondern – ebenso wie Marx – von ihrer rasanten Entwicklung. Die darauf aufbauende Zusammenbruchsthese läßt sich in zwei Schritte zerlegen. Zum einen wird behauptet, daß immer größere Kapitale immer weniger lebendige Arbeit einsaugen können. Das Verhältnis von konstantem zum variablen Kapital verschiebt sich ständig zugunsten des konstanten Kapitals. Durch die permanent steigende organische Zusammensetzung werden ständig Arbeiter durch die Maschine verdrängt. In einem zweiten Schritt wird behauptet, daß die so freigesetzten Arbeitskräfte weder durch neue Produktionszweige noch durch die ständig wachsenden Kapitale beschäftigt werden können. Wenn ich also die Argumente richtig verstehe, laufen sie darauf hinaus, daß c, das konstante Kapital offensichtlich unendlich wachsen *muß*, gleichzeitig benötigen die immer größeren Kapitale, gerade weil ihr Wachstum durch die Erhöhung der Produktivität der Arbeit stimuliert ist, immer weniger lebendige Arbeit, um in Bewegung gesetzt zu werden. Dieser Mechanismus ist freilich nicht viel anderes als das berühmte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate".

Gilt das „Gesetz von tendenziellen Fall der Profitrate"?

Zu Lebzeiten Marxens fiel die Profitrate kontinuierlich. So gesehen sind seine Thesen ein Versuch, auf die Erklärungen von Ricardo und Smith zu reagieren. Ein solcher ständiger Fall scheint sich für das 20. Jahrhundert nicht mehr nachweisen zu lassen. Joseph Gillman hat in den fünfziger und sechziger Jahren eine Studie über die amerikanische Industrie der Jahre 1848 bis 1939 durchgeführt und kommt zu folgendem Schluß: „Die Ergebnisse zeigen, daß die historischen Statistiken der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg diese Theorie von Marx voll zu stützen scheinen, während sie sich nach dem Krieg im allgemeinen im Gegensatz zu den Erwartungen von Marx verhielten."[1] Man kann nun einwenden, daß die Ungültigkeit des „Falls der Profitrate" an sehr spezifischem Material untersucht und daß von einer bestimmten Epoche der Wirtschaftsentwicklung in den USA noch keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden können. Michael Heinrich hingegen argumentiert auf derselben Abstraktionshöhe wie Marx im „Kapital". Er kommt zum Schluß, daß das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate nicht aufrecht erhalten werden kann. Dieses Gesetz ist das Resultat zweier, entgegengesetzt wirkender Tendenzen, der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals einerseits (d.h. der Anteil an konstantem Kapital vergrößert sich auf Kosten des variablen) und einer ebenfalls steigenden Mehrwertrate (d.h. der Anteil der unbezahlten Arbeitszeit steigt auf Kosten der bezahlten). Eine steigende organische Zusammensetzung läßt die Profitrate *sinken*, die steigende Mehrwertrate jedoch *steigen*. „Soll nun gezeigt werden, daß die Profitrate eine Tendenz zum Fallen hat, müßte nachgewiesen werden, daß zumindest langfristig die Wertzusammensetzung *schneller* steigt als die Mehrwertrate."[2] Gerade diese Annahme wird von Marx nur behauptet, nicht jedoch als notwendig nachgewiesen. Geradezu verkehrt stellt sich das sogenannte Gesetz des tendenziellen Falls dar, wenn eine weitere, von Marx selbst im ersten Band des Kapitals entwickelte Voraussetzung, mit in Betracht gezogen wird. Lebendige Arbeitskraft wird nur dann durch tote Arbeit, also konstantes Kapital ersetzt, wenn die Summe von Arbeitslohn und konstantem Kapital sinkt, also der Kostpreis, der empirisch in der Buchhaltung aufscheint, sich verringert. Anders gesagt: Investitionen in Maschinen werden in der Regel nur dann getätigt, wenn sich der Kapitaleinsatz für die Produktion eines bestimmten Gutes vermindert. („In der Regel", denn es gibt Güter, die nur durch eine bestimmte Technologie hergestellt werden können, Güter also, bei denen sich die Alternative, viele Arbeiter, wenig Maschinen, oder wenig Arbeiter, viele Maschinen gar nicht stellt. Dieses Faktum kann jedoch nicht als Argument für den tendenziellen Fall benutzt werden, sondern spricht sogar dagegen. Denn es ist a priori nicht ausgemacht, daß die Produktion eines technologisch neuen Produkts mit einem extrem hohen Anteil an konstantem Kapital beginnen muß. Gerade Computeranlagen zeigen einen scheinbar unaufhaltsamen stetigen Wertverfall, das heißt, bestehende Anlagen entwerten sich binnen Jahren, ja Monaten rapide. Das bedeutet: schon in kürzester Zeit sinkt die Wertübertragung auf Null.)

Die Investition muß sich also lohnen. Präzise ausgedrückt, die Erhöhung des konstanten Kapitals muß kleiner sein als die Minderung des variablen Kapitals. Es gilt also: $\Delta c < \Delta v$.[3] Heinrich geht in seiner Beweisführung von einer gegebenen Profitrate aus, nimmt eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung unter der Bedingung $\Delta c < \Delta v$ an und drückt schlußendlich die neue Profitrate mathematisch durch die Variablen der ursprünglichen Profitrate aus. Die einzelnen Schritte der Berechnung möchte ich hier nicht ausführen, Interessierte können sie anhand seines Buches nachrechnen. Das vielleicht erstaunliche Resultat: „Auf der von Marx gewählten Abstraktionsebene läßt sich demnach nicht nur kein tendenzieller *Fall* der Profitrate begründen, sondern sogar ein tendenzielles *Steigen*."[4] So verwunderlich ist das Resultat allerdings nicht; steigende Produktivität bedeutet schlicht, daß der Wert des konstanten Kapitals ebenso sinkt wie der Wert der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel. Aus dem gewählten Beispiel darf jedoch nicht gefolgert werden, daß quasi umgekehrt die Profitrate nie und nimmer sinken kann, es kann nur geschlossen werden, daß die Rede vom tendenziellen Fall in der, vor allem durch die Bearbeitung des III. Bandes durch Engels suggerierten apodiktischen Gesetzmäßigkeit, zu verabschieden ist.

Was folgt jedoch aus dem Resultat, das „Gesetz des tendenziellen Falls der

Profitrate" existiere nicht? Die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit *kann* zur Verdrängung der lebendigen Arbeit aus der Produktion, *muß* jedoch nicht dazu führen. Es dürfte klar sein, daß die Debatte auf der Ebene der Wertzusammensetzung geführt werden muß, nicht auf der Ebene der sinnlichen Erscheinung. Zu sagen, früher bedienten zehn Arbeiter eine Maschine, heute ein Arbeiter zehn Maschinen, ist kein schlagendes Argument. Denn es ist die Frage, ob diese Entwicklung bedeutet, daß sich der Wert der Maschinerie (abstrakt gesprochen, des konstanten Kapitals) verzehnfacht, der Wert der Arbeitslöhne (das variable, wertschöpfende Kapital) auf ein Zehntel reduziert haben *muß*.

Produktivkraft und Gesellschaft

Zumindest in dem bereits 1986 geschriebenen Artikel „Die Krise des Tauschwerts" verwendet Kurz eine zweite Ebene der Argumentation, die die Wertzusammensetzung weitgehend unberücksichtigt läßt. Der Autor geht darin von der Überlegung aus, daß die Bedingungen für die Produktivität der Arbeit immer mehr außerhalb des eigentlichen Kapitalverhältnisses „erarbeitet" werden. Die Entwicklung der Wissenschaft, der Ausbau der Infrastruktur, die Erstellung neuer Kommunikations- und Informationssysteme; all das wirkt einerseits indirekt auf die Produktivität der Arbeit, andererseits wird sie in gesellschaftlichen Sphären produziert, die außerhalb des eigentlichen kapitalistischen Verwertungszusammenhangs stehen. „Zweifellos handelt es sich hier um gesellschaftliche Produktivkräfte, die in Bewegung gesetzt werden, und alle darin eingeschlossenen Arbeiten sind in stofflicher Hinsicht indirekt produktiv. Aber gleichzeitig stehen diese Arbeiten von vornherein ihrer Natur nach außerhalb des Wertgesetzes, sie können gar nicht die Form vergegenständlichter abstrakter Arbeit in der Fetischgestalt des Werts annehmen, weil sie eben als unmittelbar gesellschaftliche in alle Produkte gleichermaßen und gleichzeitig eingehen, somit gar nicht als Moment eines Austauschprozesses getrennter Einheiten erscheinen können."[5] Ein Beispiel dafür wäre etwa Bildung und Wissenschaft. Es existieren Elemente der Zivilisation, die nicht als Waren produziert werden, aber indirekt in die Produktivkraft der Arbeit eingehen. Dieses Faktum ist selbstverständlich, und wird etwa von Marx bereits im ersten Abschnitt des Kapitals betont. „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschicks der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch die Naturverhältnisse."[6] Wieso der Kapitalismus zusammenbrechen muß, bloß weil die Bedingungen für die Produktivkraft der Arbeit außerhalb des eigentlichen Kapitalverhältnisses stehen, ist mir völlig uneinsichtig.[7] Es dürfte auch Marx bewußt gewesen sein, daß sich etwa die Naturwissenschaften außerhalb des Verwertungsprozesses entwickeln. Er betont an einer Stelle sogar ausdrücklich, daß die Resultate der wissenschaftlichen Forschung dem Kapital kostenlos zugute kommen. Wieso dies eine systematische Schranke des Kapitals markieren soll, bleibt völlig unklar. Aus der Tatsache, daß Arbeit in bestimmten wesentlichen Sphären der Gesellschaft nicht oder nur teilweise zum Objekt der kapitalistischen Produktionsweise gemacht werden kann, auf die notwendige Endkrise zu schließen, halte ich für unzulässig.

Abgesehen von der prinzipiellen Ebene, spricht auch die aktuelle Entwicklung gegen Kurz. Seine These, gewisse Arbeiten stünden „von Natur aus" außerhalb des Wertgesetzes, ist mehr als fragwürdig. Auch Universitäten können als kapitalistische Unternehmen geführt werden, siehe USA. Die gegenwärtig rollende Welle der Privatisierung und Entstaatlichung ist doch genau der Versuch, gesellschaftliche Bereiche in die Warenproduktion einzubinden, die es bis dato nicht waren. Historisch vollzieht sich genau das Gegenteil der Kurzschen Behauptungen. Immer mehr, immer abstraktere Bereiche des menschlichen Lebens werden in die Warenproduktion einbezogen.[8]

Gibt es empirische Belege?

Welches sind nun eigentlich die empirischen Belege, die für die Endkrise des Werts vorgebracht werden? Genau genommen sind es *alle* Krisenphänomene die weltweit existieren, die als Beleg für die Endkrise zitiert werden, ohne daß der Endzeitcharakter ausgewiesen wird. Nehmen wir ein Stichwort: Asienkrise. Eine Krise zweifellos, aber kann man die Behauptung aufstellen, Länder wie Indonesien, Südkorea usw. hätten sich strukturell vom kapitalistischen Weltsystem abgekoppelt und würden fortan in wildem Bandenwesen und einer undefinierbaren nachkapitalistischen Ökonomie verharren? Stichwort Osteuropa, ein Sechstel der Welt für den Kapitalismus verloren? Das kann doch angesichts der ökonomischen Entwicklung von Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien usw. nicht ernsthaft behauptet werden. China und Indien, Länder, in denen immerhin ein Drittel der Menschheit lebt, werden sicherheitshalber gar nicht erwähnt. Daß es massive Krisen gibt, Rückschläge für die kapitalistische Akkumulation, und daß so manche Seifenblase vom schnellen Geld zerplatzt ist, soll nicht geleugnet werden. Aber das bloße Beschwören dieser Krisen mit blumiger Rhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das angebliche Verschwinden dieser Regionen von der Landkarte des Kapitalismus (leider) sehr realitätsfremd anmutet. Sicher: gewisse Regionen scheinen auf absehbare Zeit von Gott und Kapital verlassen, doch die Endgültigkeit, die ja behauptet werden muß, scheint mir nirgends plausibel argumentiert. Auch im ständigen Beschwören des fiktiven Kapitals sehe ich kein Argument für das Ende des Kapitalismus. Selbst wenn der schon lange prognostizierte Börsenkrach eintritt, was dann? Führt die dann stattfindende Kapitalvernichtung statt zur Endkrise nicht im Gegenteil zu einer erneuten Stabilität des Kapitalismus? Denn ein Börsenkrach würde krisenhaft den Schein korrigieren, daß Kapital akkumulieren kann, ohne mit lebendiger Arbeit in Berührung zu kommen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Existenz und Wachstum des fiktiven Kapitals sehr kurzschlüssig darauf zurückgeführt werden, daß dieses Kapital eben keine Möglichkeit hat, lebendige Arbeit zu beschäftigen. Genau diese These gälte es zu beweisen. Daß Kapital deswegen in Termingeschäfte mit Schweinebäuchen investiert werden *muß*, weil es Arbeitskraft nicht mehr profitabel beschäftigen kann, müßte erst einmal gezeigt werden. Mir erscheint es so, als ob die „Krisis"-Gruppe diese Annahme dogmatisch voraussetzt, um die Existenz des aufgeblähten Spekulationskapitals als empirischen Beleg für die Behauptung zu nehmen, das Kapital *müsse* in diese Sphäre flüchten, weil es als reales Kapital keine Möglichkeit der Verwertung hätte.

Jenseits des abstrakten Werts

Der strikte Ultraobjektivismus der Zusammenbruchsthese muß notwendig zu einer vollständigen Entkopplung von objektiver Kapitalentwicklung und den Bedingungen und Perspektiven des Widerstands führen. Statt die Wechselwir-

kung zwischen Entwicklung des Kapitalismus und sozialer Revolte zu untersuchen, werden beide Bereiche strikt getrennt. Die dürftigen und unhistorischen Aussagen der „Krisis"-Gruppe zu antikapitalistischen Bewegungen sind kein Zufall, und können sicher nicht auf intellektuelles Unvermögen oder dergleichen zurückgeführt werden. Sie entspringen der These, daß die historische Perspektive des Kapitalismus, der Zusammenbruch, quasi wie ein Naturgesetz abläuft. Wenn das so ist, dann reduziert sich die praktische Konsequenz auf die Vermittlung dieser Erkenntnis.

Ich sehe aber auch die Möglichkeit, am Begriff der Krise anzuknüpfen, obwohl ich die Zusammenbruchsthese strikt zurückweise. Auch wenn ich nicht meine, die kapitalistische Produktionsweise würde von selbst in sich zusammenfallen, so liegt in diesem Krisenbegriff die Möglichkeit, über die Grenzen des abstrakten Werts und deren historische Dynamik nachzudenken. Ich möchte das von mir jetzt Gemeinte an einer Gegenposition verdeutlichen. Wenn man, anknüpfend an Sohn-Rethels Begriff der „gesellschaftlichen Synthesis", den abstrakten Wert als den alleinigen Modus der Vergesellschaftung auffaßt, kann Gesellschaft nur noch als repressive Totalität konzipiert werden. Man könnte dies die systemtheoretische Transformation des Marxismus nennen. Alle Elemente der Gesellschaft sind kompatibel mit dem abstrakten Wert, ja noch mehr, vermittelt über den Begriff der reellen Subsumtion werden sie als das ausschließliche Produkt der Bewegung des abstrakten Werts begriffen.[9] Die Gesellschaft ist mit sich identisch, das heißt, sie ist mit dem abstrakten Wert identisch.

Nun wäre es tatsächlich ein Fehler, die Dominanz des abstrakten Werts ausschließlich auf jene Bereiche einzugrenzen, die tatsächlich Element der Bewegung des Kapitals sind. Also zu behaupten, sowohl stoffliche Elemente wie jene Individuen, die nicht via Arbeitslohn als Momente des Kapitals fungieren, stünden jenseits des abstrakten Werts. Kapitalismus bedeutet nicht, daß *alles* in Ökonomie aufgeht, sondern daß die Ökonomie eine geschichtlich einmalige Dominanz über die Gesellschaft und ihre Elemente ausüben kann. Um das etwas praktisch und anschaulich werden zu lassen, ein Beispiel: Arbeitslose sind zwar nicht unmittelbar in die Wertproduktion eingespannt, aber ihre gesamte soziale Existenz ist auf diesen Zweck ausgerichtet, und dazu werden sie auch zugerichtet. Andererseits, und hier kann ich dem „Krisis"-Konzept zustimmen, kann sich die Dominanz des abstrakten Werts nicht ausschließlich imaginär durchsetzen. Die Wertproduktion muß auch praktisch durchgesetzt sein, also Mensch und Natur müssen tatsächlich als Elemente der Wertproduktion dienen. Einen virtuellen Kapitalismus, der keine sachlichen Elemente und vor allem keine Menschen mehr subsumiert, kann es nicht geben. Aber diejenigen Individuen, die aus dem Verwertungsprozeß herausfallen, leben deshalb nicht in einem unschuldigen Niemandsland. Genau an diesem Punkt setzt für mich Politik ein. Im Herzen der kapitalistischen Akkumulation herrscht tatsächlich repressive Totalität, insofern hat auch diese Theorie einen wahren Kern. Aber in dem Maße, wie die von der „Krisis" prognostizierte praktische Dominanz des Werts schwindet, wie „Räume" freigegeben werden müssen, entsteht zumindest die Möglichkeit für antikapitalistische, praktische Politik. Wer nun verneinend den Kopf schüttelt, dem möchte ich zu bedenken geben, daß – zumindest in einem Artikel aus 1994 – Robert Kurz haargenau diese Position vertritt. Er bezieht sich darin positiv auf Ansätze, autonome soziale Formen zu entwickeln und schlußfolgert: „Denn autonome, nicht-warenförmige Tätigkeiten können ja nicht im luftleeren Raum stattfinden. Dazu bedarf es Ressourcen: Land, Gebäude, Büros, Werkstätten, Gärten, Produktions- und Kommunikationsmittel usw. Diese müssen Staat und Markt abverlangt werden. Solche Forderungen werden umso plausibler, je weniger das warenproduzierende System die Ressourcen sinnvoll verwalten kann, und je mehr intakte und lebenswichtige Mittel weltweit brachliegen, bloß weil sie dem Rentabilitätsfetisch nicht genügen. Für einen solchen „Einstieg in den Ausstieg" aus der Geldlogik könnte neben sachlichen Ressourcen paradoxerweise sogar auch wieder Geld vom Staat gefordert werden; und zwar für Investitionen, die dem Start in autonome Tätigkeiten dienen (das wäre etwas grundsätzlich anderes als ein Subventionsmodell). Die westdeutsche Bewegung für autonome Kommunikationszentren in den siebziger Jahren und die Hausbesetzerbewegung in den achtziger Jahren waren Vorläufer solcher Konflikte. Eine elementare Frage wird dabei zunehmend diejenige von Grund und Boden sein. Das Ziel kann nur heißen, die Erde von jeder Kauf- und Verkaufbarkeit auszuschließen, das heißt, sie als Grundlage allen Lebens vom Geld zu entkoppeln."[10] Kurz schließt, und das ist sehr bemerkenswert, zumindest in dieser Arbeit, den politisch erzwungenen Werttransfer vom kapitalistischen in einen autonomen Sektor nicht aus, im Gegenteil, er erscheint ihm offensichtlich als ernstzunehmendes Projekt. Anders gesagt, er stellt in diesem Artikel die Frage, wie der soziale Widerstand entwickelt und gefördert werden kann, welche politischen Forderungen zu erheben sind, damit gesellschaftliche Elemente entstehen können, die der Verwertungslogik (zumindest partiell) entzogen werden. Ich hätte dazu einen Vorschlag...[11] ■

Karl REITTER ist Lektor am Institut für Philosophie an der Universität Wien.

Anmerkungen

1 Joseph M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt am Main 1969, S. 5.

2 Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, 2. Auflage, Münster 1999, S. 331.

3 c + v bilden den Kostpreis, also jene Summe, die in die Produktion zu investieren ist. Investitionen (Rationalisierungen) werden in der Regel nur dann vorgenommen, wenn sie den Kostpreis senken, wenn also das zu investierende Kapital zur Produktion der selben Gütermenge sinkt. Die Einsparung an Arbeitslöhnen (Δv) muß also größer sein, als die Mehrausgaben für Maschinerie usw. (Δc) Mathematisch läßt sich diese Bedingung durch folgende Ungleichung ausdrücken: $\Delta c < \Delta v$.

4 Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, 2. Auflage, Münster 1999, S. 339f.

5 Robert Kurz, Die Krise des Tauschwerts, »Marxistische Kritik« Nr. 1, März 1986, S. 16.

6 Karl Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 54.

7 Der Ausdruck „Produktivkräfte" ist eigentlich irreführend. Es gibt nur Faktoren, die die Produktivkraft der Arbeit bestimmen; nur diese auf die Arbeit einwirkenden Faktoren können Produktivkräfte genannt werden.

8 Daß es sich bei „Waren" auch um nicht gegenständliche Dienstleistungen handeln kann, dürft wohl selbstverständlich sein.

9 Stefan Breuer hat, zumindest eine Zeit lang, diese Auffassung vertreten.

10 Robert Kurz, Gibt es ein Leben nach der Marktwirtschaft? Überlegungen zur Transformation des warenproduzierenden Systems (2. Teil), »Neues Deutschland«, 18./19. 6. 1994.

11 http://mailbox.univie.ac.at/~reittek6/grundeinkommen.htm

„Globalisierung“: Der Imperialismus als Sachzwang

Herbert AUINGER

Die Schwierigkeit bei diesem Thema besteht darin, daß falsche Vorstellungen, Ideologien, interessiert ausgeschlachtete Tatsachen und Hinweise auf die wirkliche Sache ziemlich begriffslos durcheinander geworfen werden.

Zuerst soll deswegen das Schlagwort „Globalisierung“ mehr von der ideologischen Seite her rezensiert werden, und dann folgen ein paar Anmerkungen zur Sache, zum polit-ökonomischen Inhalt.

Eine Neuerung im Verhältnis von Staat und Kapital?

Grundsätzlich soll man sich unter „Globalisierung“ vorstellen, die Marktwirtschaft, der weltweite Kapitalismus habe sich enorm verändert. Fragt man, worin sich der Kapitalismus verändert habe, sind die Auskünfte im Ton dramatisch, inhaltlich aber einigermaßen dürr. So ziemlich jeder Globalisierungstheoretiker fängt damit an, daß wir es neuerdings mit dem Weltmarkt zu tun haben – bloß bevölkern den seit Jahrzehnten dieselben Figuren: Warenexporteure und -importeure, Kapitalexporteure und -importeure, das internationale Finanzkapital, und natürlich die Staaten, zwischen denen das Geschäft läuft und als deren Handels- und Zahlungsbilanzen es verbucht wird. Da ist nichts Neues hinzugekommen. Dramatisch wird es, wenn Globalisierungstheoretiker auf ihre Entdeckungen hinweisen: Das alles ist viel mehr und viel größer geworden. Es sind jetzt riesige Kapitalmassen unterwegs, die bewegen sich in Sekundenschnelle, nicht bloß innerhalb eines Marktes, sondern durch die ganze Welt. Das läßt „die Märkte zusammenrücken“, es entsteht ein „globales Dorf“ – und am Schluß ist die „Ökonomie internationalisiert“ und der Noch-Immer-Nationalstaat deswegen „zur Ohnmacht verurteilt“.

Es ist zu fragen, worin das Problem liegen soll. Hat man nicht immer erzählt, Wachstum wäre das Entscheidende beim Kapitalismus, und für dieses Wachstum sei die Freiheit des Welthandels unabdingbar, „offene Märkte“, auch sichere Transportwege, bessere Kommunikationsmittel und schnellere Informationsübermittlung? Jetzt ist der Weltmarkt dauernd gewachsen, der frühere Ostblock und China gehören dazu, der Kapitalismus war und ist also erfolgreich – und darüber soll alles irgendwie anders geworden sein? Durchaus, behaupten Globalisierungstheoretiker, und mit der „Entmachtung des Nationalstaates“ geben sie an, worauf sie hinauswollen: Das riesige internationale Kapital macht es dem Staat schwer. Er muß etliches unternehmen, Kapital anzulocken bzw. es bei sich zu behalten. Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß ein „nationales“ Kapital im jeweiligen Staat prosperiert, von diesem seinem Standort erst einmal auch abhängig ist und dann auf Basis seiner heimatlichen Erfolge außerhalb Geschäftsgelegenheiten wahrnimmt – sondern es agiert von vornherein weltweit. Kapital erscheint in diesen Bildern wie eine anonyme Macht, der jeder Staat unterworfen ist, eine Macht, die ihn zur Ohnmacht verurteilt. Das ist aber in der Regel nur die erste Hälfte dieser Botschaften, im nächsten Moment ist es mit dieser staatlichen Ohnmacht nicht mehr so weit her: Da soll der Staat mit all seiner Macht die „Herausforderung der Globalisierung“ durchaus meistern. Er soll sich keineswegs auf den Standpunkt stellen, daß das neuerdings nun einmal so sei mit dem Kapitalismus und „als Nationalstaat“ dann eben abdanken. Seine Macht nach innen soll er nutzen, und das tut er in der Regel nicht zu knapp. Unter dem Titel „Globalisierung“ macht er sich daran, seine Gesellschaft umzuwälzen. Die Folgen sind bekannt und ziemlich ungemütlich: Das nationale Lohnniveau wird umfassend gesenkt; die Pensionen gehen runter; die Gesundheit wird teurer, mehr (Öko!)Steuern sind zu zahlen usw. usf. – und bei allem kommt heraus, daß die Arbeitslosigkeit wächst und noch weiter wachsen wird. Subventionen, Steuererleichterungen, im EU-Verbund ein kämpferisches Auftreten in der Welthandelsorganisation WTO gegen die USA ergänzen die Verbilligung des „Faktors“ Arbeit um die direkte Unterstützung des kostbaren Kapitals.

Mit dem Kampfruf „Globalisierung“ legen Staaten ein Bekenntnis zur weltweiten Freiheit des Kapitals ab. Einerseits tut jeder Staat so, als wäre er diesem Kapital bloß unterworfen, als würde ihm dieses Maßnahmen aufzwingen. Andererseits liegt es dann doch wieder bei ihm, daß und welche Maßnahmen er ergreift, um in der „Globalisierung“ zu bestehen, um sich in der Konkurrenz der Nationen durchzusetzen. Diese Entscheidung überläßt kein Staat dem freien Wirken des Kapitals, dem gnadenlos unparteiischen und gerechten Urteil „der Märkte“; vielmehr greift er massiv ein, und der Weltmarkt ist bevölkert von lauter solchen Nationalstaaten, die für sich und gegeneinander ihren Erfolg suchen. Diese Konkurrenz der Nationen dreht sich natürlich nicht darum, wer dem Volk am meisten bieten kann, wo es den Leuten am besten geht – diese Idee hält der moderne Mensch eher für abseitig –, sondern wer den größten Kapitalerfolg vorweisen kann. Für diesen Erfolg wird das Volk als Mittel eingespannt. Seine Billigkeit und seine Anspruchslosigkeit ist verlangt und wird erzwungen. Unter dem Schlagwort „Globalisierung“ wird das Volk kritisiert. Es hat sich viel zu gemütlich eingerichtet, es ist verwöhnt, es hat sich an „Besitzstände“ und „wohlerworbene Rechte“ gewöhnt, die abgeschafft werden müssen – daß nicht der Besitz der wirklich Besitzenden gemeint ist, sollte klar sein. Das Volk hat seine Nation in Schwierigkeiten gebracht, und das muß gründlich geändert werden – dafür stehen berühmte Schlagworte wie „Verkrustung“, „Erstarrung“, „Reformstau“ bzw. „Modernisierung“. Gleichzeitig wird manchmal der Eindruck erweckt, daß das letztlich alles nur „für uns“ unternommen würde, irgendwann und irgendwie sollte es sich auszahlen. Wenn „wir“ erst einmal die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewonnen haben ... Eine glatte Lüge: Als Mittel in der Konkurrenz der Nationen benutzt zu werden, schließt nun einmal das eigene Wohlergehen aus. Außerdem wird diese Lüge zunehmend von ihren Erfindern aus dem Verkehr gezogen, und durch den

Hinweis ergänzt bzw. ersetzt, daß die Lage nun einmal so sei, und es zum Bestehen unter den Bedingungen der globalisierten Wirtschaft ohnehin keine Alternative gibt, koste es die normalen Menschen, was es wolle.

Nach dieser Seite handelt es sich bei „Globalisierung" um eine Sachzwang-Ideologie. Der Staat gibt vor, ihm wäre sein Handeln von außen vorgeschrieben, er wäre ein Getriebener fremder Mächte und Märkte. Dabei existiert diese „Abhängigkeit" vom „internationalen Finanzkapital" nur, insofern jeder Staat längst bei sich dafür gesorgt hat, daß es um das Wachstum des Kapitals zu gehen hat. Jeder Kapitalismus ist ein nationalstaatliches, ein politisches Projekt, das kann man auch den östlichen „Reformstaaten" entnehmen, wo keine Kapitalistenklasse eine Revolution gemacht hat, sondern wo die politischen Instanzen mit ihrer eigenen „Planung und Leitung" unzufrieden waren und das – bei der Ausbeutung! – zweifellos überlegene westliche System einführen wollten. Die mit „Globalisierung" skizzierte staatliche Ohnmacht ist bloß der Auftakt dazu, machtvoll das Volk mit Zumutungen zu überziehen. „Globalisierung" fordert zwingend Schlechterstellung, daran führt ab sofort kein Weg mehr vorbei. Rückblickend wird die Existenz, die ein hiesiger Lohnarbeiter und seine Familie früher hatten, richtiggehend verklärt, zu einem halben Paradies auf Erden. Ein Leben lang mit der Arbeit oder der Arbeitslosigkeit zurechtkommen und sich das immer knappe Geld einteilen müssen, dabei sich mit einer strapazierten Gesundheit herumschlagen – das ist das Höchste, was sich der Normalmensch erwarten kann in diesem System. Und das ist heutzutage zuviel des Guten, behauptet „Globalisierung", das kann sich unsere tolle Marktwirtschaft nicht mehr erlauben. Auf ihre Weise stellen auch Globalisierungstheoretiker klar, daß dieses System und das Wohlergehen der Normalmenschen in Widerspruch stehen.

Eine Bedrohung durch die Spekulation auf Habenichtse?

Die Währungs- und Finanzkrise in Südostasien vor zwei Jahren steht prototypisch für die ausgemalten „Gefahren der Globalisierung"; sie hat dieses Schlagwort dann auch mächtig popularisiert. Diese Krise hat in der Tat in den imperialistischen „Zentren" einige Sorge hervorgerufen. Daß die Staaten dort unten Probleme haben, ist eine Sache – wenn aber die Banken aus den Metropolen des Kapitalismus in Schwierigkeiten kommen, dann ist womöglich das Ganze Weltfinanzsystem gefährdet, dann geht womöglich der weltumspannende internationale Kredit den Bach hinunter. Also haben die kapitalistischen Führungsstaaten, die „G-7", Handlungsbedarf gesehen. Sie unterhalten längst eine gemeinsame Währungs- und Kreditbehörde, den IWF, der erhielt wieder einmal einen Auftrag. Er sollte den bankrotten südostasiatischen Staaten neuen Kredit gewähren. Manchmal wird so getan, als ob diesen Staaten vom IWF „geholfen" wird, aber das „entlarvt" sogar die normale Öffentlichkeit. Diese Staaten bekommen Kredit nur unter den berüchtigten IWF-Auflagen. Mit diesem Kredit ihrer Wirtschaft helfen dürfen sie nicht; der Kredit ist dafür reserviert, ihre Auslandsschulden zu bedienen. Der IWF und seine Auftraggeber wollen, daß die Kapitalflucht nicht zu dramatisch ausfällt, denn das würde zu immer weiteren Verlusten führen. Wenn aber die internationalen Anleger sehen, daß ihre Kredite weiter bedient werden, via IWF-Zuschüsse, dann fassen sie neues Vertrauen, dadurch werden diese Kredite wieder sicherer und weitere Verluste werden hoffentlich vermieden. Das hat Kritik hervorgerufen, in der Öffentlichkeit, sogar in den Parlamenten: Spekulanten schieben ihre Gelder in der ganzen Welt herum, das Ganze ist hochriskant, und wenn sie dabei vom Bankrott bedroht sind, erwarten sie wie selbstverständlich, daß ihnen die Staaten – manchmal auch „die Steuerzahler" genannt – ihre Verluste ersetzen. Sie erpressen also die Staaten und seien keine ordentlichen Kapitalisten, denn die tragen bekanntlich – hört man immer wieder – ihr finanzielles Risiko selber, im Unterschied zum „Arbeitnehmer", der ohne solche Sorgen fröhlich in den Tag lebt ... Die Frage, die also bei solchen Anlässen aufkommt, besteht darin, ob Spekulanten das dürfen, oder ob ihr „unverantwortliches" Verhalten nicht beschränkt werden sollte. Die korrekte Antwort lautet, daß Spekulanten das dürfen und sollen, weil die kapitalistischen Führungsstaaten ihr Verhalten nicht als unverantwortlich ansehen, sie vielmehr dazu ermächtigt haben, die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Unter anderem durch die „Konvertibilität" der Währungen.

Globalisierung praktisch: Konvertibilität

Damit ist zunächst die freie Umtauschbarkeit der Währungen gemeint, und das ist keine Selbstverständlichkeit. Jeder Staat produziert bekanntlich sein eigenes Geld. Dieses Geld stellt für jeden Bürger verbindlich den Reichtum seiner Nation dar, und in diesem Geld wird die Vermehrung des Reichtums gemessen. Alles Wirtschaften muß sich in eine Geldsumme verwandeln und erfolgreich war das Wirtschaften nur, wenn die im Verkauf erzielte Geldsumme größer ist als die für die Herstellung des Produkts vorgeschossene Geldsumme. Dieses Wirtschaften findet nicht nur innerhalb der eigenen Grenzen statt, die Kapitalisten agieren grenzüberschreitend: Sie wollen und sollen am Reichtum anderer Nationen mitverdienen. Das wirft das Problem auf, in welchem Geld diese Käufe und Verkäufe abgewickelt werden sollen. Wenn die Firmen Magna, Steyr oder Chrysler Produkte im Ausland verkaufen, lassen sie sich in Dollar, D-Mark und bald in Euro bezahlen; genommen werden noch Franken, englische Pfund und ein paar weitere Währungen; was ist, wenn nach Bolivien oder Ägypten geliefert wird? Wird der bolivianische Peso oder das ägyptische Pfund akzeptiert? Natürlich nicht – auch von solchen Käufern wird „echtes Geld" verlangt. Es gibt zirka 150 Staaten, von denen fast jeder seine eigene Währung hat – aber nur ganz wenige Gelder zählen auf dem Weltmarkt wirklich. Wirkliches Geld ist nur eines, das international verwendet werden kann, das also den Sprung über die eigenen Grenzen geschafft hat. Es existiert damit eine sehr grundsätzliche Scheidung der Staatenwelt und ein kleines Rätsel: Nur wenige Staaten verfügen über international taugliches, in diesem Sinn echtes Geld – aber alle sind in den Welthandel eingespannt.

Der Geschäftsverkehr zwischen den Kapitalisten zweier Nationen ist einfach, wenn in Gold bezahlt wird. Jede Währung hat einen Goldkurs und überall gilt Gold als Reichtum, mit Gold wird aber nicht mehr bezahlt. Die Staaten haben im Inneren das Gold als Zahlungsmittel außer Kraft gesetzt, statt dessen zirkulieren Banknoten, gesetzliche Zahlungsmittel, und alles dreht sich um deren Erwerb. Damit die Kapitalisten zweier Nationen miteinander verkehren können, müssen sich die Staaten eine Art von Vertrauensvorschuß erweisen: Sie müssen wechselseitig ihre nationalen gesetzlichen Zahlungsmittel als international gültige anerkennen. Sie tun so, als wären all diese Gelder gelungene und gleichberechtigte Darstellungen und Mittel der Reichtumsvermehrung. Das heißt „Konvertibilität". Es gäbe keinen modernen internationalen Handel, keinen Weltmarkt, hätten sich nicht die Staaten darauf geeinigt, daß

ihre Gelder, die ihrer Hoheit unterliegen, ineinander aufgehen können. Jeder Staat will damit seinen Kapitalisten mit ihrem daheim verdienten nationalen Geld den Zugriff auf den auswärtigen Reichtum ermöglichen, ihnen die ganze Welt „öffnen", sie sollen auf dem Weltmarkt verdienen können, um auch so den nationalen Reichtum zu vermehren – dafür muß der Staat umgekehrt den auswärtigen Kapitalisten dieselbe Möglichkeit bei sich einräumen. Staaten mit ihren Nationalökonomien konkurrieren um den weltweiten Reichtum – sie machen ihre Währungen untereinander konvertibel, um sich jeweils an den anderen bereichern zu können. Die Staaten agieren auf dem Weltmarkt nach dem Muster von Privateigentümern; sie konkurrieren, was bedeutet, sie schließen einander auch aus. Das Resultat ist bekannt: Der Handel zwischen den Staaten gleicht sich nicht aus, es gibt Gewinner und Verlierer. Die Reichtumsproduktion der Verlierer ist unterlegen, also repräsentiert auch ihr Geld bald weniger Reichtum. Im Außenhandel merken sie das, indem sie für die Währung eines Gewinnerstaates immer mehr vom eigenen Geld hinlegen müssen, bzw. indem die „weiche" Währung gar nicht mehr genommen wird. Für den Gewinnerstaat heißt das auch, daß das Geld, das er beim unterlegenen Staat verdient, für ihn immer weniger wert ist, es ist einer kontinuierlichen Abwertung unterworfen. Das ist durchaus für beide Staaten ein Problem. Allerdings erst, wenn dieser Zustand sich als dauerhafter herausstellt. Für zwischenzeitliche Schwankungen gibt es einen Staatsschatz, damit der internationale Handel funktioniert. Dieser „Schatz" besteht heutzutage aus Devisen, also aus den Währungen anderer Staaten; Gold findet sich auch darin. Devisen bekommt ein Staat, wenn seine Kapitalisten im Ausland verdienen und das verdiente Geld bei ihm in die heimische Währung umtauschen – seine Devisenreserven stellen also einen Konkurrenzerfolg dar. Andererseits muß er seinen Kapitalisten, wenn sie im Ausland kaufen wollen, die eigene Währung in die fremde umtauschen. Ausländischen Kapitalisten wiederum, die bei ihm verdient haben, muß er ebenfalls die eigene Währung in ihre heimische umtauschen können.

Zum Problem wird die Sache, wenn ein Staat mit seiner Wirtschaft immerzu unterlegen ist, dann braucht er seinen Schatz auf, die Abflüsse sind immer größer als die Zuflüsse. Mit dem Geld, das er sich selber druckt, kann er nicht bezahlen, weil das immer wertloser und immer weniger akzeptiert wird. Die Annahme liegt nahe, daß damit auch Schluß mit der Konvertibilität ist, bzw. zumindest das faktische Austauschen entfällt, wenn eine Währung international nicht mehr genommen wird – und das war früher durchaus so. Wenn die Devisen weg waren, mußte mit Gold bezahlt werden, wenn dieses Gold zur Neige ging, wurde der Handel eingeschränkt und sogar abgebrochen. Der Weltmarkt wurde eröffnet und wieder unterbrochen bzw. zurückgefahren. Die moderne Konvertibilität läßt das nicht zu. Seit dem Zweiten Weltkrieg, nachdem die USA ihre Weltwirtschaftsordnung eingerichtet haben, stellt Konvertibilität den Zwang zum Weitermachen dar. Einerseits treten sich nationale Gelder formell gleichberechtigt gegenüber, es stellt sich darüber heraus, daß die allermeisten Gelder verlieren, schließlich ruiniert sind, aber die Staaten, die diese Gelder produzieren, fallen nicht aus dem Weltmarkt heraus. Die Gewinnerstaaten erlauben das nicht. Den Zwang zum Weitermachen etablieren sie, indem sie die ganze Welt mit ihrem Kredit überziehen, was mit einer Hilfe für die unterlegenen Staaten nicht zu verwechseln ist.

Geld und National-Kredit

Jede moderne kapitalistische Ökonomie beginnt mit Geld in Form von Zentralbanknoten. Diese Geld-Zettel üben einen handfesten Zwang aus, weil hinter ihnen die Staatsgewalt steht. Die Staatsmacht verpflichtet ihre Untertanen darauf, daß sich jede ökonomische Tätigkeit auf den Erwerb dieses Geldes richtet. Sie sind „gesetzliches Zahlungsmittel" – alles, was man zum Leben und zum Produzieren braucht, setzt den Besitz dieser Zettel voraus. Sie sind der gesellschaftliche Reichtum. Sie stellen Wert dar, denn mit ihnen, aber auch nur mit ihnen kommt man an die Waren heran, die den Kapitalismus bevölkern; umgekehrt muß sich jede ökonomische Tätigkeit, will sie als solche gelten, in Geld niederschlagen – ein Produkt, für das man nicht Geld bekommt, ist wertlos, Arbeitskraft, die keinen Käufer findet, ernährt ihren Besitzer nicht. Vermehrung des Reichtums – in privater Hand als auch für die ganze Nation – liegt nur vor, wenn sich dieses Geld vermehrt. Aber nicht, indem der Staat einfach mehr davon druckt; wie jeder weiß, verliert es dann seinen Wert. Das Geld muß von Privatleuten in eine Produktion gesteckt werden, dabei müssen Produktionsmittel und menschliche Arbeit kombiniert werden. Geld und Eigentum haben diese zwei Bestandteile sehr gründlich geschieden, deswegen müssen sie immer neu kombiniert werden: Es gibt die Geldbesitzer, die über die Produktionsmittel verfügen, und andere, die ihre Arbeitskraft, also etliche Stunden am Tag sich selbst verkaufen müssen, weil sie sonst nichts haben. Weil sie arbeiten, reicht ihr Geld nie – weswegen sie lebenslang arbeiten müssen. Der Geldbesitzer hingegen, der Produktionsmittel und Arbeit kombiniert, hat daraus einen Ertrag. Egal, welche komischen Ideen im Zeitalter der „Finanzdienstleistungen" und „Derivate" über das Geld in der Welt herumlaufen, die elementare Bestimmung des Geldes ist: Geld ist Zugriff auf fremde Arbeit – und diese Arbeit vermehrt wieder das Geld dessen, der zugreift. Der Einwand, Geldbesitzer könnten auch scheitern und ihr Geld verlieren, zählt nicht. Das heißt nur, daß andere aus derselben Klasse effizienter auf Arbeit zugegriffen und damit in der Konkurrenz gewonnen haben.

Das Geld kommt in die Gesellschaft, nachdem der Staat es gedruckt hat, aber er verteilt es natürlich nicht an der Straßenecke. Dieses wertvolle Gut vertraut er Fachleuten an, die in den Banken sitzen. Banken sind die ökonomischen Agenturen im Kapitalismus, die am genauesten beurteilen können, wo Geld zum Zwecke der Vermehrung am besten angelegt ist; sie sind das innere Band im gesamten kapitalistischen Geschäftsverkehr. Das fängt damit an, daß sie Geldüberschüsse, die im Kapitalkreislauf entstehen, aufbewahren und verzinsen – die Spargroschen des kleinen Mannes nehmen sie auch gern entgegen; dann vermitteln sie den gesellschaftlichen Zahlungsverkehr; und schließlich – ihre bedeutendste Leistung – wäre ohne sie die beständige Ausdehnung des Geschäfts nicht möglich. Sie geben den Industriellen und den Handelskapitalisten Kredit, und der ist unentbehrlich für das Wachstum des Kapitals. Zum einen sorgt er dafür, daß ein Unternehmen sich von seiner momentanen Liquidität unabhängig machen kann – eine Stockung im laufenden Geschäftsverkehr, bloß weil Einnahmen und Ausgaben aktuell nicht zusammenpassen, wird verhindert. Zum anderen kann man mit einem Kredit sein Geschäft erweitern, eine Investition vornehmen, ohne die Mittel dazu vorher verdient zu haben. Ein Unternehmen vergrößert sich mit diesem Fremdkapital, um anderen Unternehmen Marktanteile abjagen zu können – und es kann das um so besser, je mehr Kredit ihm zur Verfügung steht.

Die Kritik im Zusammenhang mit den Gefahrenmomenten der „Globalisierung" lautet, daß heutige Spekulanten an „überhitzten Börsen" ein „unverantwortliches" Casino-Gehabe an den Tag legen. Bloß hat man es beim normalen, beim nicht spekulativen Kredit ebenfalls schon mit einer Spekulation zu tun! Er wird vergeben mit der Kalkulation auf einen künftigen, erst mit seiner Hilfe zu erwirtschaftenden Ertrag. Mit ihm soll ein neues Geschäft – eine Produktion, ein Landkauf, ein Warenexport usw. – überhaupt erst angestoßen werden, weil das nötige Geld gerade nicht vorhanden ist, und aus dem künftigen Erfolg dieses Geschäftes soll der Kredit bedient werden. Der Kredit ermöglicht neue Geschäfte und er ist auf sie und den Ertrag daraus angewiesen. In ihrer Kreditvergabe ist eine Bank damit abhängig vom Geschäftserfolg ihrer Kundschaft, und davon wird ihre Kreditvergabe dann auch wieder beschränkt. Diese Beschränkung hebt der Staat auf seine Weise auf, und zwar mit seiner „Refinanzierung" und „Geldversorgung". Wenn die Bank einen Kredit vergeben hat, hat sie anschließend das Recht, ihre Kreditforderung, die sie gegenüber ihrer Kundschaft hat, bei der Zentralbank einzureichen; und bekommt dort ein entsprechendes Guthaben, das sie bei Bedarf auch in Bargeld umwandeln kann. Den Abfluß, der ihr durch den Kredit entsteht, bekommt sie ersetzt – „Refinanzierung". Das gesetzliche Zahlungsmittel ist das „Schmiermittel" einer im Prinzip grenzenlosen politisch angeleierten Kreditvergabe, das staatliche Geld ist dafür da, diesen Kredit ausdehnen zu können.

Ist diese „Geldversorgung" nicht völlig unsolid? Die sachgerechte Antwort darauf lautet, daß das ganz darauf ankommt. Der Staat setzt mit der Freisetzung des Kredits darauf, daß dadurch möglichst viel profitable Geschäfte in Gang kommen. Ob die Sache nun solide oder unsolide wird, hängt davon ab, ob die privaten Geschäftsleute mit Hilfe dieses Kredits tatsächlich Geschäfte ankurbeln, ob sie also Wachstum produzieren, ob sie Geld verdienen, aus dem sie den Kredit bezahlen können. Erst daran zeigt sich, ob der Kredit und die staatliche „Geldversorgung" wachstumsstiftend waren. Mit der Freisetzung des Kredits will der Staat das aber auch, er unterwirft seine Gesellschaft damit einem Auftrag: Sein gesetzliches Zahlungsmittel ist sozusagen nur vorläufiges Geld, eine Art Vorschuß, und soll über Kreditvergabe und gewinnbringende Produktion zu richtigem, „hartem" Geld gemacht werden.

Das Geld kapitalistischer Nationen ist eine eigentümliche Mischung aus einem staatlichen Druckerzeugnis, refinanziertem Kredit und echtem, kapitalistisch verdientem Geld, es wird daher ständig auf seinen Wert begutachtet und oft angezweifelt. In der Konvertibilität anerkennen die Staaten sich wechselseitig ihre „Zettel" und auch die damit gesponsorte Kreditmacherei als Geld. Dabei stellt sich heraus, daß die Gelder unterschiedlichen Wert haben; die Freisetzung des Kredits bewährt sich in den Nationen unterschiedlich; viele Gelder werden im Ausland gar nicht mehr genommen. Im internationalen Vergleich wird herausgefunden, wo sich der nationale Kredit wirklich in Geld verwandelt hat. Die, die das herausfinden, sind die Banken, das Finanzkapital. Das sind sie national, wenn sie über die Vergabe von Krediten entscheiden, und international, wenn sie weltweit alle Geldanlagen vergleichen und sich quer durch die Welt darin anlegen. An ihren Anlageentscheidungen kann man ablesen, was „gutes Geld" ist. „Globalisierung" ist die weltweite Herrschaft des Kredits, weil ihn die Staaten dazu ermächtigen.

„Globalisierung": Moderner Imperialismus

Früher war der Weltmarkt bekanntlich eine gewaltsame Angelegenheit. Die restliche Welt wurde von den imperialistischen Staaten erobert, Kolonien wurden eingerichtet, um Kolonien wurden Kriege geführt. Für diese längst überwundenen Verfahrensweisen haben sich die Begriffe Kolonialismus und Imperialismus eingebürgert. Moderner Imperialismus geht anders.

Kapitalistische Staaten verpflichten ihre Gesellschaften auf Gelderwerb und Geldvermehrung. Diesen Zwang globalisieren sie. Sie erzwingen bzw. erlauben den freien Austausch von nationalen Geldern. In diesem Austausch stellt sich heraus, wieviel an kapitalistischer Wirtschaftskraft hinter jedem dieser Gelder steckt, was ein Geld international wert ist. In diesem Austausch vergleichen sie ihre kapitalistische Leistungskraft. Der Wert eines Geldes erweist sich in letzter und entscheidender Instanz daran, ob und wieviel Reichtum eine Nation aus dem Weltmarkt herausziehen kann, wie sehr sie sich an anderen Nationen bereichert – und das ist das glatte Gegenteil aller harmonischen Vorstellungen von „internationaler Arbeitsteilung". So geht Imperialismus heute, es wirkt eine andere, früher hätte man gesagt „strukturelle" Gewalt. Der ganze Erdball ist bestimmt vom Zwang der Konkurrenz ums Geld. Spätestens seit die Sowjetunion ihre alternative Wirtschafts- und Staatsräson aufgegeben hat, und seit China sich dem Weltmarkt anschließen will, kann sich kein Staat diesem Zwang wirksam verschließen. Die nach dem Ende des Kalten Krieges geklärte und entschiedene globale militärische Gewaltfrage ist die Voraussetzung und bleibende Grundlage dieser globalen Weltwirtschaftsordnung. Kolonien gibt es nicht mehr, statt dessen lauter unabhängige Staaten, die sich am Weltmarkt beteiligen müssen. Das ist vielen nicht gut bekommen, ihre Gelder sind ruiniert und ihr Reichtum landet auch ohne territoriale Besetzung und Kolonialstatus bei den Gewinnerstaaten.

Die Welt besteht aus einigen wenigen Staaten, die über harte Währungen verfügen, und dem großen Rest, der nichts zu melden hat. Diesen großen Rest machen die erfolgreichen Staaten nicht wieder zu Kolonien, sie schmeißen ihre „Hinterhöfe" auch nicht aus dem Weltmarkt hinaus – sie geben ihnen vielmehr Geld. Das ist die „friedliche", „strukturelle" Gewalt, das Geld wird nämlich als Kredit gegeben. Damit befinden sie sich in der Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten. Ihre gesamte ökonomische Leistung kürzt sich darauf zusammen, einen ständig wachsenden Schuldenberg zu bedienen; alles, was sie je produzieren werden, ist schon längst auf immer und ewig verpfändet, sie liefern ihre Waren ab zu Preisen, die nicht sie bestimmen, sondern die Abnehmer, und die Exporterlöse gehören ihnen längst nicht mehr, wenn sie überwiesen werden.

Die erfolgreichen imperialistischen Staaten konkurrieren, aber in dieser Konkurrenz hüten sie auch eine Gemeinsamkeit: Sie achten darauf, daß das weltweite Kreditsystem als Ganzes nicht gefährdet wird – schließlich ist es ihr Herrschaftsmittel. Wie man nicht nur an der Finanzkrise in Südostasien gesehen hat, ist das Verfahren immer dasselbe: Wenn irgendwo der Kredit zu platzen droht, eine weltweite Erschütterung auszulösen droht, weisen die G7-Staaten IWF und Weltbank an, die Krise zu bekämpfen. Die bewerkstelligen das, indem sie neuen Kredit schaffen. Der ersetzt den kaputtgegangenen Kredit zwar nicht vollständig, ermöglicht aber die teilweise Weiterbedienung der Schulden, rettet also immer wieder das Kreditsystem. Die ihnen vertraute innerstaatliche „Geldversorgung" betreiben diese führenden Staaten eine Ebene höher, in ihrem exklusiven Club. Vom Boden der imperialistischen Staaten geht eine globale „Geldversorgung" los,

Foto: Udo Hesse, Karl-Marx-Allee, 1. Mai 1983, ein Bestarbeiter mit seinem Foto

und es geht darum, möglichst viel der damit angestoßenen Erträge an sich zu ziehen, mit ökonomischen Mitteln, indem in der eigenen Währung die meisten Geschäfte gemacht werden.

Der Wert der Gelder wird von denen ermittelt, die den ganzen Tag lang Geldanlagen vergleichen – von den Spekulanten. Daran, welchem Geld sie ihr Vertrauen geben und welchem sie es entziehen, kann man sehen, wie die Nationen relativ zueinander stehen – das ergibt die geläufige Hierarchie der Nationen. Das internationale Finanzkapital ist sozusagen der Schiedsrichter. Der höchste und abstrakteste Maßstab ist der Wechselkurs einer Währung – und dieser Maßstab entscheidet über Wohl und Wehe ganzer Volkswirtschaften. Das kann das Finanzkapital deswegen, weil die Staaten den Vergleich der Währungen wollen, weil sie das Finanzkapital dazu „eingesetzt" und ermächtigt haben. Die ökonomische Konkurrenz der imperialistischen Staaten spitzt sich zu auf die eine Frage, wer das härteste Geld hat, wer sich das Vertrauen des internationalen Finanzkapitals auch gegen die anderen sichern kann. Dieses „gegen die anderen" tritt immer mehr hervor. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es nur den Dollar als internationales Geld. Seither sind vier, fünf Währungen dazugekommen, die sich den Weltmarkt erschlossen haben. Diese Gemeinsamkeit ist nicht – noch nicht – gebrochen, aber daneben und darunter herrscht ein erbitterter Verdrängungswettbewerb, die „Globalisierung". Sie bedeutet, die imperialistischen Staaten bekennen sich zum Weltmarkt, der ist das Feld ihrer Konkurrenz, und alles kommt darauf an, die anderen auf diesem Feld zu schlagen. „Globalisierung" ist der Kampf um das härteste Geld.

Die europäischen Staaten beseitigen die Währungskonkurrenz untereinander und schließen sich zu einem Euro-Geld zusammen. Der Zweck wird klar benannt; damit wollen sie dem Dollar als ebenbürtiger Konkurrent gegenübertreten. Zugleich erweitern diese Staaten ihre Macht, indem sie sich etliche Oststaaten angliedern. Für die Nationen nach innen bedeutet das, daß sie umgekrempelt werden, um diese ökonomische Konkurrenz der Nationen zu gewinnen: Das ist „Standortpolitik". Es geht um den Nachweis – auch und gerade gegenüber den Finanzmärkten –, welche Staatsgewalt die effizientesten Produktionsbedingungen, den effizientesten Gebrauch ihres Geldes herbeiregieren kann. Staaten finden, daß der Lohn zu hoch ist, daß soziale Leistungen nur verwöhnen, daß Geld für die internationale Konkurrenzfähigkeit des Kapitals reserviert sein soll. Das Volk hat sich vorwerfen zu lassen, daß es zuviel kostet und zu wenig leistet. Das ist kein ideologischer oder moralischer Vorwurf, er wird von den europäischen Staaten praktiziert und mit immer neuen Gesetzen durchgezogen. Je billiger und je erpreßbarer das Volk ist, desto besser steht die Nation in der internationalen Konkurrenz da. Diese Lehre ist „global", sie wird von allen kapitalistischen Staaten beherzigt.

Sachzwang „Globalisierung"? Unbedingt – einer, den die erfolgreichen imperialistischen Staaten selbst eingerichtet haben und den sie wollen. In den Spekulationen des Finanzkapitals stellt sich heraus, welchen Erfolg die Nation für sich verbuchen kann. Es geht um nicht anderes als das global taugliche Geld, und Land und Leute werden dafür hergerichtet. Falls jemandem das alles nicht paßt und die „Macht der Banken und Spekulanten" gebrochen werden soll: Diese Adresse ist nicht ganz die richtige. Zumindest nicht die einzige. „Globalisierung" ist der Anspruch der erfolgreichen kapitalistischen Nationen, den Rest der Welt mit ökonomischen Mitteln zu beherrschen und zu benutzen, und der Anspruch, daß der eigene „Standort" dieses ökonomische Mittel aber auch hergeben muß, daß mit viel rentabler Arbeit für wenig Lohn die Härte einer Währung geschmiedet werden muß, die international als Waffe taugt. ■

Herbert AUINGER ist freier Autor.

Anmerkung

Zum Nachlesen: Die wöchentliche Analyse vom »GegenStandpunkt«-Verlag.

Die Krise bei Marx

Zu hinterlassende Notate einer exegetischen Häresie

Franz SCHANDL

Eine der zentralen Überlegungen Marxscher Gesellschaftskritik ist die historische Einordnung des Kapitals und die Behauptung von dessen Endlichkeit. Vor allem im dritten Band des Hauptwerks versuchte Marx diese Endlichkeit theoretisch zu antizipieren, und sie als objektive Tendenz kapitalistischer Vergesellschaftung zu untermauern.

Auch wenn seine Erwartungen bezüglich der gesellschaftlichen Umwälzung sich als verfrüht herausstellten, so war ihm doch – und das durchzieht das ganze Werk – jede Ontologisierung kapitalistischer Herrschaft fremd. „Aber jede historische Form dieses Prozesses entwickelt weiter die materiellen Grundlagen und gesellschaftlichen Formen desselben. Auf einer gewissen Stufe der Reife angelangt, wird die bestimmte historische Form abgestreift und macht einer höheren Platz. Daß der Moment einer solchen Krise gekommen, zeigt sich, sobald der Widerspruch und Gegensatz zwischen den Verteilungsverhältnissen, daher auch der bestimmten historischen Gestalt der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse einerseits und den Produktivkräften, der Produktionsfähigkeit und der Entwicklung ihrer Agentien andrerseits, Breite und Tiefe gewinnt. Es tritt dann ein Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form ein."[1]

Krisen im Kapitalismus erscheinen unter dem Gesichtspunkt eines *finalen Telos*. Gegen David Ricardo gewandt, schreibt Marx: „Andrerseits hat Ricardo und seine ganze Schule die wirklichen *modernen Krisen*, in denen dieser Widerspruch des Kapitals [sich] in großen Ungewittern entladet, die mehr und mehr es selbst als Grundlage der Gesellschaft und Produktion selbst bedrohn, niemals begriffen."[2] Auch die konjunkturellen Krisen sind nicht bloß als Wachstumskrisen dechiffrierbar, sondern Vorboten des eigenen Untergangs.

Der tendenzielle Fall

Für die kapitalistische Ware gilt: Je größer das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital bei der Wertbildung, desto geringer die Profitrate. „Die Profitrate fällt, nicht weil die Arbeiter weniger exploitiert werden, sondern weil im Verhältnis zum angewandten Kapital überhaupt weniger Arbeit angewandt wird."[3] Marx nannte diese Entwicklung das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Diesem Gesetz widmete er den dritten Abschnitt im dritten Band des Kapitals. „Diese fortschreitende relative Abnahme des variablen Kapitals im Verhältnis zum konstanten und daher zum Gesamtkapital ist identisch mit der fortschreitend höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals in seinem Durchschnitt."[4] Das heißt weiters: „Jedes individuelle Produkt für sich betrachtet, enthält eine geringre Summe von Arbeit als auf niedrigern Stufen der Produktion (...)."[5] „Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit."[6]

Die Profitrate (m:C) nimmt ab, je größer das Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital (c:v) wird: „Ein stets geringrer aliquoter Teil des ausgelegten Gesamtkapitals setzt sich in lebendige Arbeit um, und dies Gesamtkapital saugt daher, im Verhältnis zu seiner Größe, immer weniger Mehrarbeit auf, obgleich das Verhältnis des unbezahlten Teils der angewandten Arbeit zum bezahlten Teil derselben gleichzeitig wachsen mag. Die verhältnismäßige Abnahme des variablen und Zunahme des konstanten Kapitals, obgleich beide Teile absolut wachsen, ist, wie gesagt, nur ein andrer Ausdruck für die vermehrte Produktivität der Arbeit."[7] Dagegen sei kein Kraut gewachsen, selbst wenn verschiedenste Maßnahmen ergriffen werden, die Marx auch taxativ anführt.[8]

Das Grunddilemma liegt hierbei im Maschinenbetrieb, der nichts anderes ist als konkretisierte Produktivkraft: „Er verwandelt einen Teil des Kapitals, der früher variabel war, d.h. sich in lebendige Arbeitskraft umsetzte, in Maschinerie, also in konstantes Kapital, das keinen Mehrwert produziert."[9] „Im Fortschritt des Produktions- und Akkumulationsprozesses muß also die Masse der aneignungsfähigen und angeeigneten Mehrarbeit und daher die absolute Masse des vom Gesellschaftskapital angeeigneten Profits wachsen. Aber dieselben Gesetze der Produktion und Akkumulation steigern, mit der Masse, den Wert des konstanten Kapitals in zunehmender Progression rascher als den des variablen, gegen lebendige Arbeit umgesetzten Kapitalteils. Dieselben Gesetze produzieren also für das Gesellschaftskapital eine wachsende absolute Profitmasse und eine fallende Profitrate."[10]

Durch die der allgemeinen Produktivkraftentwicklung folgende Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals untergräbt die Kapitalherrschaft – so die Marxsche Theorie – sich selbst. Die Logik der kapitalistischen Produktion beseitigt ihre eigene Basis, da sie in der Tendenz fortwährend die Profitrate senkt. Wobei wachsende Profitmasse und fallende Profitrate sich nicht grundsätzlich entsprechen, diese Verknüpfung nicht zwingend ist, auch wenn sie zu Marxens Zeiten eine typische war. Die fallende Profitrate macht nur dann als objektive Grenze einen Sinn, wenn sie schlußendlich in eine fallende Profitmasse des Gesamtkapitals mündet.[11] Die Kapitalakkumulation kennt so – im Gegensatz zum stofflichen Reichtum – objektive und absolute Grenzen. Ab einer bestimmten Stufe der Produktion wird das Wertgesetz nicht mehr greifen, seine Allmacht verlieren, statt Akkumulation wird Leerlauf eintreten. Der Wert verliert dann seine Bedeutung als gesellschaftliches Strukturprinzip.

Automatisches Wachstum

Produktivkraftentwicklung vorausgesetzt, ist Lohnarbeit unweigerlich an Kapitalwachstum geknüpft. Konstantes und variables Kapital ergänzen sich so in ihrem Interesse am Wachstum, was kapitalistisch nichts anderes als Kapitalakkumulation, Verwertung des Werts sein kann. Mit dieser Produktionssteigerung kann aber der Markt nicht mithal-

ten. Die Zirkulationsmöglichkeiten sind geringer als die Produktionsmöglichkeiten. Markt und Produktion sind so im Kapitalismus nicht a priori synchronisiert, sondern bloß a posteriori. Friedrich Engels schreibt in seinen Ergänzungen zum „Kapital": „Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Markts für diese vermehrten Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren."[12]

Hierin liegt auch ein prinzipieller Widerspruch zwischen Produktion einerseits und dem Markt andererseits. Erstgenannte greift über das Fassungsvermögen des letztgenannten hinaus, obwohl – und das kommt als zusätzlicher Widerspruch noch hinzu – in der Sphäre der Konsumtion für diese Produkte durchaus Bedarf wäre. „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und ihre Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiednen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationsbetrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandnem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden, so daß seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden. Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußern Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen."[13]

So ist auch der unentwegte wie verzweifelte Versuch des Kapitals, noch unverwertete Felder zu erobern, verständlich. Darin ist etwa die Substanz der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Ladenschlußzeiten zu suchen, ebenso die Vermarktwirtschaftlichung der Natur, die den letzten freien Gütern wie Luft und Wasser einen Wert geben will. Eine der letzten Kapriolen etwa ist die mit Handys bewerkstelligte In-Preis-Setzung von Gesprächen, indem man hörige Bürger nicht mehr selektiv, sondern dauerhaft ans Gerät anschließt.[14] Nichts soll stattfinden ohne durch die fetischierten Formen (Tausch, Geld, Vertrag usw.) geschleust zu werden.

Das Kapital giert nach den letzten freien Räumen, Zeiten und Tätigkeiten, will, weil muß sich alles untertan machen, selbst wenn seine subjektiven Vertreter auf der konstanten wie auf der variablen Seite es individuell oft gar nicht mehr einsehen möchten. Hier kollidieren, wie so oft, unmittelbare Lebensinteressen mit der blinden Logik des Kapitals. Blind deshalb, weil es auf die gesellschaftlichen Folgen keine Rücksicht nehmen kann, insofern diese nicht verwertbar sind, „indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz dem Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffnes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat".[15]

Was vordergründig als Profitgier der Kapitalisten und Manager erscheint, ist aber nichts anderes als die Umsetzung der objektiven Gesetze der Marktwirtschaft. Die Agenten des konstanten Kapitals verhalten sich bei Strafe des eigenen Untergangs ebenso wie ihre Gegner nur rational in der großen Irrationalität. Sie können nicht anders, wollen sie, daß ihr Kapital bestehen bleibt. Dieses Wollen können sie nicht nicht wollen! Es betreibt sie. Es ist sie.

Über das subjektlose Subjekt des Unternehmers schreibt Marx: „Der objektive Inhalt jener Zirkulation – die Verwertung des Werts – ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operation, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital."[16] „Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalistenseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen."[17] Der Kapitalist gilt ihm als „Fanatiker der Verwertung des Werts."[18]

Kapital muß wachsen, will es es bleiben. Kapital ist kein Ding, sondern nur zu fassen als ein immer wiederkehrender Prozeß des sich verwertenden Werts. Wird das Kapital dingfest, verliert es sofort seinen Kapitalcharakter, wird Schatz. Insofern ist auch der Wunsch nach einem Zustand „gleichbleibenden Kapital(s)",[19] wie er etwa vom „Club of Rome" geäußert wurde, blanker Illusionismus, wobei noch dazu kommt, daß in der theoretisch absolut schwachbrüstigen Studie „Grenzen des Wachstums" einer schnöden Begriffslosigkeit gehuldigt wird; Kategorien wie Produktivkraft, Technik, Wachstum, Kapital, Reichtum wild durcheinander geworfen werden. Kapital hat nun mal nicht die Fähigkeit gleichbleibend zu bleiben, sich einfach zu reproduzieren, es muß sich verwerten, koste es, was es wolle.

Übererfüllung – Entwertung – Vernichtung

Es wird also produziert um der Produktion willen, unabhängig davon, ob Produkte gebraucht werden oder nicht. Der Kapitalismus erzeugt eine „notwendig fieberhafte Produktion und drauf folgende Überfüllung der Märkte".[20] Diese Überfüllung der Märkte, die nicht mit einer Überfülle der Konsumtionsmöglichkeiten gleichgesetzt werden kann, schon gar nicht global, ist heute sichtbare Tatsache und Problem, das nur mühsam durch staatliche und überstaatliche Kontingentierungen (z.B. im Rahmen der Europäischen Union oder in bilaterialen Abkommen) „gelöst" werden kann. So bleibt das Kapital auf seinen Produkten sitzen, muß sie anderweitig loswerden, um die Produktion nicht zu blockieren.

„An und für sich sind solche Überschüsse kein Übel, sondern ein Vorteil; sind aber Übel in der kapitalistischen Produktion."[21] Dieser Umstand führt unweigerlich zu der bisher nur dem Kapitalismus eigenen bewußten Produktzerstörung. Die Waren müssen vernichtet werden, um den Wert zu sichern. Tauschwert vernichtet Gebrauchswert, denn: „Eine Entwertung des Kreditgeldes (gar nicht zu sprechen von einer übrigens nur imaginären Entgeldung desselben) würde alle bestehenden Verhältnisse erschüttern. Der Wert der Waren wird daher geopfert, um das phanta-

stische und selbständige Dasein dieses Werts im Geld zu sichern. Für ein paar Millionen Geld müssen daher viele Millionen Waren zum Opfer gebracht werden. Dies ist unvermeidlich in der kapitalistischen Produktion und bildet eine ihrer Schönheiten."[22]

Über den Kredit schreibt Marx: „Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise."[23]

Das Kreditsystem habe einen „doppelseitigen Charakter: einerseits die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zu entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken; andrerseits aber die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden".[24]

„Und weiter ist die Krise nichts als die gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Produktionsprozesses, die sich gegeneinander verselbständigt haben."[25] „Die Krise in ihrer ersten Form ist die Metamorphose der Ware selbst, das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf."[26] Krise ist also so etwas wie die nicht glückende Metamorphose des Kapitals in seinem Gesamtprozeß. Eine dauernde Dekorrespondenz von Produktion und Zirkulation. Der Kapitalismus stößt dann an seine Grenzen, wenn es nicht mehr gelingt, diese Krisen zeitlich und örtlich zu beschränken, sie also zum gesellschaftlichen „Normal"zustand werden.

Foto: Udo Hesse, Unter den Linden, 1983, Schaufenster eines Kosmetikgeschäftes

Immanente Schranke

Der Kapitalismus ist davon abhängig, ob Kapital gebildet werden kann, ob der Wert sich verwerten läßt. Kann das nicht mehr garantiert werden, ist der Kapitalismus an seiner historischen Schranke angelangt. „Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint, daß die Produktion nur Produktion für *das Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandnen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen."[27]

Ziel und Mittel der kapitalistischen Produktion fallen zusehends auseinander. Jede Neuerung in den Produktivkräften ist in Tendenz eine Attacke gegen das sie hervorbringende System. Die Mittel schreien nach einer neuen Form. Der zentrale Widerspruch ist nicht jener zwischen Lohnarbeit und Kapital, ja dieser verstellt den Blick auf die Basisprozesse des Kapitalverhältnisses. Die objektive Schranke des Kapitals ist nicht die Arbeiterklasse (oder ein anderweitiges revolutionäres Ersatzsubjekt), sondern das Kapitalverhältnis selbst. Dieser Widerspruch muß aber, will die Menschheit nicht in der Barbarei enden, bewußt überwunden werden. Wir verweisen deswegen auch hier auf die Notwendigkeit einer *klassenlosen* Bewegung, die eben nicht mehr partielle Interessen durchsetzen will, sondern gegen alle *kapitalkonformen Interessen* ein alternatives Grundanliegen formuliert und realisiert.

Zusammenbruch meint somit nicht, daß der Kommunismus ausbrechen wird. Eines gibt es keinesfalls: ein bewußtloses Hinübergleiten. Bewußtlos kann man nur in die Barbarei fallen, die da meint: sozialer Niedergang, rassistische Regression, abendländische Kreuzritter, marodierende Banden.

Deklassierung der Klasse

In der fortschreitenden Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist auch die substantielle Degradation der Arbeiterklasse mitbegründet: Die Verminderung des variablen Kapitals bei der Wertbildung führt zu deren Zurückdrängung. Wenn der das Kapitalverhältnis mitkonstituierende Stellenwert des variablen Kapitals verfällt, verfällt mit ihm auch die Lohnarbeit und das Proletariat. Nicht die Lohn-

arbeit hebelt also das Kapital aus, sondern das konstante Kapital minimiert sukszessive das variable. Freilich untergräbt es damit auch seine eigene Akkumulation.

Die Arbeiterklasse muß auf eben diese ihre objektive Schranken projiziert werden: „Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h., in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehn, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde. Hierin erscheint wieder die spezifische Schranke der kapitalistischen Produktion, und daß sie keineswegs eine absolute Form für die Entwicklung der Produktivkräfte und Erzeugung des Reichtums ist, vielmehr mit dieser auf einem gewissen Punkt in Kollision tritt. (...) Die absolute Überschußzeit, die die Gesellschaft gewinnt, geht sie nichts an. Die Entwicklung der Produktivkraft ist ihr nur wichtig, sofern sie die Mehrarbeitszeit der Arbeiterklasse vermehrt, nicht die Arbeitszeit für die materielle Produktion überhaupt vermindert; sie bewegt sich also im Gegensatze."[28]

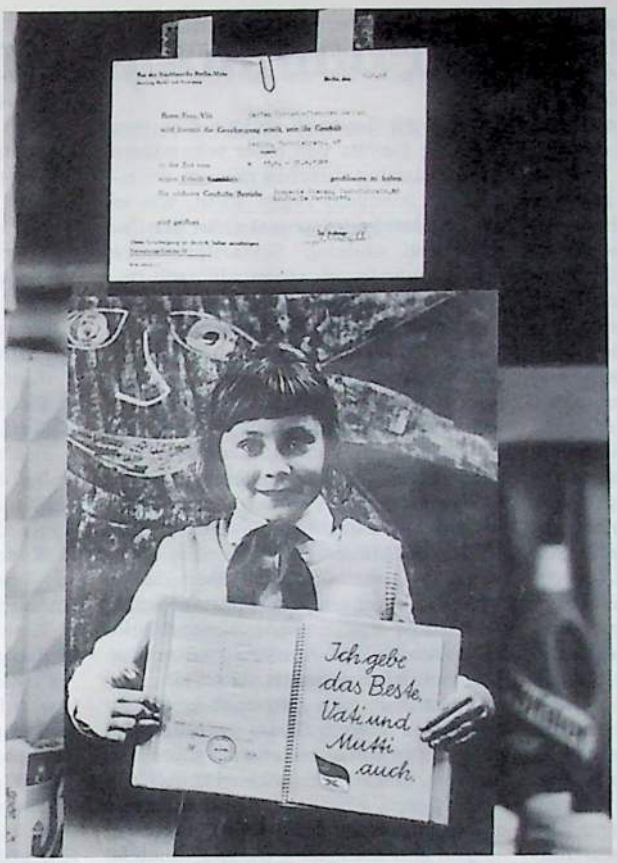

Foto: Udo Hesse, Tucholskystraße, 1981, Schaufenster einer Drogerie

Wertrevolution als Transvolution

Die qualitativen Revolutionen des Werts sind Voraussetzung einer möglichen Transformation: „Das Kapital als sich verwertender Wert umschließt nicht nur Klassenverhältnisse, einen bestimmten gesellschaftlichen Charakter, der auf dem Dasein der Arbeit als Lohnarbeit ruht. Es ist eine Bewegung, ein Kreislaufprozeß durch verschiedne Stadien, der selbst wieder drei verschiedne Formen des Kreislaufprozesses einschließt. Es kann daher nur als Bewegung und nicht als ruhendes Ding begriffen werden. Diejenigen, die die Verselbständigung des Werts als bloße Abstraktionen betrachten, vergessen, daß die Bewegung des industriellen Kapitals diese Abstraktion in actu ist. Der Wert durchläuft hier verschiedne Formen, verschiedne Bewegungen, in denen er sich erhält und zugleich verwertet, vergrößert. Da wir es hier zunächst mit der bloßen Bewegungsform zu tun haben, werden die Revolutionen nicht berücksichtigt, die der Kapitalwert in seinem Kreislaufprozeß erleiden kann; aber es ist klar, daß trotz aller Wertrevolutionen die kapitalistische Produktion nur solange existiert und fortexistieren kann, als der Kapitalwert verwertet wird, d.h. als verselbständigter Wert seinen Kreislaufprozeß beschreibt, solange also die Wertrevolutionen in irgendeiner Art überwältigt und ausgeglichen werden. Die Bewegungen des Kapitals erscheinen als Aktionen des einzelnen industriellen Kapitalisten in der Weise, daß er als Waren- und Arbeitkäufer, Warenverkäufer und produktiver Kapitalist fungiert, durch seine Tätigkeit also den Kreislauf vermittelt. Erleidet der gesellschaftliche Kapitalwert eine Wertrevolution, so kann es vorkommen, daß sein individuelles Kapital ihr erliegt und untergeht, weil es die Bedingung dieser Wertbewegung nicht erfüllen kann. Je akuter und häufiger die Wertrevolutionen werden, desto mehr macht sich die automatische, mit der Gewalt eines elementaren Naturprozesses wirkende Bewegung des verselbständigten Werts geltend gegenüber der Voraussicht und Berechnung des einzelnen Kapitalisten, desto mehr wird der Lauf der normalen Produktion untertan der anormalen Spekulation, desto größer wird die Gefahr für die Existenz der Einzelkapitale. Diese periodischen Wertrevolutionen bestätigen also, was sie angeblich widerlegen sollen: die Verselbständigung, die der Wert als Kapital erfährt und durch seine Bewegung forterhält und verschärft."[29]

Auch aus dieser Passage ist die Dialektik von konjunktureller und struktureller Krise zu begreifen. Weiters verdeutlicht Marx Dynamisierung und Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung, die ja auf der stofflichen Seite sich komplementär zur Entwicklung des Werts verhalten. Ebenso antizipiert er hier die Flucht in die Spekulation und ins fiktive Kapital. Die Kapitalherrschaft gelangt dann an ihre Grenzen, wenn sich der Wert nicht mehr verwerten läßt, wenn die Revolutionen des Werts ihn tendenziell gegen Null drücken. Die Todeskrise des Kapitals ist so identisch mit der finalen Krise des Werts.

Krise? Niemals!

„Das Geschäft ist immer kerngesund und die Kampagne im gedeihlichen Fortgang, bis auf einmal der Zusammenbruch erfolgt."[30] Hört man das Wort „Zusammenbruch", meinen viele sich lustig machen zu müssen: Das sei schon so oft „prophezeit" worden, und nie habe es gestimmt. So werden nicht wenige, die es subjektiv nicht sind, zu objektiven Apologeten der Marktwirtschaft. Von der Stabilität des Kapitals sind sie mehr überzeugt als etwa die Spekulanten selbst, man denke hier nur an die Warnungen eines George Soros. Jede Drangsalierung und jedes Unglück wird heutzutage zu einer Chance umdefiniert. Volkswirtschaftliche Erfolgsziffern, Werbesendungen und Lifestyle-Magazine fiktionalisieren eine andere Welt, als die, die ist.

Gesellschaftskritik betreibt der Großteil ohne Ökonomiekritik, und jener Teil, der die Ökonomie zum Gegenstand erkoren hat, veranstaltet das in betriebsblinder Manier der Experten.

Gewöhnlich kommt diese Richtung über einen linken Abklatsch der Volkswirtschaft, meist einen etwas auffrisierten Keynesianismus nicht hinaus. Nicht die Kritik der politischen Ökonomie ist ihr Anliegen, sondern das Geschäft des politischen Ökonomen.

Daß wir gegenwärtig bereits in einer Desintegrationsphase leben, nicht mehr in einer Integrationsphase, wie es Kolonialismus, Imperialismus und Fordismus darstellten, aber woher denn? Während einerseits die Mehrheit der Menschheit unter katastrophalen Zuständen vegetiert, und andererseits das Kapital und seine Apologeten unablässig das Märchen der weltweiten Modernisierung hin zu *freedom and democracy* predigen, bemüht sich die Restlinke bis zur letzten Selbstdemütigung, das Schlimmste zu verhindern. Je öfter sie in ihren Abwehrkämpfen geschlagen werden, desto mehr steigt der Glauben an die Unendlichkeit des Kapitals. It's a never ending story, die einzige große Erzählung, die geduldet wird, weil sie nichts neben sich duldet.

Was Fidel Castro über Nordamerika sagt, das trifft auch auf Westeuropa zu: „Alle Welt spricht von einer internationalen Finanzkrise. Die einzigen, die noch nichts darüber erfahren haben, sind die nordamerikanischen Bürger. Sie haben mehr denn je ausgegeben und schreiben bereits rote Zahlen. Doch das macht nichts. Ihre transnationalen Konzerne investieren das Geld der anderen. Da der Binnenmarkt groß ist und hier mehr ausgegeben wird, hält sich die Wirtschaft anscheinend gut, wenngleich die Gewinne der Konzerne gesunken sind. Mega-Fusionen, Euphorie: Die Aktienpreise steigen erneut. Noch einmal wird russisches Roulette gespielt. Die Theoretiker des Systems haben den Stein der Weisen entdeckt. Sämtliche Zugänge werden überwacht, damit keine den Traum störenden Gespenster eindringen können. Schon wird das Unmögliche möglich. Krise? Niemals!“[31]

Apokalypseblindheit

Was heute auffällt, das ist diese völlige „Apokalypseblindheit“ (Günther Anders) der metropolitanen Linken. Sie sind vom positiven Denken durch und durch angesteckt. Vieles mag an ihm schlecht sein, aber der Kapitalismus, der funktioniert. Je wilder er wird, desto mehr wird nach Zähmung geschrien. Allerdings: Kein Domestizierer, der in seiner Funktion nicht alsbald zum Domestiken wird. Zentrales Instrument bleibt der politische Kampf, der als neutrales Feld öffentlicher Kommunikation ein Revival nach dem anderen erlebt. Die allerdümmste Formel lautet, und keine Sozialdemo ist frei von ihr: „Geld ist genug da!“

Daß wir heute in einigen Gebieten der Welt bereits von einer sekundären Barbarisierung sprechen müssen, wo eigentlich niemand sagen kann, wie es weitergehen kann, scheint außer der Caritas und anderen Samariterbünden kaum jemanden zu stören. Je nach Bedarf werden brutalisierte russische Soldaten oder moslemische Terrorkommandos vorgeführt, sodaß die bürgerliche Seele sich vor lauter Abscheu nur abwenden kann. Je nach politischer „Nützlichkeit“ werden die einen gegen die anderen unterstützt, auch wenn die freiheitliche Seele am liebsten beide Kriegsparteien wegputzen möchte. Bewaffnet werden selbstverständlich beide. Geschäft bleibt Geschäft.

Ob es gegen den russischen Bären geht oder gegen islamische Banditen, ist eine Frage des Kalküls. Freund und Feind sind billige Konstruktionen. Ein paar beliebige Aspekte, schon sind sie definiert. Daß man aber auch in altlinker Manie meint, Partei ergreifen zu können, ja zu müssen, anstatt gegen die falschen und elendiglichen Fronten zu mobilisieren, scheint in der Restlinken immer noch Konsens zu sein.

„Es gibt nicht die geringste Vorstellung, wie die Probleme der Dritten Welt zu lösen sind.“[32] Eigentlich sind die ja auch selber schuld. Das mediale Bild, das vermittelt wird, ist eines, das suggeriert, daß die Menschen es dort nicht besser verdient haben, ja es sich bei denen um niedrigere Exemplare der Gattung handeln muß, um Minder*wertige* also, die der in letzter Zeit oft beschworenen *Werte*gemeinschaft nicht angehören können. Das muß gar nicht ausgesprochen werden, um es wahrzunehmen. Der freiheitlich-demokratische Begriff der Wertegmeinschaft ist ein rassistischer. Der Rassismus der weißen Herren verträgt außer den eigenen und den zugelassenen Grobheiten keine. Im Sinne der Menschenrechte möchte er das auch klarstellen. Überall dort, wo er das kann, und wenig Gegenwehr zu erwarten ist, tut er das auch.

Daß es in Grosny oder Tirana so werden kann wie in Mailand oder München, läßt man die Marktwirtschaft nur machen, kann doch niemand ernsthaft annehmen. Da ist wohl eher davon auszugehen, daß auf Zeit kriminelle Akte den Lebensunterhalt besser sichern als „redliche“ Geschäfte. Tolle Aussichten. ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band (1894), MEW, Bd. 25, S. 891.
2 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 324.
3 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 256.
4 Ebenda, S. 222.
5 Ebenda.
6 Ebenda, S. 223.
7 Ebenda, S. 226.
8 Ebenda, S. 242-250.
9 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 429.
10 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 229.
11 Vgl. Ernst Lohoff, Staatskonsum und Staatsbankrott, »Marxistische Kritik« Nr. 6/89, S. 43-45. Vgl. weiters: Robert Kurz, Die Himmelfahrt des Geldes, »Krisis« 16/17 (1995), S. 51ff.
12 Friedrich Engels in: Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 453.
13 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 254-255.
14 Zur Kritik der Handys vgl.: Franz Schandl, Sie haben keines? Sie brauchen eines!, »Die Presse« 10./11. Mai 1997, »Spectrum«, S. I-II.
15 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 267.
16 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 167-168.
17 Ebenda, S. 247.
18 Ebenda, S. 618.
19 Dennis Meadows/Donella Meadows/Erich Zahn/Peter Milling, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 154.
20 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 476.
21 Karl Marx, Das Kapital, Zweiter Band (1885), MEW, Bd. 24, S. 464.
22 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 532-533.
23 Ebenda, S. 454.
24 Ebenda.
25 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW, Bd. 26.2, S. 510.
26 Ebenda, S. 511.
27 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 260.
28 Ebenda, S. 274.
29 Karl Marx, Das Kapital, Zweiter Band, MEW, Bd. 24, S. 109.
30 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 502.
31 Fidel Castro, Katastrophe Weltmarkt. Auszüge aus der Rede zum 40. Jahrestag der Revolution am 1. Januar 1999, »Konkret« 1/2000, S. 11.
32 Ebenda.

Emanzipation und Demokratie

Iring Fetscher im Interview mit Clemens Stepina

I.

Herr Fetscher, wenn ich das grundlegende Erkenntnisinteresse Ihres Oeuvres richtig verstanden habe, dann geht es um folgende zwei, dialektisch ineinander verwobene, Aufgabenstellungen:

Einerseits haben Sie in Arbeiten über die klassische bürgerliche Philosophie nachzuweisen getrachtet, daß in ihr ein ‚aufklärerisches' Postulat vorzufinden ist, das – vorausgesetzt es läßt seine Bindung an einen ‚naiven Rationalismus (...) und progressivistische Geschichtsphilosophie' hinter sich – nichts an Aktualität verloren hat: Die Emanzipation des Menschen.

Daran schließt sich andererseits die zweite Aufgabenstellung an: Emanzipation, oder besser gesagt: emanzipatorische Praxis, in radikaldemokratischen Analysen gegen neokonservative Tendenzen des Kulturpessimismus wie des Ökonomismus und der Technokratie zu verteidigen wie anhand aktueller Themen (Ökologiekrise, Wertewandel, Demokratieschwund, Nationalismus usw.) zu konkretisieren.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gerne folgende Frage an den Anfang unseres Interviews stellen:

Wie würden Sie – in Anbetracht zeitgenössischer Themen, Krisen und Debatten – den Begriff der Emanzipation zur Erneuerung der Gesellschaft, für eine aktivere Demokratie, definieren?

Emanzipation lautet die Forderung nach Herstellung sozialer, kultureller und politischer Verhältnisse, in denen sich jeder Mensch entsprechend seinen unterschiedlichen individuellen Anlagen allseitig frei entwickeln kann. Nach den Erfahrungen sowohl mit marktwirtschaftlich strukturierten Gesellschaften als auch mit undemokratischen Verhältnissen, sind diese heute genauer und umsichtiger zu beschreiben als noch vor fünfzig oder zwanzig Jahren. Die Reihenfolge dieser Verhältnisse (oder „Existenzbedingungen") für die freie Entwicklung „eines jeden" müssen auf Grund unserer Erfahrungen über die gegenseitige Abhängigkeit von Politik, Wirtschaft und Kultur anders formuliert werden. Zugleich bleibt die Tatsache, daß die Bedingungen dieser drei Lebensbereiche stets aufeinander einwirken (wechselseitig sich begrenzen bzw. befördern).

1. Die institutionellen Bedingungen einer funktionsfähigen demokratischen Struktur sind erstens: allgemeines, gleiches Wahlrecht, zweitens: freie Organisation politischer Parteien (Gruppierungen, Interessensverbände). Drittens: Gewaltenteilung – unabhängige Justiz, demokratisch kontrollierte und gerichtlich zur Rechenschaft ziehbare Verwaltung, Wählbarkeit und Abberufbarkeit politischer Repräsentanten. Viertens: Sicherung der politischen Einflußmöglichkeiten aller Individuen und sozialen Gruppierungen unabhängig von deren wirtschaftlichen Potenzen. Diese letzte Forderung ist in den meisten demokratischen Gesellschaften gar nicht oder nur unzulänglich erfüllt. Sie verlangt zum Beispiel den freien Zugang zu den Medien und die Verhinderung von Monopolen der Meinungsbildung (auch von Parteien und Verbänden).

2. Die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit eines jeden entsprechend seinen Anlagen ohne Rücksicht auf ökonomische Ausgangslagen. Auch diese Voraussetzung ist, wenn überhaupt, in den meisten Staaten nur sehr unzulänglich erfüllt (auch war sie es selbst in kommunistischen Staaten keineswegs). Das bedeutet auch die kompensatorische Förderung von Personen, die auf Grund der häuslichen Verhältnisse oder der Entfernung von kulturell anregenden Zentren (Städten, Universitäten, höhere Schulen) benachteiligt wären.

Der verbreitete Irrtum, daß alle Menschen gleich begabt sind, ist ebenso zurückzuweisen wie die entgegengesetzte ideologische Unterstellung, daß der ererbte Wohlstand ein Indiz für höhere Fähigkeiten darstellt (die Gaußkurve der Verteilung der Intelligenz und der Kreativität hat nichts oder nur ausnahmsweise etwas mit der Gaußkurve der Eigentumsverteilung zu tun).

3. Die wirtschaftliche Ungleichheit ist, soweit sie den unter Punkt 1. und 2. genannten Aufgaben im Wege steht, zu begrenzen. Eine gleichmäßige Verteilung des Eigentums (Egalitarismus) ist aber ebenso unnötig (und im übrigen auch unrealisierbar) wie eine Verstaatlichung der entscheidenden Produktionsmittel. Es genügt, wenn die demokratische Mitbestimmung (im Betrieb, im Unternehmen) wie die demokratischen Rahmensetzungen und Begrenzungen (durch die demokratischen Institutionen) gesichert sind.

Zusätzliche Schwierigkeiten für die Realisierung dieser Ziele entstehen durch die „Globalisierung", das heißt die Freizügigkeit des Weltgeldes und der durch es getätigten Investitionen. Aus diesem Grunde ist die unter Punkt 1. genannte politische institutionelle Bedingung für Emanzipation entsprechend zu erweitern. Da eine zentralistische politische Ordnung nicht realistisch ist und schon für große Staaten der Föderalismus – entgegen einer von den Jakobinern (im Gegensatz zu Rousseaus Forderung) bis zum Leninismus vorherrschenden linken Bevorzugung des Einheitsstaates – sich nicht als vorteilhaft erwiesen hat, käme es auf eine entsprechende Weltföderation an, die den unterschiedlichen Kulturen in ihren Staaten genügend Freiraum für ihre jeweils eigenständige soziokulturelle Ausprägung des Lebens läßt.

Zugleich kann allein auf diese Weise die Gefahr des hegemonialen Nationalismus (und Chauvinismus, Imperialismus) vermieden und das legitime Interesse an der Bewahrung und Entwicklung kultureller Identität gesichert werden. Die bloß formal gebliebene Verfassung der Sowjetunion, die ursprünglich den Unionsrepubliken sogar das Recht auf Sezession zugesichert hatte, trägt eine wesentliche Mitschuld an den nach dem Zerfall der Sowjetunion zu Tage tretenden aggressiven Nationalismen, die eigentlich nach mehr als sechzig Jahren verschwunden sein müßten.

II.

Herr Fetscher, der von Ihnen gegebene Aufweis über einen aktuellen Begriff von Emanzipation ist auf seine basale Bedingung von Demokratie hin überprüft worden. Dabei haben Sie schon eine systematische Vorklärung geleistet, auf die ich noch gerne näher eingehen würde: Sowohl die ‚bürgerliche' als auch die ‚sozialistische' Gesellschaft hat für sich den jeweils absoluten Anspruch erhoben, das alleinige (sprich: ökonomische) Prinzip zur Ausgestaltung von Demokratie in sich zu tragen: Markt- bzw. Planwirtschaft. Tatsächlich wird auch

heute noch von den Staatslenkern und -denkern beider Ideologien der pure Ökonomismus als Grundlage für alle anderen, ‚höheren' Ebenen (Kultur usw.) in der Gesellschaft angesehen. Konträr dazu treten Sie dafür ein, Gesellschaft nicht nur von der heute verabsolutierten Ebene der Ökonomie her zu deuten, sondern vielmehr alle Ebenen des Sozialsystems, wenngleich sie voneinander zu differenzieren und für sich eigengesetzlich verantwortlich sind, als ein Ganzes – letztlich auch in Hinsicht auf eine Weltföderation – zu begreifen.

Wie wäre es Ihrer Meinung nach nun möglich, daß kulturelle und politische Ebenen nicht mehr von der ökonomischen Ebene dominiert und auf sie zugeschnitten werden?

Das Problem, das Sie ansprechen, hat J. P. Sartre in seinem „plaidoyer pour les intellectuels" zumindest andeutungsweise gesehen. Seine Überlegungen beziehen sich allerdings auf eine Periode *vor* der von ihm bejahten sozialistischen Revolution und nicht auf deren spätere Gestalt. Man kann aber davon ausgehend zu einer Skizze gelangen, die ein größtmögliches Maß an persönlicher Freiheit auch im Rahmen einer marktwirtschaftlich strukturierten Gesellschaft und politischer Demokratie verwirklicht. Sartre schreibt den Intellektuellen die Aufgabe zu, innerhalb einer – durch ein gewisses, unvermeidliches, Maß an Disziplin – gekennzeichneten revolutionären Bewegung an den universellen Prinzipien der freien Selbstbestimmung und der Toleranz, sowie der Feststellung der generellen Irrtumsfähigkeit (und der Zulässigkeit von Irrtümern sowie deren kritischer Diskussion) festzuhalten. Einmal spricht er von einem „maximum de discipline et un minimum de critique" innerhalb der kämpfenden Partei und einem „minimum de discipline" und einem „maximum de critique" für die Sympathisierenden außerhalb der Partei. Ich würde diesen Gedanken zum Postulat des institutionell gesicherten politischen Pluralismus (Mehrparteiensystem) ausweiten. Das gilt für das leichter rechtlich zu strukturierende politische System.

Ein anderes Problem, das Sartre ignoriert hat, weil er für eine planwirtschaftliche Ordnung eintrat, ist das der Sicherung der Unabhängigkeit von Personen (als citoyennes und citoyens) gegenüber den Einflüssen der ökonomischen Verhältnisse. Ein erster Schritt, der bislang stets noch gescheitert ist, aber mit größerer Energie vielleicht doch praktikabel ist, wäre eine Begrenzung der Kapitalkonzentration bis hin zur Sicherstellung fairer Konkurrenzverhältnisse auf allen Gebieten der Produktion wie des Konsums. Damit wird dem Marktprinzip nicht widersprochen, es wird im Gegenteil vor seiner (unvermeidlichen) Tendenz zur Monopolbildung bewahrt. Für diese – politisch-rechtliche – Forderung müßten Mehrheiten zu gewinnen sein. Ein zweiter Schritt ist die Verwirklichung realer Mitbestimmung oder besser noch der genossenschaftlichen Struktur aller größeren Betriebe. Ebenso wichtig ist aber auch die vollständige Unabhängigmachung der politischen Parteien von privaten Geldzuschüssen. Das ist – wie es ansatzweise und unzulänglich in der Bundesrepublik Deutschland geschieht – durchaus möglich. Durch eine staatliche Finanzierung der Wahlwerbung (oder besser Wähler-Aufklärung) wäre zugleich eine notwendige Kontrollmöglichkeit dieser Werbung und damit die Verhinderung von rassistischen, nationalistischen und imperialistischen Tendenzen, sowie der Diffamation der konkurrierenden Parteien gegeben.

Statt einer durch Steuern finanzierten Wählerwerbungspauschale, die an die Parteien entsprechend den von ihnen erzielten Wahlergebnissen verteilt wird, wäre ein Verfahren vorzuziehen, das Theodor Eschenburg vor Jahren einmal vorgeschlagen hat: Jeder Wahlberechtigte erhielt einen bestimmten (gleich hohen) Betrag zugeteilt, über den er jedoch nicht frei verfügen kann, sondern den er/sie nur entweder einer Partei seiner/ihrer Wahl oder auch einer gemeinnützigen Organisation wie dem Roten Kreuz, Amnesty International, Green Peace usw. (die Liste müßte exakt festgelegt werden) zukommen lassen kann. Auf diese Weise hätten auch diejenigen, die keiner Partei diesen Betrag zukommen lassen wollen, eine Chance, ihren Willen als Staatsbürger zu bekunden. Das wäre eine Finanzierung der Wahlkämpfe der Parteien nicht durch den Staat, sondern durch die Staatsbürger – schweizerisch durch den Souverän; wobei jeder und jedem der gleiche Betrag und damit auch der gleiche Einfluß auf die Parteienlandschaft eingeräumt würde.

Der Kerngedanke dieser – und weiterer institutioneller und theoretischer Innovationen – wäre die von Ihnen ja als notwendig erkannte Trennung der Sphären von Markt-Wirtschaft, politischer Ebene und allgemeiner Kultur.

Gegenüber der faktisch zur Zeit bestehenden Übermacht der (weithin konzentrierten und globalisierten) Wirtschaft ist die Errichtung einer politischen „Gegenmacht" legitim. Sie wird sich auf politische Parteien stützen können, die die von Lohn und Gehalt abhängige Bevölkerungsmehrheit über ihre realen Interessen und Chancen aufgeklärt hat. Der Parteienpluralismus ist notwendig, um Fehlentwicklungen korrigieren und Irrtümer überwinden zu können. Nur solche politisch-pluralistischen Systeme sind „lernfähig". Die Überwindung und Zurückdrängung wirtschaftlicher Monopoltendenzen darf nicht dazu führen, an deren Stelle ein politisches Monopol zu errichten. Politische Monopolherrschaften können mit noch so edlen Motiven errichtet werden, sie führen unvermeidlich zu Bürokratisierung, Lernunfähigkeit, Sklerose und schließlich zum Untergang (Implosion der Sowjetunion). Der Übergang vom Monopol zum Pluralismus ist auf politischem Gebiet allerdings, wie das Beispiel Rußland zeigt, ebenso schwer wie auf wirtschaftlichem. Die Kombination von wirtschaftlicher freier Konkurrenz mit politischer Monopolherrschaft, wie sie zur Zeit – jedenfalls von einem Teil – der chinesischen Führung versucht wird, ist zum Scheitern verurteilt. Das Fehlen einer legalen konkurrierenden Opposition führt zu einer gefährlichen Vernachlässigung der Bedürfnisse großer Bevölkerungsteile. Die Beibehaltung einer „sozialistischen Weltanschauung", die damit im kritischen Marxschen Sinne zur „Ideologie" wird, diskreditiert zugleich alles, was an der Idee des Sozialismus normativ erhaltenswert bleibt.

Was endlich den häufig gehörten Einwand anlangt, Reformen seien heute – angesichts der Globalisierung – in einem einzigen Lande nicht (mehr) möglich, so kann dagegen lediglich eingewandt werden, daß große Wirtschaftsgebiete, die politisch bis zu einem gewissen Grade „geschlossen sind", sehr wohl die Möglichkeit hätten, in dieser Richtung sich zu entwickeln. Das gilt insbesondere für eine zum Bewußtsein ihrer politischen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten erwachte europäische Union. Ansätze zur Konkretisierung der von mir skizzierten Vorschläge sind aber durchaus auch im begrenzten Rahmen eines Einzelstaates möglich. Bei entsprechendem Erfolg und breiter Zustimmung von Mehrheiten würde das Vorbild bald Nachahmer finden.

III.

Sie haben Chancen und Risken angesprochen, die bei der Errichtung politischer Regulations- und Korrektivformen gegenüber der „Übermacht" gegenwärtig hochpotenter Wirtschaftssysteme

entstehen können. Dabei möchte ich in bezug auf gesellschaftliche (sozioökonomische) Strukturreformen auf folgende politisch-kulturelle Phänomene zu sprechen kommen, die man Ende der achtziger Jahre unter dem – eher vagen – Sammelbegriff ‚neue soziale Bewegungen' zusammengefaßt hat: Die ökologische, die pazifistische, die feministische Bewegung. Spielen diese Formen politisch-kultureller Willens-, Meinungs- und Bewußtseinsbildung Ihrer Meinung nach immer noch eine Vorreiterrolle im Kampf um mehr demokratische und solidarische Innovationen?

„Neue soziale Bewegungen" und die Zukunft der postindustriellen Gesellschaften. Bei den drei meist unter diesem Schlagwort zusammengefaßten „Bewegungen" handelt es sich um „one-issue" Aktivitäten, die in erster Linie entstanden sind, weil die existierenden politischen Parteien und Organisationen (wie zum Beispiel die Gewerkschaften) eine Anzahl von aktuellen Problemen nicht ernst genug genommen haben. Am deutlichsten läßt sich das am Beispiel der „ökologischen Bewegungen" demonstrieren. Sowohl die neoliberalen ökonomisch-optimistischen Anhänger einer „reinen Marktwirtschaft" als auch die Mehrheit der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in industrialisierten (wie „angeblich postindustriellen") Ländern gingen stillschweigend, ohne sich dessen lange Zeit wirklich bewußt zu sein, von einem grenzenlosen Wirtschaftswachstum als Zukunftsperspektive aus. Der erste Bericht des „Club of Rome" mag noch viele Defizite gehabt haben; ihm kommt jedenfalls das Verdienst zu, „die Grenzen des Wachstums" ins allgemeine Bewußtsein gehoben zu haben! Zugleich gab es schon seit einiger Zeit populäre – zum Teil auch irrationale und übertriebene – Ängste vor bestimmten modernen Technologien: Kernkraft, chemische Industrie und insbesondere genetische Transformationen von Pflanzen und Tieren. Daß hierbei zum Teil schwer kalkulierbare (und daher auch nicht „versicherbare") Gefahren (Risikogesellschaft!) auftreten, kann nicht geleugnet werden. Es besteht aber auch die Gefahr, daß solche *realen* Gefahren *demagogisch aufgebauscht* und zum Zweck der Disziplinierung benützt werden. Ansätze dazu gab es in den Konzepten des „Öko-Stalinismus" (wie man das polemisch genannt hat) meines alten Bekannten, des verstorbenen Philosophen Wolfgang Harich. Das Problem der ökologischen Bewegungen besteht darin, daß die zuverlässigen wissenschaftlichen Grundlagen für eine Kurskorrektur der technologischen und produktiven Entwicklung nur schwer „popularisierbar" sind, sodaß die Verführung zu verhängnisvollen Vereinfachungen besteht. Vereinfachungen, die natürlich auch auf der blind-optimistischen „Gegenseite" vorkommen (und wohl dort eher häufiger sind). Die ökologischen Bewegungen verlangen nach einem engeren Kontakt zwischen Spitzenwissenschaft und demokratischer Willensbildung. Ein Postulat, dem Marx in seinen Ausführungen in den „Grundrissen" durch seine Annahme einer heute unvorstellbaren Steigerung der wissenschaftlichen Bildung (fast) aller assoziierten Produzenten vermutlich glaubte, man werde dem ohne weiteres entsprechen können. Eine immer weiter gehende Arbeitszeitverkürzung und die Verwandlung der meisten praktischen Arbeiten in die Aufgabe der beobachtenden Kontrolle hätte die Möglichkeit zu dieser anspruchsvollen Bildung eröffnet. Marx nahm ohne weiteres an, daß sie von den „befreiten" Menschen auch ergriffen werden würde. Einmal geht er so weit zu unterstellen, daß sich das „accumulierte Wissen der (ganzen) Gesellschaft im Kopf" des künftigen Produzenten befinden werde. Da wir heute wissen, daß das nicht realisierbar ist, müssen wir das schwierige Problem einer Verbindung zwischen der höchstentwickelten Wissenschaft auf der einen Seite und den Grenzen der Aufklärbarkeit und Informatierbarkeit der Gesamtheit der am demokratischen Wissenbildungsprozeß beteiligten Bevölkerung auf der anderen zu lösen suchen.

Die pazifistischen (oder Friedens-) Bewegungen werfen andere Probleme auf. Sie sind eine legitime Reaktion auf die Tatsache, daß entgegen der rationalen Annahme von Immanuel Kant in Demokratien Kriege nicht unmöglich geworden, sondern weil sie eine emotionale Mobilisierung der Massenheere und der übrigen Bevölkerung nötig machen, vielmehr weit blutiger geworden sind als die „begrenzten Kabinettskriege" des Ancien Régime. Daß die Prognosen von Kant (und Politikern wie Wilson, die sich auf Kant beriefen) enttäuscht wurden, war aber eine Folge der Tatsache, daß die modernen Massendemokratien keine aus aufgeklärten, rational argumentierenden Bürgerinnen und Bürgern bestehenden Gemeinwesen sind. Vielmehr stehen die Angehörigen moderner demokratischer Staaten von Anfang an unter dem Einfluß von Demagogie, moderner, entsublimierender Presse und später der elektronischen Medien, die nicht (jedenfalls nur sehr partiell) im Dienst von Aufklärung und Information stehen, sondern der emotionalen Befriedigung (soweit sie privatwirtschaftliche Ziele verfolgen) der jeweils am leichtesten ansprechbaren „Bedürfnisse" dienen. Zerstreuung, Belustigung, Ablenkung, Aufregung, ja sogar Aufhetzung (gegen vermeintliche „Feinde", als die gerne Außenseiter herangezogen werden) spielen dabei die Hauptrolle. Die Friedensbewegungen reagieren auf Defizite dieser Willensbildung durch private Medien und Demagogen, die im Dienste von einseitigen (Macht- oder Wirtschafts-) Interessen stehen. Auch hier besteht das Problem darin, daß massenbewegende Mobilisierungen am „leichtesten" ebenfalls durch das Ansprechen irrationaler Emotionen möglich sind. Ich möchte daher hinter die Existenz dieser Bewegungen zurückfragend auf das Defizit einer nicht zu rationaler Aufklärung und differenzierter umfassender Information dienenden Bewußtseinsbildung als dem eigentlichen Problem hinweisen.

Im Grunde sind alle drei „Bewegungen" Versuche, Defizite der politischen Demokratie zu korrigieren. Am deutlichsten wird das jedoch im Fall der Frauenbewegung. Die „Klassiker" der bürgerlichen Demokratie auf dem europäischen Kontinent – wie J. J. Rousseau und Immanuel Kant – schlossen die erwachsenen Frauen wie selbstverständlich von der vollen Staatsbürgerschaft aus. Sie standen für sie in dieser Hinsicht auf der gleichen Stufe wie Minderjährige, Geisteskranke und Personen, denen die „bürgerlichen Ehrenrechte" aberkannt worden sind. Rousseau schränkt übrigens das aktive und passive Wahlrecht sogar auf die verheirateten Männer ein. Diese – damals von den meisten nicht als anstößig empfundene – Ausschließung war eine Folge der neuzeitlichen Arbeitsteilung, wie sie für die Marktgesellschaft lange Zeit typisch blieb. Der erwachsene Mann und Familienvater war für das Erwerbsleben „zuständig" (noch Hegel sieht das so) während die Ehefrau für Haushalt und Kinderaufzucht verantwortlich war. Erwerbsarbeit – als Selbständiger oder als Lohnarbeiter – leistete nur der Mann. Die für die Gesellschaft unentbehrliche Arbeit der Frauen in der Familie war unbezahlt. Mit der – vor allem bei den Arbeitern und Teilen der Kleinbürgerschaft – wirtschaftlich abhängigen Lage von Frauen war – so die Konsequenz bei Kant – deren politische Unselbständigkeit notwendig verbunden. Die bürgerliche Vorstellung des autonomen Individuums setzte wirtschaftliche Unabhängigkeit voraus. Solange man noch offen abstimmte, war ein freies Votum wirt-

schaftlich Abhängiger auch nicht sinnvoll. Mit der Zunahme weiblicher Lohnarbeiter und wirtschaftlich Selbständiger unter den Frauen entwickelten sich Bewegungen, die zunächst – zu Beginn dieses Jahrhunderts (1918 in England und im Deutschen Reich) das Frauen-Wahlrecht durchsetzten. Daß damit die reale rechtliche und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen nicht aufgehoben war, führte in den Jahren nach 1960 mehr und mehr Frauen zur Forderung nach realer, auch wirtschaftlicher Gleichstellung: nach gleichen Aufstiegschancen in allen politischen und gesellschaftlichen Organisationen, nach Berücksichtigung der Hausfrauen- und Kinder-Betreuungs-Arbeit als zumindest Rentenansprüche verschaffend oder, eigentlich in einer aus Lohn- und Gehaltsempfängern mehrheitlich bestehenden Gesellschaft selbstverständlich, auf angemessene Bezahlung für diese Tätigkeiten, ohne die moderne Gesellschaften nicht überlebensfähig wären. Mit der vollständigen Frauenemanzipation wäre erst die letzte Benachteiligung eines großen Bevölkerungsteils aufgehoben, nachdem Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit wie die Benachteiligung der Nichtadeligen längst der Vergangenheit angehören.

Eine „radikale" Gruppe unter den Feministinnen geht über die Forderung nach vollständiger „Gleichstellung" in rechtlicher, ökonomischer und sozialer Hinsicht noch hinaus und fordert *„völlige Gleichheit/Gleichartigkeit"*. Diese unsinnige Forderung unterstellt, daß entschiedene Demokratie und freiheitlicher Sozialismus die Menschen „gleichmachen" müsse. Das entspricht dem polemischen Mißverständnis von Demokratie und Sozialismus von Seiten reaktionärer Ideologen. In Wahrheit fordern entschiedene Demokraten und demokratische Sozialisten nur eine Gesellschaftsordnung (und eine Struktur der politischen Institutionen), in der jede und jeder ihre/seine *unterschiedlichen* individuellen *Anlagen allseitig frei entfalten kann*. Nicht die „Gleichmacherei", sondern die Überwindung der Nivellierung durch eine Gesellschaftsordnung, die fast nur eine Eigenschaft der Menschen gelten läßt – die Fähigkeit sich durch die eigene Besitzerweiterung oder für die Kapitalakkumulation von Unternehmern „nützlich zu machen" – wird von demokratischen Sozialisten bekämpft. Millionenfach werden vielfältige individuelle Eigenschaften und Fähigkeiten unter den bestehenden sozialen Bedingungen unterdrückt oder zumindest vernachlässigt. Die Individuen werden nur als „Arbeitende" und „Konsumierende" wahrgenommen und noch die subtilsten und seltensten Eigenschaften von Künstlern, Dichtern, Erfindern, Wissenschaftlern werden auf ihren „Wert" als Erzeuger von Warenwert oder Konsumenten von Warenangeboten reduziert. Wer daher die durchaus realen Unterschiede der Geschlechter „im Namen der Gleichartigkeit" oder „Gleichheit" abschaffen will, ist offenbar auf die Polemik konservativer Ideologen hereingefallen. Legitim ist freilich die Insistenz auf soziale, ökonomische und politische Bedingungen, unter denen Frauen *alle* ihre Eigenschaften entwickeln können, nicht nur diejenigen, zu deren einseitiger Entfaltung sie unter den patriarchalischen Verhältnissen der meisten bisherigen Gesellschaftsordnungen „zugelassen" wurden und die ihnen angeblich „genetisch" angeboren sind. Ethnologen haben nachgewiesen, daß unterschiedliche Gesellschaftssysteme ganz unterschiedliche „als typisch weiblich" angesehene Eigenschaften herausgebildet und „prämiert" haben. Dennoch bleiben gewisse – durch die Biologie bedingte – Eigenschaften bestehen und sollten keinesfalls als „Makel" angesehen werden. Absurd und technizistisch vereinseitigt war zum Beispiel die Forderung von Shulamit Firestone, auch die Stellung von Frauen als Gebärerinnen müsse in einer egalitären Gesellschaft von den (wie immer dazu fähig gemachten) Männern geteilt, oder ganz durch extrauterine Schwangerschaft abgeschafft werden.

IV.

In Ihrer Diagnose über die ‚neuen sozialen Bewegungen' haben Sie erwähnt, daß ‚entschiedene Demokraten und demokratische Sozialisten' – fernab populistischer Gleichmacherei-Polemik – für eine gerechtere Gesellschaft eintreten würden, in der alle Menschen gemäß ihrer Begabungen sich frei entfalten sollen dürfen. Das hat mich unwillkürlich an den berühmten Satz in der Kritik des Gothaer Programms (MEW 19, S. 21) erinnert: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!'

Universitäre Vertreter der unorthodoxen Linken in Deutschland, zu denen ich Sie neben Habermas, Offe, Wellmer und anderen zähle, haben – angesichts des „realen (!) Sozialismus" im Ostblock – zeitlebens versucht, diesen Marxschen Emanzipationsanspruch aus der emphatischen Sicht ‚einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft' (ebd.) herauszulösen und gemäß einer zeitgenössisch-realpolitischen im Rahmen postindustrieller Gesellschaftsmodelle zu reformulieren.

Könnten Sie diesen Reformulierungsanspruch, in bezug auf das Konstrukt von Gleichheit in einer privatwirtschaftlich strukturierten Gesellschaft, genauer beschreiben?

Die Frage bezieht sich auf das genaue Verhältnis von „Gleichheit" und deren Realisierbarkeit unter den Bedingungen einer Gesellschaftsordnung mit Privateigentum auch an den großen Produktionsmitteln. Die Forderung „jeder (leistet) nach seinen Fähigkeiten, jedem (wird zu konsumieren ermöglicht) nach seinen Bedürfnissen" wäre absurd, wenn die Maßlosigkeit von Konsumbedürfnissen dabei unterstellt würde, wie sie in einer auf ständiges Wachstum von Produktion und Konsum *angewiesenen* Wirtschaftsordnung entstehen bzw. hergestellt werden. Nimmt man aber an – und das scheint mir nicht unrealistisch – daß es bei Wegfall oder Einschränkung jener Hochdruckwertung auf der einen Seite und der weit verbreiteten Unbefriedigtheit durch unbefriedigende Tätigkeiten (Arbeiten) auf der anderen einen „Sättigungsgrad" gibt, der es allen Individuen erlaubt, ihre durchaus unterschiedlichen Bedürfnisse annähernd in gleichem Maße zu befriedigen, dann wäre das auch unter einer Privateigentumsordnung möglich. Dafür müßten allerdings Voraussetzungen geschaffen werden, die bis jetzt – selbst in den am weitesten entwickelten Gesellschaften – nur sehr begrenzt schon realisiert sind:

1. Jede und jeder müßte – seinen und ihren Fähigkeiten entsprechend eine umfassende Bildung und Ausbildung erfahren, die – soweit notwendig – lebenslang fortgesetzt wird.

2. Jeder und jedem müßten solche *Tätigkeitsmöglichkeiten* erschlossen werden, daß sie und er in ihrer/seiner Tätigkeit unentfremdet sich „selbst verwirklichend" befriedigt sein kann.

3. Jeder und jedem müßten die – für solche Tätigkeiten notwendigen materiellen Mittel zur Verfügung stehen. Das heißt natürlich nicht, daß jeder unbegrenzt viel Konsumgüter und unbegrenzt viel Produktionsmittel besitzen muß. Es genügt vollständig, daß ihr und ihm der *Zugang* zu den für unentfremdete und befriedigende Tätigkeit notwendigen materiellen Mitteln offensteht (die Eigentumsfrage verliert unter solchen Voraussetzungen ihre Bedeutung).

Diese Zukunftsperspektive erscheint nicht (mehr) als utopisch, wenn man annimmt, daß die extreme Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, die für den Erhalt der materiel-

len Grundvoraussetzungen notwendigen Arbeitszeiten auf ein Minimum zu reduzieren erlaubt hat! Die damit gewonnene freie Zeit kann (und sollte) zur allseitigen Entfaltung der unterschiedlichen Fähigkeiten aller dienen. Die Formulierung „jedem nach seinen Bedürfnissen" erfährt damit einen völlig neuen Sinn als bei Unterstellung eines grenzenlos wachsenden Konsumbedürfnisses – vor allem nach „Positionsgütern" wie Fred Hirsch solche Güter (als Waren) genannt hat, die nur deshalb angestrebt werden, weil ihr Besitz den sozialen Status in einer hierarchisierten Gesellschaft hebt.

Noch einmal zusammengefaßt:

1. Ausschlaggebend ist nicht der Maximalkonsum, sondern *befriedigendes Dasein*, das in erster Linie in einer unentfremdeten – den eigenen Anlagen entsprechenden – Tätigkeit besteht.

2. Soweit das ermöglicht worden ist, spielen Unterschiede des Eigentums und des Einkommens keine ausschlaggebende Rolle mehr.

3. Mit der Ermöglichung *befriedigender Tätigkeiten für alle* ist auch eine soziale Anerkennung aller auf Grund (und durch) diese Tätigkeit verbunden. Die Konkurrenz unter den Individuen wird entdramatisiert und verliert ihre existentielle Bedeutung. Vor allem erlaubt die Herausbildung der *individuellen* qualitativen *Besonderheiten* einer jeden und einem jeden ein Selbst- und Wertbewußtsein, das nicht auf den Vergleich mit Konkurrenten angewiesen ist; nicht aus ihm resultiert!

Im direkten Gegensatz zur faktischen Gleichmacherei der allein am Marktwert orientierten Beurteilung der Individuen, wäre diese Gesellschaft unterschiedlicher Personen, die einander in ihrer Unterschiedenheit anerkennen und akzeptieren, gerade *nicht egalitär*. Gleiches Recht auf die Entfaltung unterschiedlicher Eigenschaften und Fähigkeiten führt im Gegenteil gerade erst zur bunten Vielfalt von Menschen, die einander *durch ihre Unterschiedenheit* gegenseitig bereichern und zu einem geglückten Leben (einem „guten Leben" würden die alten Griechen sagen) aller beitragen.

Der Unterschied gegenüber der Theorie einer „klassenlosen Gesellschaft" ohne Privateigentum an den (jedenfalls großen) Produktionsmitteln besteht darin, daß durch einen entsprechenden Ausbau der demokratischen Selbst- und Mitbestimmung die Möglichkeit, Privateigentum als Macht- und Herrschaftsmittel zur Einschränkung der freien Entfaltung einer jeden und eines jeden zu benützen beseitigt wird. Produktionsmitteleigentum und Markt (dessen Funktion durch Verhinderung von Monopolen – Kartellabsprachen usw. – garantiert bleibt) regulieren allein Menge und Qualität der Güter und Dienstleistungen.

Der hohe Stand der Produktionstechnik und die durch ihn gesicherte Grundversorgung aller verringert die Abhängigkeit der Eigentumslosen von den Produktionsmittelbesitzern so sehr, daß diese – bei entsprechend eingeschränkter Möglichkeit zu verführerischer Werbung für Konsumgüter – nicht mehr manipuliert werden können. Das „Angebot" bzw. die Verfügbarmachung von Gütern, Geräten, Dienstleistungen (durch Maschinen, Roboter usw.) muß sich dann nach den differenzierten rational aufgeklärten Bedürfnissen richten.

Mit einem Schlagwort könnte man dieses Konzept die effiziente Gestaltung einer demokratisch gezähmten Marktwirtschaft nennen. Die erste Gesellschaft, der es gelänge dieses Ziel zu verwirklichen, würde alsbald zur allgemeinen Nachahmung motivieren. Ernst Bloch hätte gesagt, wenn sie gelingt, dann wäre „Segen bei ihr", ein Segen, der sich als Erfolg bewahrheiten müßte.

V.

Herr Fetscher, wie kaum ein anderer Wissenschafter in der Bundesrepublik haben Sie das Verhältnis von Sozialismus, Marxismus und Demokratie als weitgreifende dialektische Fragestellung analysiert. – Sie sind dabei aber nicht bei historischen Untersuchungen stehen geblieben, sondern haben sich – wie Habermas dies einmal trefflich festgehalten hat – bemüht, die ‚normative Substanz' des Geschichtlichen aufzudecken, wie sie im ‚Wortlaut und in den Institutionen der Verfassungen sozialstaatlicher Massendemokratien eine verbindliche Gestalt angenommen hat'. Wie würden Sie diese normative Substanz kurz charakterisieren – und welchen Anteil hat eine marxistische und sozialistische Geschichte auch heute noch daran?

Wenn unter „Geschichte" eine auf Fortschritt angelegte Entwicklung gemeint ist, dann sollte jede sozialistische und demokratische Theorie davon sich verabschieden. Geschichte ist ein offener Prozeß, dessen Ausrichtung von der gemeinsamen Anstrengung der Menschen (der Individuen, Klassen, Staatengemeinschaften) abhängig ist. Was dabei jeweils herauskommt, stimmt nie vollkommen mit den Wünschen aller – oder auch nur der Mehrheit – überein. Man könnte – wenn das nicht logisch fragwürdig wäre – von einer „objektiven Irrtumsanfälligkeit" des historischen Prozesses sprechen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, solche Institutionen zu schaffen, die eine möglichst große Chance zur Selbstkorrektur getroffener Entscheidungen eröffnen. Um dieser Selbst-Korrektur-Fähigkeit willen muß eine vielleicht schwer ertragbare Hinauszögerung von Entscheidungen und Weichenstellungen hingenommen werden. Das größte Problem stellt die Tatsache dar, daß es – mit Hilfe manipulativer Massenbeeinflussungstechniken – sehr wohl möglich ist, Mehrheitsvoten zustande zu bringen, die den aufgeklärten Interessen der Votierenden – langfristig zumindest – widersprechen. Die aus „revolutionärer Ungeduld" hierauf antwortende Option für eine Bevormundung durch „aufgeklärte Eliten" hat – verhängnisvolle Konsequenzen. Zwei Eigenschaften müssen demokratische Institutionen – insbesondere in einer Gesellschaft, in der die Politik einflußreicher ist als in der reinen Marktordnung – besitzen: Fehlertoleranz und Selbstkorrekturfähigkeit. Relativ kurze Wahlperioden, unabhängige Medien, Gerichte, Organisationen (Parteien usw.) sind hierfür ebenso erforderlich wie von ideologischer Bevormundung freie Unterrichtseinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Weiterbildungseinrichtungen usw.). Das Problem der demokratischen Willensbildung für einen emanzipatorischen Prozeß der Gesellschaft hat im Grunde schon die klassische Aufklärung gesehen: G. E. Lessing mit seiner „Erziehung des Menschengeschlechts" zum Beispiel. Leider konnte die geniale Lösung, die Marx in der berühmten 3. Feuerbachthese formuliert, bisher nie praktisch umgesetzt werden. Dort heißt es: „Die materialistische Lehre (...) vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren." Da alle in einer Klassengesellschaft lebenden Menschen – auch die Proletarier – durch deren „verzerrte Kommunikationsstruktur" (so die Freud-Habermassche Formulierung) deformierte Auffassungen haben, entsteht hier ein echtes Dilemma. Marx glaubt es jedoch lösen zu können, indem er „das *Zusammenfallen des Änderns der Umstände* und der menschlichen Tätigkeiten oder *Selbstveränderung*" (...) „als *revolutionäre Praxis*" faßt. Diese kollektive Verwandlung der zur revolutionären Veränderung sich zusammenschließenden Arbeiterklasse hat bisher noch nirgends stattgefunden und wird – soweit das über-

haupt vorstellbar ist – nie stattfinden. Wir müssen daher von einer fortdauernden Unvollkommenheit aller Menschen, auch der Proletarier (der Lohnabhängigen) sowie deren Organisationen ausgehen. Der zeitraubende, schwierige, mit Rückschlägen belastete und verzögerte Lernprozeß wird nie abgeschlossen sein. An diese Stelle hat Jürgen Habermas das – nur in Annäherungen erreichbare – Ziel des herrschaftsfreien Diskurses gesetzt, der allein legitim verbindliche Normen des Zusammenlebens (der Organisation von Arbeit wie Freiheitschancen usw.) setzen kann. An diesem nur annäherungsweise erreichbaren Ziel sollten sich demokratische Institutionen orientieren und messen lassen.

VI.

Wie die Geschichte der Entwicklung der Sowjetunion gezeigt hat, angesichts der zunehmenden Theoriemüdigkeit und -resignation innerhalb der sozialistisch und marxistisch motivierten Diskussionslandschaft um eine demokratisch effizienter zu strukturierende Gesellschaft, bitte ich Sie noch um einen diesbezüglich aktuellen Ausblick für linke Theoretiker. Oder anders gefragt: Was können marxistisch und sozialistisch orientierte Demokratiekonzepte heute noch leisten; und – was vielleicht in Anbetracht der jüngsten Geschichte noch wichtiger ist – was nicht?

Nicht zulässig ist vor allem das Vertrauen auf einen, notwendig zur allgemeinen Emanzipation hinführenden, „objektiven" Geschichtsprozeß. Ich habe es einmal auch so formuliert: es kommt nur soviel Fortschritt, wie wir jeweils verwirklichen. Die so viel kritisierte Konzentration von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno auf den „ideellen Überbau" war eine weitsichtige und heute noch notwendigere Orientierung jeder radikaldemokratischen Gesellschaftskritik. Solange das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit von den „ideologischen Apparaten" der „Kulturindustrie" so erfolgreich beherrscht wird wie heute, ist der langwierige und schwierige Prozeß der Aufklärung nicht einmal in Gang zu setzen, geschweige denn ausreichend voranzubringen. Auf Grund der Tatsache, daß die Entwicklung der Produktion heute einen ständig steigenden Bildungsstand verlangt, besteht aber auch die Chance, daß sich allmählich mehr und mehr Teile der Bevölkerung von einer dumm und zufrieden machenden „Spaß-Kultur" abwenden und entdecken, wie viel größer die Freude an kritischem Denken und realer Erkenntnis sein kann. Was J. P. Sartre über die Intellektuellen gesagt hat, dürfte heute eine noch größere Bedeutung haben als zur Zeit seiner Formulierung.

Ein Intellektueller ist ein Mensch, der in der arbeitsteiligen Gesellschaft auf einem (häufig sehr engen) Spezialgebiet geistige Hochleistungen zu erbringen hat, sich aber – auf Grund der Erkenntnis seiner eigenen Begrenztheit und Beschränktheit wie der seiner Kollegen – kritisch über diese Einseitigkeit erhoben hat, um sich als Kritiker – im Interesse der Emanzipation aller zu engagieren. Sartre nennt den so charakterisierten Intellektuellen einen „Verräter seiner Klasse". Dieses Bewußtsein wird – in dem Maße wie die Zahl der wirklich selbständigen Bourgeois (Unternehmer) immer kleiner und die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der bloß scheinbar Selbständigen relativ immer größer wird, schwinden. Es ist daher denkbar, daß von dieser Schicht qualifizierter Personen die Möglichkeit einer Überwindung der Dominanz der Kulturindustrie ausgeht. Der Abstand zwischen dieser Schicht und dem Rest der (arbeitenden) Gesellschaft ist weit geringer als der zwischen den Bourgeois und den Proletariern des 19. Jahrhunderts. Statt von einer „neuen Mitte", einer Art idealisierter Angestelltenschicht auszugehen, sollten radikale Demokraten und demokratische Sozialisten diese Schicht der höher gebildeten Lohn- und Gehaltsabhängigen als potentielle Wegbereiter einer Emanzipationsbewegung in solidarischer Verbundenheit mit der Gesamtgesellschaft interpretieren.

VII.

Am Schluß unseres Interviews wird mir eindrücklich bewußt, daß wir, wie sehr auch von verschiedenen Fragestellungen ausgegangen wurde, letztlich immer auf das zentrale Problemfeld von ‚Emanzipation und Demokratie' zurückgekommen sind. Und dies nicht ohne guten Grund: Schließlich machen diese Begriffe die Identität des politischen Menschen aus. – Allerdings scheinen sie im bürokratischen Sozialismus wie im kapitalistischen Wirtschaftssystem seit jeher permanenter Bedrohung, ja Verhinderung – bis heute – ausgesetzt gewesen zu sein. Wenn Sie sich – um unsere letzte Frage zu stellen – einen Rest von Sozial-Utopie angesichts realpolitischer Zustände bewahrt haben; wie sieht dieser aus?

Die meisten Sozialisten wollten durch die von ihnen erhofften und/oder geplanten sozialen und kulturellen Veränderungen (Revolutionen oder Reformen) die Ideale, die der bürgerlichen Revolution zugrunde lagen und die sie offensichtlich nicht realisieren konnte, verwirklichen – oder doch der Verwirklichung näher bringen. Als Wilhelm Liebknecht – zusammen mit Eleanor Marx und Edward Aveling eine Fondraising-Tour durch die USA unternahm, war er besonders von dem Unterricht in „civics" beeindruckt, dem er in einer dortigen Elementarschule beiwohnte. Auf die Frage der Lehrerin, „in was für einem Staat leben wir?" erfolgte unverzüglich die Antwort, „in einer Republik". „Was aber ist eine Republik?" setzte die Fragerin fort. „Ein Staat, dessen Bürger den Gesetzen und nicht Menschen Gehorsam leisten", fügte ein Schüler hinzu. „Das reicht noch nicht – was fehlt?" setzte die junge Lehrerin ihre Frage fort. „Eine Republik ist ein Staat, dessen Bürger nur Gesetzen gehorchen, die sie selbst gemacht haben", lautete die befriedigende Schlußantwort. Wilhelm Liebknecht war begeistert und dachte voller Schmerzen an den Zustand der Schulen daheim in Deutschland.

Formal ist das Problem so freilich gelöst, aber die Klassiker der Demokratie (die sie Republik nannten), Rousseau und Kant zum Beispiel, wußten, daß bei der Abstimmung der Wahlberechtigten nicht ohne weiteres die richtigen, freiheitsbewahrenden Gesetze herauskommen. Rousseau ging davon aus, daß nur in einer Gesellschaft mit gleichmäßig verteiltem Eigentum (an Grund und Boden, Werkstätten und Kaufläden) ein „Gemeinwille" herauskommen kann, der vernünftige Gesetze erläßt. Die Staatsbürger brauchen Tugend, um ihren Privatnutzen dem Gemeinwohl gegenüber zurückstellen zu können, aber *zu groß* darf der Abstand zwischen beiden nicht sein, sonst wären die Menschen moralisch überfordert. Aus diesem Grunde hielt er zum Beispiel in Staaten wie Frankreich und England eine legitime republikanische Verfassung nicht mehr für möglich. Die radikalen Jakobiner glaubten im Gegensatz zu Rousseau durch eine Kombination von Erziehung zur „Tugend" und Terror auch in Frankreich eine legitime republikanische Ordnung schaffen zu können. Marx erkannte, daß diese enthusiastischen Revolutionäre die antike Polis-Demokratie (mit ihren von der Polis ausgeschlossenen Sklaven) idealisiert hatten und der modernen bürgerlichen Klassengesellschaft ohne soziale Strukturveränderungen nicht diese ideale Form geben konnten. Am Widerspruch zwischen der ideali-

sierten athenischen (oder spartanischen) Polis und der zeitgenössischen Klassengesellschaft ist ein Dichter wie Friedrich Hölderlin zugrunde gegangen. Hegel fand sich in seiner Rechtsphilosophie mit der Verdoppelung der „modernen Menschen" in egoistische Bourgeois und tugendhafte Citoyens ab. Über den „Not- und Verstandesstaat" der bürgerlichen Gesellschaft erhob sich sein idealer Staat als „Verwirklichung der sittlichen Idee" – als „Vernunftstaat".

Kant wollte – wie Rousseau – die Eigenschaft des Aktivbürgers an den Besitz binden. Darüber hinaus unterstellte er eine so weitgehende „Rationalität" der Staatsangehörigen, daß „selbst ein Volk von Teufeln" (wenn es nur Vernunft hätte) sich zu einer Republik vereinigen könne. Rousseau war Kant gegenüber realistischer, weil er die *emotionale* Motivation und den Egoismus der Staatsangehörigen stärker beachtete als die reine Vernunft.

Egalitaristen wie *Babeuf* versuchten vergeblich die Entwicklung zur Klassengesellschaft rückgängig zu machen und jene egalitäre Gemeinschaft wieder herzustellen, die Rousseau für unabdingbar gehalten hatte. Marx und Engels nahmen an, daß die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise im Laufe kurzer Zeit eine so *weitgehende Homogenisierung* der Gesellschaft bewirken werde, daß es dann nur noch notwendig sein würde, der großen Mehrheit der Eigentumslosen (der Proletarierinnen und Proletarier) das Bewußtsein ihrer kollektiven Stärke und ihrer Emanzipationsmöglichkeit zu verschaffen, um eine Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, in der die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufhören, bloße Wunschträume zu sein.

Diese Prognose hat sich als irrig erwiesen. Gewaltsame Versuche, eine „sozialistische Gesellschaft" (in unterentwickelten Gesellschaften zu realisieren, führten zu einer neuen Form der bürokratischen Bevormundung, oder wie Jürgen Kuczynski es einmal genannt hat, zu einem „Feudal-Sozialismus". Sozialdemokratischer Reformismus trotzte der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zwar die Anhebung des Lebensstandards der Massen ab, gelangte aber nicht über eine partielle Korrektur der Defizite der Klassengesellschaft hinaus. Kulturell erwies sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer Insistenz auf „freie Bahn dem Tüchtigen" – vor allem auch angesichts der Mängel des „real existierenden Sozialismus" als so attraktiv, daß es nirgends zu revolutionären Mehrheiten in den entwickelten Industriestaaten kam.

Aber auch abgesehen von dieser historischen Fehlentwicklung ist eine Korrektur des traditionellen Rousseauschen Konzepts der Demokratie und des überlieferten Ideals einer gerechten und freiheitlichen Gesellschaft notwendig: wir müssen von vornherein die *Vielfalt* und die *Verschiedenartigkeit* der *Individuen* und ihrer soziokulturellen *Einheiten* als „gegeben" akzeptieren. Zwar verändern diese sich im Laufe der Zeit, aber eine vollständige *Homogenisierung*, ein *totaler Ausgleich* ist weder wahrscheinlich noch wünschenswert. Vielmehr sollte das anzustrebende soziale und politische Ideal darin bestehen, *optimale Bedingungen für die Bewahrung und Entfaltung der unterschiedlichen Kapazitäten, Traditionen und Eigenarten der Individuen und Kulturen* zu schaffen. Die Annahme, es gäbe einen rational ermittelbaren, von allen zu akzeptierenden Gemeinwillen, dürfte ein rationalistischer Fehlschluß sein. Individuen und Ethnien (Kulturen) sind verschieden und wollen – bis zu einem gewissen Grade – diese ihre Besonderheiten bewahren. Ich habe einmal das „Recht, ein anderer zu werden", das die protestantische Theologin Dorothee Sölle formuliert hat, mit dem „Recht derselbe zu bleiben" konfrontiert und betont, daß *beide Rechte* als Menschenrechte bewahrt oder realisiert zu werden verdienen.

Diesem idealen Ziel stehen Unterschiede von politischer und ökonomischer (natürlich auch militärischer) *Macht* im Wege, die einige wenige Personen bzw. Klassen und Staaten privilegieren. Die *Überwindung dieser Privilegien* ist die eigentliche Aufgabe. Für sie müßte es möglich sein, weltweite Mehrheiten zu gewinnen. Es ist denkbar, daß die Erkenntnis der noch immer kaum gebremsten Zerstörung der Lebensgrundlagen von Pflanze, Tier und Mensch auf der Erde einen wesentlichen Beitrag zu dieser Mobilisierung von Mehrheiten leisten kann.

Die größten Defizite, die der Verwirklichung einer solchen Willensbildung und Mobilisierung im Wege stehen, liegen auf dem Gebiet der Information und Bildung. Die gewaltigen technischen Fortschitte, die in den vergangenen Jahrzehnten auf dem Gebiet der Telekommunikation (Internet usw.) gemacht wurden, stellen *von sich aus* noch *keine Garantie* für eine den aufgeklärten Interessen der Menschheit entsprechende Information und Bildung dar. Sie könnten aber durchaus sinnvoll hierfür genützt werden. Lange Zeit haben Sozialisten (und Kommunisten übrigens auch) die Bedeutung von Information, Bildung und Kultur unterschätzt und sie als bloßen „Überbau" in Abhängigkeit von der „sozialökonomischen Basis" vernachlässigt. Diese Vernachlässigung rächt sich heute. Mit der Zunahme der formalen Bildung von großen Teilen der Bevölkerung wächst aber zugleich die Chance, daß hier der – wie es Adorno nannte – „Verblendungszusammenhang" durchbrochen werden kann. Institutionen wie UNO und die UNESCO könnten als wichtige Vermittler des emanzipatorischen Bewußtseins und der Einsicht in die Verantwortung der gegenwärtig lebenden Generationen für die Zukunft der Humanitas dienen. Eine Pluralität von Bürgerinitiativen (oder auch politischen Parteien), die sich an diesem allgemein als verbindlich erkannten Ziel orientieren, sollten gefördert werden. Niemand, kein Theoretiker und keine Organisation, hat ein Erkenntnisprivileg, es gibt verschiedene Wege (und Irrwege) zu diesem als verbindlich erkennbaren Ziel: Die Bewahrung der natürlichen Lebensvoraussetzungen humanen Existierens, die Ermöglichung der Entfaltung aller kreativen Kapazitäten der Individuen und Völker ist hierfür notwendig. Der Wettbewerb um den besten Weg darf nie aufhören. Allein eine Vielfalt von Organisationen sichert die Möglichkeit einer rechtzeitigen Korrektur – ehe Irrwege in neue Sackgassen führen.

Die meisten früheren Sozialisten suchten Wege, um die Ziele der bürgerlichen Demokratie auf neue Weise definitiv zu realisieren. Heute geht es darum, die Vielfalt demokratischer Wege offen zu halten und die Erkenntnis eines für alle akzeptablen (überlebenswichtigen) Zieles zu fördern. Der Sozialismus sollte einst der Weg zur herrschaftslosen und klassenlosen Idealgesellschaft sein. Heute sollte eine die Kapazitäten der Menschen optimal entfaltende und nützende demokratische Struktur die Wege zum Ziel einer ökologischen und sozialen, freiheitlichen Gesellschaft und Kultur ebnen. ■

Iring FETSCHER ist Nestor der sozialdemokratischen Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum nach 1945. Er hatte eine Professur für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/Main. Publikationen besonders zur Problematik von Demokratie und Sozialismus. Zuletzt: „Marx" im Herder-Verlag 1999 (in der Reihe Spektrum/Meisterdenker). Autobiographie „Neugier und Furcht. Versuch, mein Leben zu verstehen", erschienen im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1995.

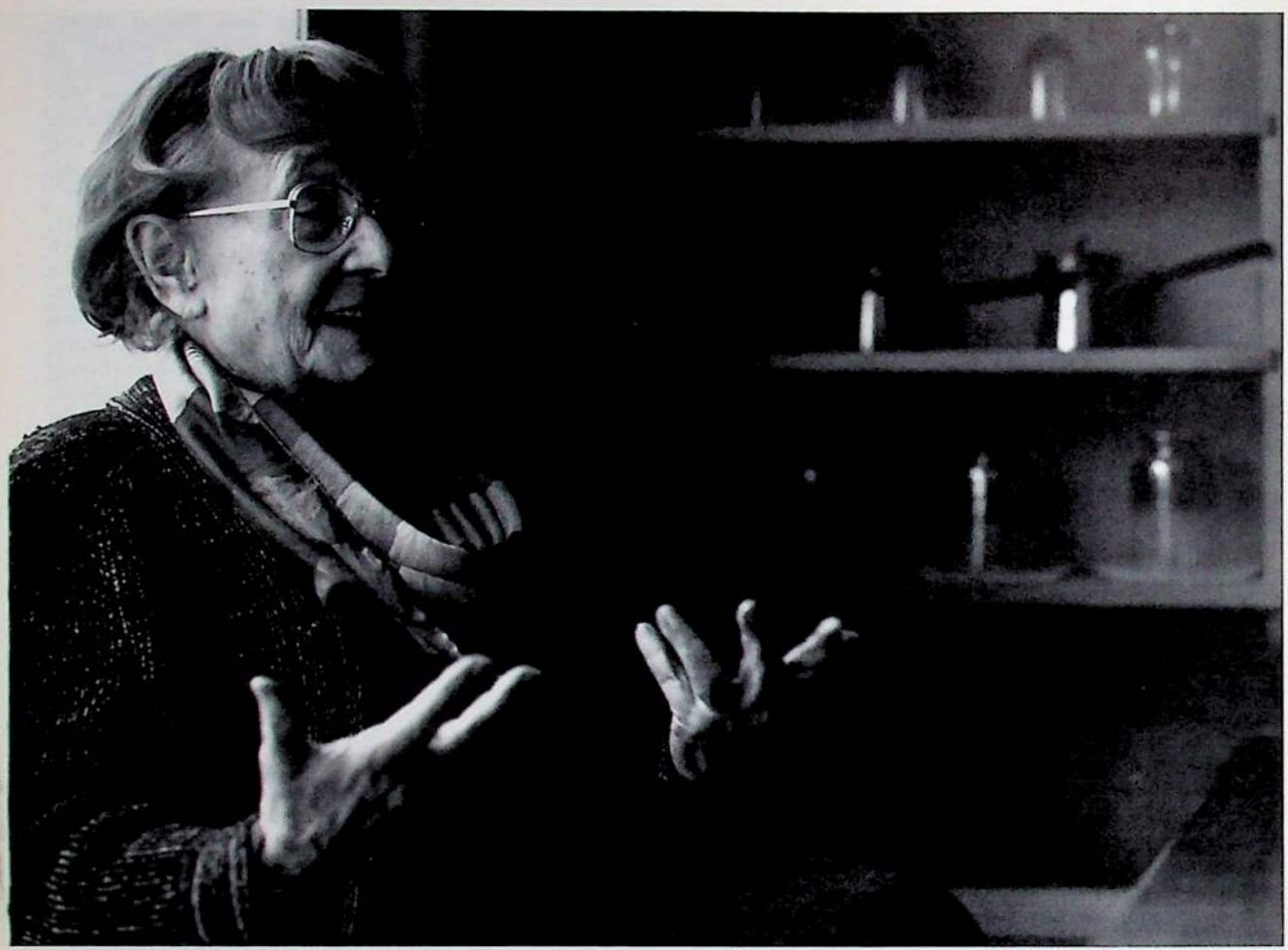

Foto: Franz Hausner

Bauen für eine bessere Welt*

Friedrich ACHLEITNER

Das Lebenswerk von Margarete Schütte-Lihotzky wird zu einer Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt, in der die Revision der Moderne selbst einer Revision unterworfen ist und in der das große aufklärerische Projekt der Moderne nicht nur nach Irrwegen und Fehlentwicklungen, sondern auch nach seinen produktiven Erkenntnissen und tragfähigen Utopien untersucht wird.

Wenn einmal Bernard Rudofsky in einer *Architektur ohne Architekten* Beständigeres gesucht hat als die zeitgebundenen Ästhetisierungsstrategien von Architekturtendenzen, so wird man in Zukunft vielleicht auch wieder einer *Architektur ohne Architektur*, also einer baulichen Welt außerhalb des traditionellen Selbstverständnisses von Architektur ein größeres Interesse schenken müssen.

Wenn ich mich richtig erinnere, kommt die Vokabel *Architektur* in Margarete Schütte-Lihotzkys Texten nicht vor und wenn, dann in einer sozialwissenschaftlichen Bedeutung, als erweiterter Begriff, der das Bauen eben in einen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhang stellt. Dieser radikale Ansatz war Grete Lihotzky nicht in die Wiege gelegt, schließlich wuchs sie in einem (bildungs-)bürgerlichen Milieu im Wien der Donaumonarchie auf und ihre Lehrer waren sicher keine Sozialrevolutionäre. Interessant ist für uns aber, was sich die junge Studentin – die sich in den Kopf gesetzt hatte, Architektin zu werden – von ihren Lehrern aneignete: Oskar Strnad riet ihr, sich anzuschauen, wie die Arbeiter wirklich wohnen, bevor sie sich an den Entwurf von Arbeiterwohnungen machte; er forderte also den *Befund* vor einer Stellungnahme; Max Ermers und Adolf Loos bestärkten sicher ihre Begeisterung für die Wiener

* In Gedenken an die am 18. Jänner kurz vor ihrem 103. Geburtstag verstorbene Architektin Margarete Schütte-Lihotzky bringen wir einen Beitrag von Friedrich Achleitner aus dem Ausstellungkatalog über das Werk Schütte-Lihotzkys, Wien 1993.

Siedlerbewegung und das Interesse einer sich artikulierenden Wohnkultur des Arbeiters. Was aber Grete Lihotzky von vornherein ausschloß, das war die romantische Ästhetisierung der Armut, den nicht absichtslosen Imperativ nach Bescheidenheit als kleinbürgerliche Tugend, der oft sogar von einer Avantgarde dem Arbeiter ästhetisch zugemutet wurde. Grete Lihotzkys Architekturauffassung, in vielem jener von Hannes Meyer oder Hans Schmidt verwandt, bestand in der Verbesserung aller Lebensbedingungen durch Bauen, ja mehr, in einer Architektur, die alle jene Kräfte und Prinzipien widerspiegelt, die eine bessere Zukunft herzustellen vermögen. Das führte natürlich auch zu neuen Formen, aber diese durften nicht Selbstzweck werden.

Auch der Kontakt zu Otto Neurath (und damit zum *Wiener Kreis*) hatte sicher die Architektin in ihrem analytischen Engagement bestärkt. Neurath war nicht nur ein Philosoph und Soziologe von hohem Rang, sondern auch ein unermüdlicher Volksbildner, Erfinder der *Bildstatistik* zur schnellen und einprägsamen Erfassung von politischen und ökonomischen Zusammenhängen, sein Fundament allen Denkens und Planens war die wissenschaftliche Disziplin, was natürlich auch für die Architektur und das Bauen gilt.

In Wien wurden also, wenn man noch an Lehrer wie Heinrich Tessenow oder „Herausforderer" wie Josef Frank denkt, die Weichen für das spätere Wirken von Grete Lihotzky gestellt. Ihr Weg nach Frankfurt, in das Team von Ernst May, war die logische Konsequenz aus den Wiener Planungen und Forschungen. Wie wenig die Öffentlichkeit, auch die fachliche, auf das Rollenbild einer Architektin vorbereitet war und noch ist, kann man daran erkennen, daß ihr ganzer „Mythos", ja ihre Legitimation als große Persönlichkeit das *Neuen Bauens* auf ihre *Frankfurter Küche* reduziert wurde, was bei der ausgeprägten persönlichen Interesselosigkeit der Architektin an „Häuslichkeit" besonders pikant ist. Ihr berufliches Interesse galt ausschließlich der Minimierung von Hausarbeit, also der Befreiung der Frau aus jenen Tätigkeiten, wofür sie selbst dann als „Spezialistin" gefeiert werden sollte.

Hier wird die eindrucksvolle Darstellung ihrer umfangreichen Entwurfs-, Forschungs- und Vermittlungstätigkeit nach den Lebensstationen endgültig die richtigen Verhältnisse zeigen. Wenn es einen Schwerpunkt in der umfassenden Arbeit der Margarete Schütte-Lihotzky gibt, dann ist es das Bauen in einem pädagogischen Kontext, dann sind es ihre Forschungen und Entwicklungen im Kindergarten- und Schulbau. Aber auch hier wurde nicht die Grenze zu einem einseitigen Spezialistentum überschritten.

Die eigentliche Botschaft ihres Werkes scheint mir in der Unteilbarkeit der Anstrengungen, in der Untrennbarkeit von Theorie und Praxis, von Gedanken und Handlungen zu liegen. Es gab nie einen Berufsmenschen, einen politischen Menschen und einen Privatmenschen Grete Schütte-Lihotzky nebeneinander, die Architektur war auch kein abgekoppeltes System von Fertigkeiten und Angeboten und ihre politische Arbeit war auch keine österreichische Parallelaktion. So war es für sie auch keine Frage, als die *Gruppe May* nach Moskau eingeladen wurde, am Aufbau sowjetischer Städte mitzuwirken, diesem Ruf zu folgen. So war auch ihre Teilnahme am kommunistischen Widerstand, ihre gezielte Rückkehr aus der Türkei nach Wien – Verhaftung, Prozeß, beantragtes Todesurteil, schließlich Verurteilung zu fünfzehn Jahren Zuchthaus – eher aus der „Logik" eines verantwortlichen Handelns als aus der Struktur einer abgehobenen Ideologie zu erklären. Wer ihre *Erinnerungen aus dem Widerstand* liest, diesen präzisen, emotionslos wirkenden Bericht ohne einen Schatten von Pathos, so gelten ihre Erinnerungen weniger der zynischen, menschenverachtenden Mechanik des nationalsozialistischen Terrors, als der Bewunderung und dem Andenken vieler „einfacher" Menschen, die durch eine spontane Hilfsbereitschaft ihr Leben aufs Spiel gesetzt und auch verloren haben.

Grete Schütte-Lihotzky zeichnet ein unbeirrbarer, ständig präsenter, wacher und kritischer Realitätsbezug aus, sie ist offenbar fähig, in Bruchteilen von Sekunden richtige Entscheidungen zu treffen. Die *ethischen* Fundamente hat sie in ihrem Leben sehr früh gelegt, ihre Tragfähigkeit mußte sie nicht ständig neu überprüfen.

Dieser *ethische Realismus* (man verzeihe mir diese Simplifikation) steckt als zentrale Qualität oder als Motor in allen Arbeiten. Natürlich ist die strengste Objektivität, die disziplinierteste Wissenschaftlichkeit auch Interpretation von Wirklichkeit. Gerade in der Architektur. Und diese unterliegt dem Gang der Geschichte. Je radikaler aber die Analyse von Problemen versucht wird, umso mehr dringen ihre Ergebnisse in das „kollektive Gedächtnis" der Gesellschaft ein, umso folgenreicher kann ihre historische Aussage sein. Wenn die *Postmoderne* die Geschichte als Erinnerung, als Gleichzeitigkeit alles Gedachten und Denkbaren wiederentdeckt hat, so war und ist die *Moderne* der „Ort" des historischen Handelns und damit der Veränderung. Die Omnipräsenz des Historischen hat in die Geschichtslosigkeit geführt, in die Verdrängung von Wirklichkeit durch Bilder. So betrachtet war vielleicht die Geschichtsfeindlichkeit der funktionalistischen Avantgarde deren besondere historische Qualität. Sie hat zumindest Geschichte als gefährliche, manipulierte und manipulierbare Konkursmasse der feudalen und bürgerlichen Gesellschaft erkannt, auch bloßgestellt, um schließlich selbst ihr Opfer zu werden. Den postmodern verkündeten Ausstieg aus der Geschichte hat die Geschichte selbst wieder eingeholt.

Wir haben heute, um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, keinen Wohnbau mehr, der schnell und effektiv auf die alte und neue Wohnungsnot reagieren könnte. Das Wohnen insgesamt ist weit davon entfernt, ein Grundrecht des Menschen zu sein. Das *Neue Bauen* hatte für die Probleme sowohl Fragen als Antworten bereit.

So betrachtet, legt heute Margarete Schütte-Lihotzky ein aktuelles Werk vor. Natürlich ist dieses eingebunden in eine über siebzigjährige Berufstätigkeit und auf den Wegen und Irrwegen des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden. Natürlich hat sich der Architekturbegriff auch in andere Richtungen erweitert; aber ihr Beharren auf der gründlichen Erforschung des gesellschaftlichen Umfelds allen Bauens, auf einer klaren Formulierung der Ziele und des Einbringens aller Erfahrungen und Erkenntnisse, kurz, die Utopie von einer menschenwürdigen Behausung für alle, ist notwendiger denn je.

Es muß offenbar ein Architekt, eine Architektin, fast ein Jahrhundert durchmessen, um noch die Anerkennung und gebührende Darstellung der Arbeit erleben zu können. Grete Schütte-Lihotzky wurde in Wien nicht verwöhnt, ihr Kampf um die Freiheit Österreichs nicht belohnt und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht in Anspruch genommen. Zwei Kindergärten und die Mitarbeit an zwei Wohnbauten der Gemeinde sind im Boom des Wiederaufbaus für sie abgefallen. Sie kann daraus nur den befriedigenden Schluß ziehen, daß Wien mit ihr keine Ausnahme gemacht hat, daß sie rechtzeitig in ihrer vollen Bedeutung erkannt und in der bewährten Wiener Weise *nicht einmal ignoriert* wurde. ■

Friedrich ACHLEITNER ist Professor für Architektur an der Universität für angewandete Kunst.

WEG UND ZIEL

P.b.b. • Envoi à taxe réduite • Taxe perçue • Bureau de poste • A-1150 Wien • Autriche
Erscheinungsort Wien • Verlagspostamt 1040 Wien •
Zul.Nr.: WOGZ261E

Marxistische Zeitschrift

Keine Kohle mehr ...

Foto: Udo Hesse, Prenzlauer Allee, 1982

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201 . . .	Weg und Ziel 1/92	Amerika! Amerika!
WUZ9202 . . .	Weg und Ziel 2/92	Menschenbilder
WUZ9203 . . .	Weg und Ziel 3/92	Leo Kofler 85
WUZ9204 . . .	Weg und Ziel 4/92	Fortschritt
WUZ9205 . . .	Weg und Ziel 5/92	Das österreichische „Wesen"
WUZ9206 . . .	Weg und Ziel 6/92	Rückkehr des Politischen
WUZ9301 . . .	Weg und Ziel 1/93	Nation(alismus)
WUZ9302 . . .	Weg und Ziel 2/93	Ästhetik
WUZ9303 . . .	Weg und Ziel 3/93	Dritte Welt im Abseits
WUZ9305 . . .	Weg und Ziel 5/93	Menschenrechte
WUZ9306 . . .	Weg und Ziel 6/93	Der reale Kapitalismus
WUZ9401 . . .	Weg und Ziel 1/94	„Kalte Frauen"?
WUZ9402 . . .	Weg und Ziel 2/94	Europa der Regionen?
WUZ9403 . . .	Weg und Ziel 3/94	Alles Öko?
WUZ9404 . . .	Weg und Ziel 4/94	Medienwirklichkeit
WUZ9405 . . .	Weg und Ziel 5/94	Individualisierung
WUZ9501 . . .	Weg und Ziel 1/95	Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502 . . .	Weg und Ziel 2/95	Das politische System
WUZ9503 . . .	Weg und Ziel 3/95	Mega-Stadt-Raum
WUZ9504 . . .	Weg und Ziel 4/95	Inszenierte Literatur
WUZ9505 . . .	Weg und Ziel 5/95	Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601 . . .	Weg und Ziel 1/96	Armut im Überfluß
WUZ9602 . . .	Weg und Ziel 2/96	Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603 . . .	Weg und Ziel 3/96	Welt-Meisterschaft
WUZ9604 . . .	Weg und Ziel 4/96	Oh, du teure Bildung
WUZ9605 . . .	Weg und Ziel 5/96	Kirche/Religion
WUZ9701 . . .	Weg und Ziel 1/97	Auto/Industrie/Global
WUZ9702 . . .	Weg und Ziel 2/97	Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703 . . .	Weg und Ziel 3/97	Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704 . . .	Weg und Ziel 4/97	80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705 . . .	Weg und Ziel 5/97	Pop
WUZ9801 . . .	Weg und Ziel 1/98	Brecht/Eisler
WUZ9802 . . .	Weg und Ziel 2/98	Antisemitismus
WUZ9803 . . .	Weg und Ziel 3/98	Un/mverteilung
WUZ9804 . . .	Weg und Ziel 4/98	Haider und die Freiheitlichen
WUZ9805 . . .	Weg und Ziel 5/98	Sozialdemokratie
WUZ9901 . . .	Weg und Ziel 1/99	Arbeit! Arbeit?
WUZ9902 . . .	Weg und Ziel 2/99	Exotismus
WUZ9903 . . .	Weg und Ziel 3/99	Krieg in Jugoslawien
WUZ9904 . . .	Weg und Ziel 4/99	Jugend
WUZ9905 . . .	Weg und Ziel 5/99	Postmoderne
WUZ0001 . . .	Weg und Ziel 1/00	• Krise / • Theorie und Medien

Einzelhefte

○ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer Stück

Datum Unterschrift

WEG UND ZIEL

c/o KPÖ
Weyringergasse 33
A–1040 Wien

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm

Heft 1: Antirassismus: Positionen und Widersprüche
Ein bislang weitgehend unerforschtes Terrain: Gegenstrategien zu rassistischer Diskriminierung aus der Sichtweise von Betroffenen. Mit Beiträgen von Caroline Grandperret, Araba Johnston-Arthur, Herbert Langthaler, Gamze Ongan u.a.

Heft 2: Leitbild Unternehmer - Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat und Gesellschaftspolitik
Der Begriff des Unternehmers ist zum positiven Leitbild des ganzen Lebens geworden: Alle Organisationen, Staat und bislang Lohnabhängige sollen sich "unternehmerisch" verhalten. Was heißt das für Gesellschaftspolitik und die Organisation der Ökonomie? Mit Beiträgen von Nikolas Rose, Joachim Hirsch, Tom Schmid, Jörg Flecker, Eva Angerler, Stephan Geene u.a.

Heft 3: Osteuropa zwischen Integration und Desintegration
Welche Auswirkungen hat die bestehende EU-Osterweiterung auf die Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen regionalen und sozialen Unterschiede in Osteuropa und welche Rückwirkungen auf die EU? Mit Beiträgen von Zsuzsa Ferge, Laszlo Andor, Ursula Filipic u.a.

Heft 4: Die grosse Krise?
Ausgehend von der Krise des Fordismus sollen unterschiedliche ökonomische Krisentheorien aber auch die Unterschiede der Krisendynamik von industrialisierten Ländern und Staaten der 3. Welt untersucht werden. Mit Beiträgen von Kurt Hübner, Jean-Francois Vidal, Joachim Becker u.a.

Im Jahrgang 99 hatten wir: 1) Internationale Regulierung und Demokratie, 2) Wien - Möglichkeiten alternativer Stadtpolitik, 3) Transformation des Ökologischen, 4) Verteilungsfragen

Widerstand braucht Wissenschaft

Jahresabo öS 300.- (Studierende 180.-)
Einzelheft öS 145.-
Bestellungen an beigewum@iname.com oder Sonderzahl Verlag, Grosse Neug. 35 A- 1040 Wien, Fax 00431/586 807 04
Probeheft anfordern!

Neuerscheinung

Rolf Surmann
Dieter Schröder (Hg.)

Der lange Schatten der NS-Diktatur

Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung

ISBN 3-89771-801-4
208 Seiten
12,50 € / 24,80 DM

In dieser ersten umfassenden Darstellung der NS-Raubgold-Debatte aus deutscher Sicht arbeiten die Autoren die internationalen Verstrickungen heraus und verweisen auf die problematische Nachkriegspolitik der Alliierten. Einzelne Beiträge stellen zudem die Rückerstattungs- und Entschädigungspolitik für NS-Opfer in ihrem inneren Zusammenhang dar und analysieren die Eckpunkte der aktuellen Entschädigungskontroverse .

Versand gegen Vorkasse (Bar/Briefmarken). Porto übernehmen wir. Bestellung direkt bei rat c/o Schwarzmarkt - Kleiner Schäferkamp 46 20357 Hamburg – oder in jeder guten Buchhandlung

rat reihe antifaschistischer texte

Theorie und Medien

Zwischen zwei Demos habe ich nun die Aufgabe, eine Einleitung für den letzten »Weg und Ziel«-Schwerpunkt „Theorie und Medien" zu schreiben. Gerade hat Österreich eine neue Regierung bekommen. Mit der FPÖ ist eine Partei in der Regierung, deren Vorsitzender sich verbal fortwährend und ohne Distanzierung als Sympathisant des Nationalsozialismus wieder und wieder betätigt hat.

Die Wut über diesen Affront, die Angst vor dem drohenden sozialen Kahlschlag und die Ablehnung der rassistischen Migrationspolitik – letztere zwei Praktiken sind ja keinesfalls alleinig der FPÖ zuzuschreiben – haben Österreich wachgerüttelt. In der Bundeshauptstadt und den Landeshauptstädten gibt es täglich Manifestationen gegen die neue Regierung. Spontane Demonstrationszüge werden von Sympathiebekundungen aus den Fenstern der Häuser, an denen sie auf ihren stundenlangen unangemeldeten Routen vorbeikommen, begleitet.

Die Gesellschaft scheint jetzt vage zwischen rechts und links gespalten. Endlich ist europäische bürgerlich-demokratische Normalität in Österreich eingezogen. Diese neue Normalität ist großteils mit dem Politik-Gestus traditioneller linker Organisationen und Grüppchen inkompatibel. Die Megaphon-AnsagerIn mit der Revo-Rethorik und die immer gleichen Aufrufe zum Generalstreik von Parteien, die die Fünf-Mitglieder-Grenze selten überschreiten, oder dergleichen, werden nur belächelt. Wie aber wird diese Bewegung sich über sich selbst und über ihre weitere Perspektive verständigen? Auf welchen Wegen wird sie ihre Politikformen reflektieren? Diese Fragen sind vielleicht derzeit nicht so brennend wie die nach der Marschroute der nächsten Demo, sie werden sich aber stellen. Und wenn sie dann beantwortet sind, werden wir vielleicht ebenso überrascht sein wie von der Spontaneität und Dynamik der Bewegung selbst.

Dies wird die letzte Ausgabe von »Weg und Ziel« sein. In seiner langen Geschichte spielte es viele verschiedene Rollen in den linken Bewegungen in Österreich und dem intellektuellen Leben der konkreten Menschen, die diese Bewegungen letztlich immer erst in Gang brachten. Die meiste Zeit wurde es als Theorieorgan der Kommunistischen Partei Österreichs verstanden. Die Funktion eines Organs wurde letztendlich Ende der achtziger Jahre obsolet. Und so war fortan eine seiner Aufgaben, die Distanz zwischen der jeweiligen Realität, der Gesellschaftskritik und dem Theoriestand innerhalb der KPÖ nicht allzu groß werden zu lassen. Weiters sollte die Isolation der KPÖ auf diesem Gebiet, die in vorhergegangenen fünf Jahrzehnten entstanden war, zumindest in Ansätzen, überwunden werden. Schließlich entstand aber zunehmend ein eigenständiges Medium theoretischer Auseinandersetzung.

Die letzte Ausgabe einer Zeitschrift, die sich als Medium der Theoriebildung versteht, hat für die Redaktion auch die Frage nach dem Funktionieren dieses Prozesses selbst aufgeworfen. Einen Abschied, der nicht einer Kondolenz ähnelt, möchten wir mit diesen Gedanken gestalten.

Der Platz oder der Stellenwert, den Theorie im Leben linker, fortschrittlicher Menschen einnimmt, ist zweifelsfrei ein besonderer. Auch hierbei ist nicht zwischen privatem und politischem Leben zu unterscheiden. Die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Sein, die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und die Konfrontation verschiedener Anschauungen ist geradezu konstitutiv für emanzipatorische Lebensentwürfe. Medien – zumal theoretischer Natur – sind deshalb zentraler Bestandteil „linken Lebens". Zugleich sind sie auch organisierender Zusammenhang politischer Bewegungen – kollektive Organisatoren (Lenin). In den nachstehenden Beiträgen soll deshalb der Versuch unternommen werden, diesen Bildungsprozeß der Abstraktionen und die Wirkungsweise der Mittler dieses Prozesses zu beleuchten. Denn wir glauben, daß diese zu oft im Dunklen bleiben. Und wir glauben vor allem auch, daß, solange sie dort bleiben, diese Aspekte immer unterschätzt werden.

„Kritik ist die Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und ihre Wünsche", hat Karl Marx 1843 über sein Verständnis des Begriffes geschrieben. Eine schlüssigere Definition ist schwer zu finden. In diesem Diktum wird in hohem Maße das prozessuale Marxsche Verständnis von der kritischen Praxis deutlich. Daß die Beschreibung der Kritik als „Selbstverständigung" einen diskursiven Zusammenhang unterstellt, soll in den nachfolgenden Beiträgen verdeutlicht werden. Und daß dieser Zusammenhang vermittelt ist – eben medialisiert!

Lutz HOLZINGER geht in seinem Beitrag auf das Verhältnis der kommunistischen Bewegung im allgemeinen und der österreichischen kommunistischen Partei im besonderen zur Theorie ein. Nicht das erste, sondern das letzte, das eingespart werden dürfe, sei ein Mittel der theoretischen Auseinandersetzung.

Robert ZÖCHLING versucht die Möglichkeiten und Unmöglichkeit gesellschaftskritischer Projekte insgesamt zu beleuchten. Er beschließt seinen Text mit einem Hinweis auf die aktuellen Demonstrationen.

Sylvia KÖCHL-BARTU stellt in „Das höchste Glück auf Erden – Frauen in linken Organisationen" die auf die Organisation von Wissen (z.B. in linken Theorie-Zeitschriften) bezogene Machtfrage als Geschlechterfrage. Das eigene soziale Geschlecht bleibt den Nutznießern der männerbündischen Strukturen ein blinder Fleck, der ihnen die „Flucht in theoretische Spekulationen" auch dort erleichtert, wo eigentlich weniger selbstherrliche Diskursbeiträge gefragt wären.

Vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) konnten wir einen Beitrag erhalten, der anhand des Wirtschaftsjournalismus die Wirkungsweisen und die Möglichkeiten der Vermittlung skizziert.

Sabine TREUDE befaßt sich in „Autorschaft und Öffentlichkeit – eine eitle Befangenheit?" mit der nicht unüblichen Selbstüberschätzung mancher Autoren, die ihr Schreiben nicht als öffentliche Rechenschaftslegung verstehen, die sich dem Spiel von Verstehen und Mißverstehen aussetzt, sondern als Abfassen letztgültiger Urteile, gerichtet an ein im Grunde unmündiges Publikum.

Yoyo TISCHLER

Sag' zum Abschied leise Servus

Lutz HOLZINGER

Die Einstellung von »Weg und Ziel« könnte – was aber nicht der Fall ist – als Reaktion auf die Erkenntnis gelesen werden, daß die Führung der KPÖ längst den marxistischen Anspruch aufgegeben hat, eine Partei zu sein, die ihre Politik auf einer wissenschaftlichen Grundlage entwickelt.

Um die ganze Wahrheit zu sagen, ist dieser Anspruch spätestens mit der Unterordnung der Partei unter das Diktat der von Stalin disziplinierten Komintern aufgegeben und danach nie ernsthaft erneuert worden. Die Leitmotive dieser Selbstaufgabe, deren Folgen bis heute nachwirken und die vermutlich wesentlich zur Erfolglosigkeit der Partei beigetragen haben und weiter beitragen werden, waren erstens ein „felsenfestes Vertrauen" in die Leitungen und zweitens der „Glaube an die Richtigkeit der Beschlüsse" dieser Leitungen. Diese Haltung, die der Führung der KPÖ bis heute nicht fremd zu sein scheint, schloß den Irrweg ein, die Wissenschaft nicht für eine Produktivkraft, sondern ein Phänomen des Überbaus zu halten. Ergänzt durch das Primat der Politik wurden die jeweils höchsten Führungsgremien der Kommunistischen Parteien als im Grunde in jeder Hinsicht unfehlbare Instanzen ausgegeben.

Funktion als Feigenblatt

Im Grunde hat sich damit jede eigenständige gesellschaftswissenschaftliche Anstrengung zur Aneignung der Wirklichkeit erübrigt. Zeitschriften vom Zuschnitt von »Weg und Ziel« hatten als Theorieorgane – vielleicht von der schwierigen Periode der Neuorientierung nach der Machtergreifung Hitlers abgesehen – immer schon die Funktion eines Feigenblatts, das verdecken sollte, daß die Parteiführungen zumeist nicht von der originellen Handhabung der marxistischen Theorie inspiriert waren, sondern sich mit einer Hilfsfunktion bei der Durchsetzung sowjetischer Machtinteressen begnügten. Da auch diese Orientierung mittlerweile abhanden gekommen ist, begnügen sich die Nachfolgeparteien – unabhängig davon, ob sie ihre Bezeichnung gewechselt haben oder nicht – damit, traditionell sozialdemokratische Positionen einzunehmen, die von den Sozialdemokraten auf ihrem Weg in die politische Mitte geräumt worden sind.

Den Protagonisten ernsthafter wissenschaftlicher Anstrengungen ist es in den Kommunistischen Parteien fast ausnahmslos so gegangen wie dem Hasen im Märchen mit dem Igel. Gleichgültig, welche Erkenntnisse die marxistische Analyse zu Tage förderte, die politische Leitung wußte es auf jeden Fall besser. Bemerkenswert waren die entsprechenden Irrungen und Wirrungen auf diesem Gebiet in der DDR: Nach den Vorworten, die in gesellschaftswissenschaftlichen Publikationen quasi als unerläßliche Pflicht dem jeweiligen Text vorangestellt wurden, fungierten der jeweilige Generalsekretär und das Zentralkomitee der SED als eigentlicher Hort der Weisheit. Neue Erkenntnisse auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet konnten nur publiziert werden, wenn sie in den üblichen Erklärungszusammenhang der Partei eingebaut und als Lesarten der vorherrschenden Stereotypen deklariert wurden.

Theoretische Arbeit und wissenschaftliche Publizistik wurden nicht als eigenständige Aktivitäten zur Aneignung der gesellschaftlichen Wirklichkeit anerkannt. Ihre Funktion erschöpfte sich darin, Rechtfertigungen für die Politik der Partei und ihrer obersten Führung zu liefern. Diese Linie hatte im Rahmen der Machterhaltung in den Staaten des „realen Sozialismus" eine gewisse Existenzberechtigung. Sie wird jedoch gänzlich absurd, wenn sie von Parteien angewandt wird, die zwar eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstreben, aber keine Ahnung davon haben, wie dieses Ziel konkret aussehen soll und auf welchem Weg es zu erreichen ist. Die KPÖ befindet sich in einer fatalen Lage: Als ob die 11. These über Feuerbach noch nicht formuliert worden wäre, gibt sie sich der Illusion hin, daß es ausreicht, die herrschenden Verhältnisse zu interpretieren, statt es darauf anzulegen, sie zu verändern.

»Weg und Ziel« hat – aufgrund der angeführten Fakten – in der jahrzehntelangen Geschichte der Zeitschrift nur in Ausnahmefällen die Funktion eines theoretischen Organs voll erfüllt. Das traf etwa auf Alfred Klahrs theoretische Fundierung der nationalen Eigenständigkeit Österreichs zu. Dieser vielleicht geringe theoretische „Mehrwert" der Zeitschrift erscheint aber nicht als ausreichender Grund für ihre Einstellung. In einer Zeit der Sprachlosigkeit, die durch die Implosion des „realen Sozialismus" verursacht wurde, ist es Julius Mende immerhin gelungen, einen Kreis von eher jungen und eher außerhalb der Partei angesiedelten SozialwissenschaftlerInnen für die Mitarbeit an der Zeitschrift zu interessieren und überdies sogar GenossInnen zur Teilnahme an der Redaktionsarbeit zu gewinnen. Dieser harte Kern ließ sich in seinem Engagement, das natürlich noch wesentlich massiver und solidarischer hätte sein können, auch nicht beirren, als rund drei Monate vor dem Einstellungsbeschluß etwa ein Viertel des bereits früher wiederholt gekürzten Budgets eingespart werden mußte.

In der jüngsten Einsparungsrunde der KPÖ hat wieder einmal der Apparat die Oberhand behalten. Es handelt sich dabei um die Gesamtheit der Freigestellten, die unter der Führung der natürlich ebenfalls hauptamtlichen Parteispitze steht und in allen entscheidenden Leitungsgremien wenn nicht nominell, so doch de facto über satte Mehrheiten verfügt. Zwar ist die Zahl der Freigestellten im letzten Jahrzehnt ebenfalls weggeschmolzen wie der Schnee in der Frühlingssonne. Die Verteilung der Mittel in der KPÖ wird aber weiterhin von dem – menschlich durchwegs verständlichen – Interesse der Hauptamtlichen geprägt, ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Der Versuch, objektive Anforderungen an die Funktionsfähigkeit der Partei zu artikulieren und die Verteilung der Mittel daran zu orientieren, wurde bisher leider nicht unternommen. Laut »Argument« lagen auch bei diesem Einsparungsschub dem Bundesvorstand keine Alternativen zur Abstimmung vor: Zu bestätigen war lediglich der im Voraus festgelegte Kurs der inneren Führung bzw. des Arbeitsausschusses.

Primat der Politik ungebrochen

Der Primat der Politik – will sagen der mehr oder weniger ausgeprägte Subjektivismus der politischen FunktionärInnen – ist als Entscheidungs- ▶

Restöffentlichkeiten

Was bleibt, ist Kritik

Robert ZÖCHLING

Mit dem letzten Erscheinen dieser Zeitschrift als selbständigem Produkt geht ein weiteres zentrales Alternativmedium, eine weitere linke, gesellschaftskritische Zeitschrift verloren. Mittlerweile schon traditionsgemäß wären in einem Beitrag zu solchem Anlaß die in den vergangenen zehn Jahren eingestellten Zeitschriften zu würdigen und der Verlust kritischer Öffentlichkeiten, von Öffentlichkeiten überhaupt, zu beklagen. Es wäre schließlich von der Unmöglichkeit linker Projekte zu reden und endlich wäre der Artikel mit diesem Vorspann auch schon fertig.

Die Frage nach der Möglichkeit und Unmöglichkeit gesellschaftskritischer Projekte verlangt aber nach Ausdehnung. Es handelt sich nicht nur um die Frage der ökonomischen Aufrechterhaltung, sondern darüber hinaus um die Frage nach den gesellschaftlichen Aufgaben, die solche Projekte noch haben können. Das schon gewohnte Desinteresse und längst erwachte negative Interesse von Staat und Politik an kritischen Öffentlichkeiten verweist ja bloß auf die Frage: Worauf, außer auf sich selbst und auf einander, können sich solche Medien und Projekte noch beziehen?

Sie können sich offensichtlich immer weniger auf den Staat, die Politik oder die – übrigen – Medien beziehen. Der Staat tut seit Jahren nichts anderes, als sich von seinen positiven, soziale und kulturelle Infrastruktur erhaltenden und ausbauenden Funktionen abzumelden. Das ist offensichtlich im Großen und Ganzen nicht der besonderen Unfähigkeit der PolitikerInnen zuzuschreiben, sondern der allgemeinen Unmöglichkeit von Politik, sich der besonderen destruktiven, krisenhaften Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft zu entziehen. Die lächerliche aber wenig lachhafte Unmöglichkeit, nennenswerte Unterschiede zwischen dem Programm der nicht mehr zustandegekommenen Regierung von Sozialdemokraten und Christdemokraten und der Regierung, mit der Österreich zum aktuellen Schurkenstaat der Staatengemeinschaft wurde, festzustellen, belegt das einigermaßen erschöpfend. Was aus grüner Politik an der Regierung wird, haben wir in Österreich noch nicht erlebt – in Deutschland schon, und das bietet keinen Anlaß, auf die Möglichkeit einer „anderen", vom Extremismus der Mitte allzu weit entfernten, Politik zu hoffen.

Lebende Tote

Die Medien sind das Blätter- und Ätherrauschen, das die untote, verwesende aber nicht verschwinden könnende Politik begleitet. Als gespenstische Wiedergänger dessen, was man einige Zeit lang als „vierte Gewalt im Staat" bezeichnet hatte, treiben sie ihr Zeichenwesen, das jeden Bezug auf eine Realität außerhalb seiner selbst vernichtet und jeden gedanklichen Zusammenhang tötet. Gesellschaftskritik kann heute genau dort ansetzen, wo Medienunternehmen am Werk sind: Bei der Reproduktion der schieren, jeden Sinns und jeder Zwecksetzung enthobenen Warenform. Die Notwendigkeit, in immer rascherer Folge neue Waren auf den Markt zu werfen, um die Akkumulation in Gang zu halten, führt unter anderem zu folgendem Problem: Es wird immer schwieriger, im geforderten Tempo handhaft-konkret, deutlich erkennbar und entscheidend Neues zu entwickeln. Die *Distinktion* der Gebrauchswerte ähnlicher Waren, die sich zu gleicher Zeit unter vielen Markenbezeichnungen und in vielen Ausführungen am Markt befinden, wird schwieriger. Die *Distinktion* einander ablösender Waren-Generationen sehr ähnlichen Gebrauchswerts wird ebenso schwieriger. Gesamtgesellschaftlich wird eine Ausdehnung des *konkreten* Reichtums auch bei immer weiterer Ausdehnung des *abstrakten* Reichtums immer schwieriger erkennbar. Vielfältig sind die Methoden der Hersteller und Werbeagenturen, etwa „Markentreue" durch „Beschwörung" (Achten Sie auf die Marke!) oder durch „Zwangsbeglückung" (scheinbar mutwillige Inkompatibilitäten bei PC-Software etc.) herzustellen – dem gegenüber steht etwa die um sich greifende „Schnäppchenjagd" oder die offene Konsumrenitenz (etwa für Microsoft-frustrierte PC-BesitzerInnen: Tortenwerfen und Linux installieren). Eine wertkritische Annäherung ermöglicht besser als jede von vornherein aufs symbolische Geschehen fixierte Theorie das Verstehen des „Abhebens" der gesellschaftlichen Produktion und überhaupt der gesellschaftlichen Befassung in allen Bereichen ins Symbolische, Diverse und schwierig zu Fassende.

Die notwendige Abstraktion vom Gebrauchswert ist heute so weit vorangetrieben, daß die unübersehbare Warenvielfalt die KonsumentInnen zu überfordern und vollends zu frustrieren drohte, gelänge es nicht, ihr Konsuminteresse an die Warenform als solche zu heften: also an das verselbständigte Spiel der Marken und Images, der Star-Waren und des Waren-Fantums. Das ist heute die Aufgabe der Werbung und der Medien: der Werbung als zuständiger Branche für die Kommunikation der Verselbständigung der Warenform und

---

▶ grundlage in der KPÖ ungebrochen.

Die politische Arbeit ist jedoch nur eine – möglicherweise höchst unzuverlässige – Form der Wirklichkeitsaneignung. Daher gehörte es nicht zufällig zum gesicherten marxistischen Wissensstand, der Wirklichkeitsaneignung durch theoretische Arbeit ebenso wie durch journalistische Praxis einen mindestens ebenso hohen Stellenwert wie der Politik einzuräumen.

Vermutlich ist die Frage naiv: Beabsichtigt die KPÖ langsam aber sicher ihre Rücklagen aufzuzehren, ohne sich darum zu scheren, was heute und jetzt passieren müßte, um die seit Jahrzehnten sich vertiefende, unerträgliche und von den jeweiligen politischen Führungen mit Eselsgeduld ertragene Bedeutungslosigkeit der KPÖ zu bekämpfen? Die Bereitschaft der Parteiführung, vor allem bei der Finanzierung von Theoriebildung und Publizistik einzusparen, legt den Schluß nahe, daß diese Frage mit ja zu beantworten ist. ■

Lutz HOLZINGER ist Germanist.

der Medien in ihrer doppelten Funktion als Träger dieser Werbung und als Waren, die von ihrem eigenen Gebrauchswert absehen und sich distanzieren müssen, um als Waren bestehen zu können, deren einziger Gebrauchswert weiterhin darin besteht, Werbeträger zu sein – nicht bloß durch die Schaltung von Inseraten, sondern durch ihre durchgängige, fortgeschrittene warenförmige Gestaltung, bei der auch im „redaktionellen Teil" der Gebrauchswert (also so etwas wie Sinn und Bedeutung von Texten und Bildern oder überhaupt ein Bezug auf eine Wirklichkeit außerhalb ihrer selbst) ausgeschaltet ist zugunsten eines mit zunehmender Ausschließlichkeit auf nichts anderes als auf sich selbst bezogenen Spiels mit Texten und Bildern (das mit Schlagwörtern wie „Infotainment" bloß harmlos eingeleitet wurde und inzwischen weit darüber hinaus ist). Das ist das zugleich einfache und schwer verständliche Geheimnis der „Verkommenheit", „Verblödelung", „Sinnentleerung" usw. der Zeitungen und Magazine. Ein Hinweis: Falls man an der zunehmenden Abwesenheit eines Bezugs des verselbständigten Zeichengewimmels auf eine Realität außerhalb seiner selbst zweifelt (schließlich wird ja in den Zeitungen und Fernsehnachrichten immer noch *über* etwas berichtet), prüfe man, inwieweit da nicht bloß Bezüge auf andere, ziemlich verselbständigte Zeichengewimmel vorliegen (bei Sportberichten ist's sehr einfach, bei Politik ist's auch nicht allzu schwierig und bei Kulturberichten ist's auch wieder ziemlich einfach). Das eigentliche Problem ist ja gerade, daß das Warenförmig-Symbolische, nach Debord das Spektakuläre, bereits so flächendeckend die Realität übernommen hat, daß sich die Unterscheidung kaum noch treffen läßt – darin liegt ja seine integrierende Macht. Will man stattdessen über – sagen wir einmal – das Leben sprechen, dann ist das unter diesen Umständen bereits ein Akt praktischer Kritik, die sich mit den Verhältnissen anlegt.

Wovor wir also stehen, ist eine gewaltige Ansammlung von „Werterscheinungen (...), die die um allen Inhalt gebrachte, entleerte oder vielmehr verdinglichte Form ihrer selbst, nicht zwar und beileibe nicht Muster ohne Wert, wohl aber und leibhaftig Werte ohne Brauchbarkeit sind". (Ulrich Enderwitz: Totale Reklame – Von der Marktgesellschaft zur Kommunikationsgesellschaft, Berlin 1986, S. 71)

Bliebe die Verwertung des Werts, der Kapitalismus oder die Gesellschaft des Spektakels an dieser Stelle stehen, dann wäre auf kurz oder lang das Auseinanderbrechen des Produktions-Konsumtionszusammenhangs, der durch den Widerspruch einer alle konkreten Bedürfnisse um des Werts Willen notwendig negierenden und desavouierenden Produktion, die zur Realisierung jenes Werts auf die Herstellbarkeit und dauernde Reanimierbarkeit von Bedürfnissen angewiesen ist, durchaus wahrscheinlich – und zwar nicht wegen etwelcher konsumkritischer, politischer Aktivitäten, sondern wegen immanenter Selbstzerstörungstendenz.

Jedoch: „(...) wie alle bloß logischen Widersprüche theoretisch-systematischer Totalität zeichnet er sich durch praktisch-empirische Lösbarkeit aus". (Ebd. S. 75)

Was wir aktuell erleben und was eigentlich noch viel beunruhigender ist als finale Krisenszenarien, ist die Bemühung um diese praktisch-empirische Lösung. In ziemlicher Zuspitzung läßt sich die These wagen, es handle sich letzten Endes darum, den im Zuge der Durchsetzung der Wertproduktion „abgespaltenen", als Besonderheit „gesetzten" Gebrauchswert wieder in die durchgesetzte Allgemeinheit des Werts zu integrieren, bzw. im Wert aufgehen zu lassen: Noch einmal variiert, handelte es sich um die „Aufhebung" des Gebrauchswerts durch den Wert. Es handelt sich darum, den Wert nicht durch die „Besonderheit" des Gebrauchswerts realisieren zu müssen, sondern durch die Werterscheinung als solche, die gegen die Frage nach so etwas wie Gebrauchswertaspekten immunisiert ist, sodaß der Wert zu seiner Realisierung nicht mehr bedarf, als das schiere Vorhandensein der Werterscheinung. Dies eben gelingt, wie es scheint, bislang recht gut und setzt voraus eine ausreichend große Masse und Vielfalt an Werterscheinungen, die auf möglichst vielfältige Weise aufeinander verweisen, einander bestärken, einander unwiderstehlich machen, einander in ihrem Gesamtzusammenhang als den einzig noch gesellschaftlich verbindlichen Zusammenhang konstituieren – und zwar *durch* systemisch-zwanglose *Ruinierung* aller anderen gesellschaftlichen Zusammenhänge, etwa auf gesellschaftlich verbindlich begründbare, verhandelbare Bedürfnisse bezogene Zusammenhänge von politischer Öffentlichkeit: „Zwar haben die Konsumenten das gute Recht, die angebotene Warensorte wegen ihrer offensichtlichen Nutzlosigkeit, ihres in die Länge und Breite des ganzen Warensortiments erklärten Mangels an Gebrauchsgegenständlichkeit abzulehnen; aber was sie damit zugleich ablehnen (...) ist die communio bonorum, die das Warensortiment als ganzes darstellt, die Synthesisfunktion, die der Warenzusammenhang als solcher wahrnimmt, das Gemeinschaft bildende Medium, zu dem sich die Werterscheinungstotalität selbst herausgebildet hat. Disqualifizieren parte pro toto die Konsumenten den Warenzusammenhang als zu keiner bestimmten Bedürfnisbefriedigung tauglich, so berauben sie sich damit eben dessen, was ihnen mittlerweile ihr allgemeinstes Bedürfnis, das nach Gesellschaft und Öffentlichkeit, zu befriedigen bevollmächtigt ist, d.h. sie bezahlen die Disqualifikation der Waren mit ihrer eigenen Exkommunikation, die Verbannung der Werterscheinungen aus der Klasse der nützlichen Dinge mit ihrem persönlichen Ausschluß aus der Sphäre gesellschaftlicher Wesen (...)." (Ebd. S. 133)

Weitere Zombies

Politik ist dem entsprechend die Kunst des Möglichen, das nichts Bestimmtes mehr verheißen muß, sondern bloß die Ermöglichung weiterer, unbestimmter Möglichkeiten – das aber mit Bestimmtheit immer schneller und effizienter. Diejenigen, deren Leben währenddessen immer unmöglicher wird, haben eben die ermöglichten Möglichkeiten nicht wahrgenommen und müssen selbst einsehen, daß sie sich damit unmöglich gemacht haben. Darum spielt es für die untote Politik auch keine allzu große Rolle, ob sie noch *reale* Mittel und Möglichkeiten zur rechtlichen, sozialen, kulturellen Gestaltung hat. Aufs Symbolische reduziert, kann auch sie ihr zombiehaftes Dasein fristen, ohne nach ihrer Fähigkeit, irgendwelche menschliche Möglichkeiten zu erweitern oder zu verbessern, ernsthaft befragt zu werden. Das gilt im „Guten" wie im „Bösen": Fragwürdig ist der *Realismus* „linker" und „grüner" Real-Politik des Beharrens auf sozialen, kulturellen, ökologischen etc. Reformen, als hätten sich die gesellschaftlichen Grundlagen, die realen Dispositionsmöglichkeiten und möglichen Interessen von Staaten und überstaatlichen Institutionen seit den siebziger Jahren nicht verändert. Fragwürdig ist aber auch, wie die „neue Rechte" die beiden Enden ihrer programmatischen Ansagen, Krisengewinner und Krisenverlierer in einer Volksgemeinschaft zu vereinen, unter der Voraussetzung der Aussichtslosigkeit einer „expansiven" Politik zusammenbringen kann. Ein „implosiver" Faschismus im Gegensatz zum „explosiven" der dreißiger Jahre ist zwar um nichts weniger zu fürchten – aber welche *realen* Verheißungen hält er auch nur für seine „VolksgenossInnen" bereit? Diese Fra-

gen müssen hier angedeutet bleiben – sie wurden auch in dieser verdienstvollen Zeitschrift bereits ausführlicher erörtert und bleiben in anderen, verdienstvollen Zeitschriften weiter zu erörtern. Im Hinblick auf unsere kritischen Öffentlichkeiten ist aber eine vorweg entscheidende Frage: Wer läßt sich diese Fragen überhaupt stellen? Anders gefragt: Wer läßt sich auf eine Erörterung eines solchen *Realitäts*bezugs der Politik überhaupt noch ein? „Die Politik" eher nicht, „die Medien" erst recht nicht. Und das auf „die Politik" und „die Medien" fixierte Publikum?

Fundis sind Realos

Je offenkundiger positive, konstruktive Interventionsversuche in „die Politik" ins Leere gehen und je unerträglicher dieweil das Leben in dieser Gesellschaft wird, umso deutlicher wird als verbleibende, *realistische* Befassung mit diesem destruktiven Selbstläufer von Gesellschaft die Kritik an seinen Fundamenten. Statt von einem ariden Feld (der „Zivilgesellschaft" etwa) ins andere („der Politik") zu intervenieren, radikalisiere ich mich doch lieber und sage, worum es mir eigentlich geht: Um das Gegenteil einer Gesellschaft, die alle menschlichen Wünschbarkeiten, Bedürfnisse, Beziehungen, letztlich Lebensmöglichkeiten negiert. Die Möglichkeit zu solcher Radikalisierung der Kritik bietet sich überall, wo die Intentionen handelnder Subjekte an den Zumutungen dieser Gesellschaft verunglücken. Viele Aktivitäten, die sich heute noch als „zivilgesellschaftliche" Komplemente des Staats verstehen, nach Institutionalisierung an einem gesellschaftlich zugewiesenen Ort und nach staatlicher oder „zivilgesellschaftlicher" Remuneration trachten, verunglücken schon heute an diesen Einordnungsversuchen. Was in Österreich gerade Regierung geworden ist, steht rückwärts betrachtet in Kontinuität zur vormaligen Regierung und vorwärts betrachtet zu dem, was in ganz Europa noch zu erwarten ist. Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und sozialer Fortschritt werden wohl auch weiterhin Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und sozialer Fortschritt heißen. Ändern wird sich nur das Leben unter ihnen – für die, denen eines gelassen wird.

„Zivilgesellschaft" oder auch ein „Dritter Sektor" kann nicht als ein von „Markt" und „Staat" relativ unabhängiger „Raum" betrachtet werden, in den man sich begeben könnte, um von dort aus jene gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, die von „Markt" und „Staat" deshalb nicht befriedigt werden, *weil* sie als gesellschaftliche Bedürfnisse *negiert* werden. Statt solcher „Räume" gibt es etwa folgenden Zusammenhang: Personen und Gruppen sind eigensinnig genug, gesellschaftliche Gebrauchswerte schaffen zu wollen, die gesellschaftlich negiert werden, mag es auch Bedürfnisse danach geben (etwa nach kritischen Texten, nach sozialer Versorgung der aus dem Verwertungsprozeß Ausgeschiedenen, nach selbstbestimmter Tätigkeit statt Arbeit etc.). Sobald sie das außerhalb eines privaten Bastelstübchens und nicht bloß zum eigenen Gebrauch, sondern „draußen in der Welt" und zum öffentlichen Gebrauch tun wollen, befinden sie sich mißlicherweise nicht in einem „Dritten Sektor", sondern im (der einschlägigen Literatur folgend) „Zweiten Sektor", der der erste ist: am Markt, auf dem auch der Staat als Nachfrager auftreten kann. Daß mit dieser Nachfrage kaum noch zu rechnen ist, damit rechnen ja mehr oder weniger alle.

Was es statt so etwas wie eines „Dritten Sektors" tatsächlich gibt, ist ein täglich wachsender Haufen entwerteter Gebrauchswerte, frustrierter Bedürfnisse, negierter gesellschaftlicher Möglichkeiten und eine unbestimmte Anzahl von Menschen, die diese Wünschbarkeiten ihrer gesellschaftlichen Entwertung und aktuellen Unmöglichkeit zum Trotz aufrechterhalten, hochhalten, vorantragen, jedenfalls eigensinnigerweise an ihnen festhalten. Sofern und so lange es noch oder wieder Menschen gibt, die diesem Trümmerhaufen kapitalistischer Vergesellschaftung zu Geltung und Leben, Bestand und Zukunft verhelfen wollen, gibt es zwar keine in dieser Gesellschaft zugewiesenen Orte, an die wir uns begeben oder auf die wir uns beziehen könnten, aber doch Haltungen und Verhaltensweisen, zu denen wir uns verstehen und auf die wir uns beziehen können.

Als prekäre und widersprüchliche Akte praktischer Kritik sind unsere Vorhaben darauf angewiesen, in den gegebenen Verhältnissen, also „am Markt", stattfinden zu können und sie zugleich in möglichst vielen bzw. für zentral gehaltenen Aspekten zu kritisieren und sich ihnen zu widersetzen. Auf das Ausgangsthema „kritische Öffentlichkeiten" bezogen, handelt es sich etwa um die Bemühung, Medien gegen „die Medien" zu schaffen. Die einzigen HoffnungsträgerInnen eines solchen, kritischen Projektes sind LeserInnen, HörerInnen und UserInnen, die so etwas kaufen und unterstützen, ohne sich dabei als KonsumentInnen zu betrachten oder zu *wollen*. Die strategisch entscheidende Frage wird sein, wie es uns gelingt, in Arbeit und Konsum verstrickte Mitmenschen für solch fundamentalkritische, sich dem Waren-Format so weit wie möglich entziehende und inhaltlich an dieser Gesellschaft kaum ein gutes Haar lassende Befassung zu interessieren. Die ersten, die sich für entscheidende, reale gesellschaftliche Veränderungen interessieren lassen, werden wohl eher die KonsumentInnen sein, die zu profunder Frustration noch fähig sind und sich nicht mit einem „besseren", „differenzierteren" Konsumbewußtsein beruhigen lassen. Oder auch die „unglücklichen" oder Nicht-WählerInnen, für die die kleineren Übel auch keine Motivation zur Politik mehr bieten. Nicht alles, was da frustriert und verunglückt ist, wird auch schon in einem wünschenswerten Sinn fortschrittlich sein. Wir selbst auch nicht: Überall dort, wo wir über diese Gesellschaft nicht hinaussehen und -denken können (also so gut wie überall), greifen wir zum Teil rückwärts gewandt auf die besten Formen zurück, die uns die zivilisierte Gesellschaft hinterlassen hat. Wie ich halbernst zu sagen pflege: Alternative Medien sind die letzten, die bürgerliche Öffentlichkeit noch herstellen und hochhalten, auch wenn sie darüber hinaus wollen müssen. Das ist nicht nur eine formale Angelegenheit, sondern sollte auch Inhalt der Befassung im Heft sein. Wenn wir mit unseren kritischen Vehikeln auch politische Effekte erzielen können, sollten wir auch das nicht kategorisch von uns weisen: Je mehr menschliche Lebensmöglichkeiten diesem ruinösen Selbstläufer von Gesellschaft nicht bloß metaphorisch geopfert werden, umso notwendiger ist es, auch „dem Staat in die Arme zu fallen", wie Gerhard Oberschlick als »FORVM«-Herausgeber formulierte und tat. Wenn dieses „In-die-Arme-Fallen" *politisch* möglich ist, soll es geschehen, wenn es nur *unpolitisch* möglich ist, muß es erst recht geschehen. Bei den vielen Demonstrationen gegen die neue, aber dann doch nicht ganz so neue Regierung des „kleinen Alpenvolkes" hefte ich mir den Aufkleber „Widerstand" vorbehaltslos auf die Jacke – *darin* möchte ich mit den anderen TeilnehmerInnen jedenfalls gerne und über den aktuellen Anlaß hinaus verbunden sein. ■

Robert ZÖCHLING ist geschäftsführender Redakteur von »Context XXI«, Obmann der Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften (VAZ) und Unternehmer (Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste).

„Das höchste Glück auf Erden – Frauen in linken Organisationen“*

Sylvia KÖCHL-BARTU

Die Einstellung einer linken Theorie-Zeitschrift wird in der kargen publizistischen Landschaft Österreichs eine weitere kahle Stelle hinterlassen, die schlimmstenfalls veröden und bestenfalls von neuem bewachsen werden wird. Wem wird das überhaupt auffallen? Eine Zeitschrift, die von sich behauptet, gleichzeitig den Weg weisen und das Ziel definieren zu können, dabei aber notorisch ganze Theoriestränge und Diskurse ignoriert, wird wahrscheinlich nur von denen vermißt werden, die schon bisher selbstverliebt genug waren, diese Zeitschrift zu machen.

Erster Redakteur: *Schon wieder diese Feministinnen mit ihrem Lamento.*
Zweiter Redakteur: *Was genau meinst du jetzt mit dem Begriff des Lamento?*
Erster Redakteur: *Nun ja, etymologisch betrachtet ...*
Redaktionssekretärin: *Ich habe das jetzt getippt. Soll ich den Autor wegen eurer Korrekturen anrufen?*

Kosmetische Einschlüsse

Wissensorganisation ist eine Frage von Macht, wo immer gewisse Ein- und Ausschlüsse stattfinden. Es kann nur darum gehen, sich dieser Tatsache bewußt zu sein. Eigentlich müßten wir auch längst dort sein, wo wir uns immer, wenn wir sprechen oder schreiben, unserer Klasse, unseres Geschlechts und unserer Herkunft bewußt sind. Uns auch bewußt sind, welche Position wir als SprecherInnen einnehmen, wenn wir Wissen organisieren und Informationen weitergeben. Nur dann können wir zumindest für uns entscheiden, welches Wissen und welche Informationen relevant sind.

Zumeist jedoch wird Wissensorganisation strategisch betrieben. Das heißt, die Relevanz von Inhalten wird nicht an ihrem Gebrauchswert für Menschen gemessen, sondern daran, was mit diesen Inhalten in einem hegemonialen Kampf, den die SprecherInnen imaginieren, erreicht werden kann. Nur, das ist reine Theorie, die in abgekapselten Köpfen und an unzugänglichen Orten stattfindet. Das Publizieren solcher Inhalte kann darüber nicht hinwegtäuschen, denn damit wird nur scheinbar an eine mündige Öffentlichkeit herangetreten. Die LeserInnen werden sehr wohl mitgedacht, um sie in ein hegemoniales Konzept einbauen zu können. Manipulation? Selbstüberschätzung? Politik?

Theorie hat keinen Sinn an sich und entsteht nicht im luftleeren Raum. Männliche Theorie und Theoriepraxis zum Beispiel wird von Männern gemacht, die es nur nicht nötig haben, sich ihrer Männlichkeit bewußt zu sein, da sie sich in eine lange und starke Tradition setzen können. Heutzutage behelfen sie sich – falls linksgerichtet – damit, Frauen schreiben, wenn schon nicht sprechen zu lassen. Kosmetik.

Erster Redakteur: *Laß uns die kommende Ausgabe ein bißchen aufpeppen. Wir könnten irgendwen neuen irgendwas schreiben lassen.*
Zweiter Redakteur: *Irgendwen, irgendwas! Das muß schon ins Konzept passen!*
Dritter Redakteur: *Bei unserer letzten Veranstaltung habe ich einen jungen Mann bemerkt, der unserer Diskussion nachher beim Bier fasziniert gelauscht hat. Ich glaube, ich kenne ihn vom Philosophiestudium. Ein neuer Adept, dachte ich, wie köstlich!*
Zweiter Redakteur: *Wird er das schreiben, was man ihm sagt? Ich meine natürlich, würde er einen Auftrag für einen Artikel annehmen?*
Redaktionssekretärin: *Entschuldigt die Störung, aber es hat gerade die Redakteurin einer feministischen Theoriezeitschrift angerufen und einen Artikel über Antisemitismus angeboten. Was soll ich ihr sagen?*
Erster Redakteur: *Das Thema decken wir eigentlich selbst ab.*
Dritter Redakteur: *Frag sie doch, ob sie nicht zum Beispiel was über jüdische Frauen schreiben kann. Oder noch besser: Über feministische jüdische Frauen ...*

Männerbündische Strukturen

Eine linke Theoriezeitschrift, wo die Männer zuhause sind wie die Fische im Wasser. Ein männerbündisches Projekt? Sich männerbündisch zu organisieren bedeutet nicht unbedingt, daß mann Frauen ausschließt (es gibt nicht nur formale, sondern auch nicht formale Männerbünde). Es bedeutet aber, daß der Informations- und Wissensfluß nur in männlichen Kanälen verläuft, daß mann sich an anderen Männern, ihren Texten und Thesen orientiert, daß mann seine Männlichkeit nicht thematisiert, sondern verallgemeinert. Eine männerbündisch organisierte Zeitschrift nimmt durchaus ab und zu oder sogar regelmäßig Texte von Feministinnen auf. Diese werden aber im Gegensatz zu den Texten männlicher Kollegen nicht dadurch geadelt, indem auf sie Bezug genommen wird oder indem sie diskutiert werden. Sie füllen nur unausgesprochen eine Quote auf. Denn auf die Anerkennung durch Feministinnen können linke männerbündische Projekte doch nicht mehr ganz verzichten. Feministische Kritik und Theorie in ihre Konzepte und Überlegungen aufzunehmen, würde allerdings zu weit führen. Deshalb drängt sich der Verdacht auf, daß mann in diesen Kreisen ständig auf der Suche nach neuen Hauptwidersprüchen ist, um die These von der Gleichberechtigung der Frauen als Nebenwiderspruch aufrechterhalten zu können. Diese These hat für linke Männer ihre Wichtigkeit nicht verloren, auch wenn nicht mehr in der Kategorie der proletarischen Revolution gedacht wird.

---

* Titel eines Buches mit Beiträgen von Frauen in Arbeiter- und Studentenbewegungen in Europa, hrsg. von Ulla Jelpke, Hamburg 1981.
«Weg und Ziel« ist in diesem Zusammenhang durchaus als Organisation zu bezeichnen, in dem Sinn, daß hier Wissen und Informationen organisiert wurden.

„Die Schädlichkeit der Geschlechterrollen" (A. Meulenbelt) auf beiden Seiten und nicht nur auf einer zu erkennen, ist ein großes Konzept, das auch persönliche Konsequenzen hat. Viele Feministinnen haben sich von der Identitätspolitik, die auf Geschlecht und Sexualität beruht, verabschiedet. Die meisten Männer sind noch nicht so weit, gerade weil sie sich ihrer Männlichkeit nicht bewußt sind. (Der Umkehrschluß, sie wären deshalb für Identitätspolitik gar nicht erst anfällig, gelingt nicht, weil Männer sich vor allem der Macht, die ihr Geschlecht umgibt, sehr wohl bewußt sind. Ein Teil der linken Männer hat sich in den letzten Jahren auf die Suche nach einem neuen Konzept von Männlichkeit gemacht; das sind jedoch meist ausgerechnet Versuche der „Identitätsfindung", die das Machtproblem ausblenden.) Es ist deshalb nur schwer möglich, mit ihnen jene feministischen Theorien zu diskutieren, die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Sexismus sowie Männlichkeit(skonstruktionen) und Rassismus herstellen, Theorien, die immer wichtiger werden.

Foto: Ulli Fuchs, Berlin, DDR, 1989

Es wird wohl (hoffentlich) so sein, daß linke Männer heutzutage Frauen nicht mehr wegen ihres Geschlechts (sex) und seiner Zuschreibungen ablehnen. Es könnte aber sein, daß sie Frauen zunehmend wegen ihres sozialen Geschlechts (gender) ablehnen, ihnen ihren potentiellen Opferstatus im patriarchalen System vorwerfen und mißtrauisch das mögliche Resultat eines weiblichen Emanzipationsprozesses beäugen: den Feminismus. Als das Ende der Ideologien ausgerufen wurde, war der Feminismus die Ausnahme. War das etwa beängstigend für die Anhänger totgesagter Ideologien? Umsonst. Der Feminismus ist keine Ideologie.

Auch Männer haben ein soziales Geschlecht. Das ist zwar inzwischen schon eine Binsenweisheit, in der politischen Praxis aber jederzeit eine Wiederholung wert. Also: Auch Männer leiden unter ihrer ansozialisierten patriarchalen Männlichkeit. Sie finden in den patriarchalen Strukturen jedoch so viele Möglichkeiten vor, dieses Leid zu minimieren, daß sie nie so weit gehen, diese Strukturen selbst anzugreifen. Zu diesen Strukturen gehört auch die Arbeitsteilung in Wissenschaft und Wissensorganisation: den Frauen die feministische Wissenschaft, den Männern der ganze Rest samt den Jahrhunderten voller Vordenker.

Strategische Eitelkeiten

Aber noch einmal zurück zur Strategie. Was ist denn so verwerflich an strategischer Theorie, an hegemonialen Konzepten? Ist es nicht notwendiger denn je, den Kampf um die Definitionsmacht zu führen? Ein schönes Beispiel betrifft die Frage, wie die FPÖ, Haider und deren WählerInnen zu bewerten sind. Sind es FaschistInnen, Nazis, Neonazis, Rechtsextreme, Rechtsradikale, RassistInnen, Neurechte? Welche Bedrohung geht von ihnen aus und wen wird es treffen? Hier ist strategische Theorie höchst angebracht. Nun scheint es jedoch eine Tendenz zu geben, sich weniger in analytischem Denken, denn im Kreieren neuer Begriffe zu üben. Wirklich geil wäre es doch, würde mann einen Begriff für das Ganze finden, der dann Eingang in allgemeine Diskurse findet. Tja, da hat jemand bereits einen Volltreffer gelandet. Die „Haiderei" nennen wir das jetzt – nicht nur in Texten, das Wort wurde durchaus auch schon woanders gehört. Einen neuen Begriff zu erschaffen, betört durch ein wohliges Gefühl der Macht. So ähnlich müssen sich Marx und Engels in einer Tour gefühlt haben. Die Kreation des Begriffs der „Haiderei" entspringt aber weniger dem Bestreben, einer genaueren Analyse Vorschub zu leisten, die zu Gegenstrategien führen könnte, als vielmehr literarischer Eitelkeit. Was bezeichnet denn die „Haiderei"? Eine „Spielerei" mit dem „Cocktail" der „Beliebigkeiten" „postmoderner" „Inszenierungen", eine politische „Simulation". Was ist die Strategie? Die „Entlarvung" der „Haiderei" als „Spielerei" usw. Mir scheint, gespielt wird eher anderswo ...

Worum geht es denn bei den Versuchen, das „Phänomen" Haider in Wertkritik und marxistischer Theorie unterzubringen, einzubauen oder gar abzuleiten? Um die Selbstbestätigung und Eitelkeit nicht näher genannter, aber vermutlich männlicher, weißer Subjekte, deren Bewußtlosigkeit eben ihrer Männlichkeit und Weißheit gegenüber eine völlige Ignoranz gegenüber den Opfern des enormen Rechtsrucks gestattet, eine Ignoranz, die sich jedenfalls in ihren Texten feststellen läßt (was sie außerhalb ihrer Schreibstuben tun oder nicht tun, will ich natürlich nicht unterstellen).

Haider, die FPÖ und ihre WählerInnen sind RassistInnen. Sie sind zwar nicht die einzigen im Land und nicht einmal die einzigen, die mit Rassismus Politik machen, aber wer eine rassistische Politik will, wählt sicherheitshalber die FPÖ. Rund eine Million WählerInnen wollen aber noch in anderer Hinsicht sicher gehen. Sie wollen nicht nur ihren rassistischen Gedanken, Worten und Taten freien Lauf lassen können, sie wollen vielmehr wieder (!) unter sich sein. Sie haben nicht nur der Losung „Stop dem Asylmißbrauch" zugestimmt, sondern auch der Losung „Stop der

Foto: Udo Hesse, Berlin-Mitte, 1982

Überfremdung", die ohne große Anstrengung als eindeutig antisemitisch erkannt werden kann und die eine neue Volksgemeinschaft herbeiwünscht. Nun stehen sie vor der Erfüllung ihrer Wünsche. Die Regierungserklärung von FPÖ und ÖVP beinhaltet unter anderem das Ziel, die „klischeehaften" Unterschiede zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen als solche zu entlarven. Das Arbeits- und das Wirtschaftsressort sind auf ministerieller Ebene bereits zusammengelegt. Grünen-Chef van der Bellen hat sich einen Bonus geholt, als er dazu bemerkte: „Vor 60 Jahren wurde das Volksgemeinschaft genannt, und Ihnen wird schon noch eine neue Bezeichnung dafür einfallen." Diese neue Bezeichnung gibt es wahrscheinlich schon: die „Bürgergesellschaft".

Die FPÖ ist an der Macht. Sie beginnt, Ziele und Vorstellungen zu verwirklichen. Hier sind keine „Beliebigkeiten" zu entdecken. Hier wird auch nichts „simuliert" oder „inszeniert", hier muß nichts mehr „entlarvt" werden (ich muß mir deshalb auch den saloppen Umgang mit diesen Begriffen vorbehalten), hier wird konkrete Politik gegen Menschen gemacht, denen es völlig egal ist, wie linke Theoretiker die psychischen und metapolitischen Abgründe eines Jörg Haider und seiner „Haiderei" analysieren.

Günter Jacob hat in seinem Text in »Weg und Ziel« 5/1999 ausführlich auf die Ursachen solcher linker „Vermeidungs-Strategien" und der „Flucht in theoretische Spekulationen" hingewiesen. Er hat seinen Text allerdings vor der Regierungsbildung von FPÖ und ÖVP verfaßt, zu einem Zeitpunkt also, der es den so Angesprochenen noch erlaubte, dieser Kritik (die ja nicht zum ersten Mal formuliert wurde) weiterhin auszuweichen. Das sollte jetzt nicht mehr möglich sein. Die bisherige Haltung gegenüber Haider, der FPÖ und ihrer WählerInnen, die in den nichtssagenden Begriff von der „Haiderei" mündete, sollte überdacht werden. Wird sie aber fortgeführt, leistet sie einen Beitrag zur Normalisierung der neuen Situation – der wohl schlimmsten Vorstellung von Zukunft in diesem Land. ■

Sylvia KÖCHL-BARTU ist Politologin und freie Journalistin.

Literatur

Marilyn FRENCH, Jenseits der Macht. Frauen, Männer und Moral, Reinbek bei Hamburg 1988 (Orig. „Beyond Power. On Women, Men and Morals" New York 1985).

Gabriella HAUCH (Hg.), Geschlecht – Klasse – Ethnizität, Wien/Zürich 1993.

Eva KREISKY, Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung, in: Regina BECKER-SCHMIDT/Gudrun AXELI-KNAPP (Hg.), Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 85-124.

Anja MEULENBELT, Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Hamburg 1988 (Orig. „De ziekte bestrijden, niet de patient" Amsterdam 1986).

Gerda NEYER, Margit WIEDER-SCHWINGER, An den Frauen vorbei: Antifeminismus in den Sozialwissenschaften, in: »ÖZP« 4/87.

Susanne RIESER, Sabine STRASSER (Hg.), Innen – Außen – Zwischendrin. Perspektiven feministischer Forschung und Lehre 2000, Dokumentation der 5. Österreichischen Wissenschafterinnentagung, Information Sondernummer 1/1999.

Judith STACEY, Barrie THORNE, Feministische Paradigmenwechsel in den Wissenschaften? Die Revolution in der Soziologie fand nicht statt, in: »Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften« 6/1991.

antimilitarismus information

1/00

Sie bringen den Koffer, wir die Quittung - ami!

ami

Bioethik-Konvention in Kraft Razzia-Überfall im Berliner Mehringhof Outsourcing bei der Bundeswehr EU bekommt Interventionsarmee Montenegro: Balkan-Krieg Nr. 5? Filz und Friedensforschung Dienstweihnachtsbäume in Österreich Jahresregister 1999 uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de http://userpage.fu-berlin.de/~ami Telefon/fax: ++30-25 79 73 42

Ist Walter Sonnleitner das revolutionäre Subjekt?

Wirtschaftsjournalismus und gesellschaftliche Emanzipation

50 Prozent der ÖsterreicherInnen haben Vorbehalte gegen den Kapitalismus.[1] Diese Einstellung dürfte aber ganz und gar nicht auf einen hohen Informationsstand über Funktionsweise und Auswirkungen unseres ökonomischen Systems zurückzuführen sein, sondern ganz im Gegenteil ihre Wurzeln in einem gefühlsmäßigen Vorurteil gegen Wirtschaft im allgemeinen haben. Eine wichtige Ursache für diese Mentalität ist die Tatsache, daß in den noch immer weitgehend dem Verwertungsinteresse entzogenen, von einem humanistischen Bildungsideal geprägten Schullehrplänen Wirtschaftsbildung – außer in Handelsakademien und in Marginalien im Rahmen des Geographieunterrichts – nicht vorkommt. Als weiterer Faktor kommt die Sozialpartnerschaft hinzu, die die ganze Nachkriegszeit über *auch* ein Bollwerk zwischen Wirtschaft und Öffentlichkeit gewesen ist, in der Funktionäre der Bevölkerung die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragen „abgenommen" haben.

Lange Zeit hat sich deshalb ein Vorbehalt gegen „die Wirtschaft" gehalten. Dieser führte zwar niemals zu offenem Widerstand, da die Integration ins Arbeitsleben über die ebenfalls mächtige Arbeitsethik gewährleistet wurde. Vom Gesichtspunkt emanzipatorisch gesinnter Agitation bzw. Politik konnte diese Einstellung aber immer wieder gut für die Verteidigung von Abwehrbastionen gegen allzu kapitalfreundliche politische Maßnahmen genutzt werden. Ressentiment macht bockig und erzeugt Widerstand und Abwehr – was eine gute Waffe sein kann gegen Dinge, bei denen das Kapital auf aktive Teilnahme der Betroffenen angewiesen ist. Dieses auf Vorurteilen statt Information basierende Ressentiment ist aber ein weniger guter Mobilisationsfaktor für Dinge, wo alternative Sichtweisen gefragt sind, oder wo man Sachzwang-Argumenten bei Entscheidungen über gesamtgesellschaftliche Weichenstellungen gegenübersteht. Und überall dort, wo offensiv für Sachen gekämpft werden muß, es um offensive Kritik und das Vorantreiben von Alternativen geht. Hier ist Gegenexpertise vonnöten. Woher soll die kommen? Primäre Bezugsquelle von Information sind heute Medien. Was leisten die auf dem Gebiet der Wirtschaftsinformation?

Wirtschaftsmedien und Alltagsleben

Nach dem Wirtschaftsmedienboom in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren ist jetzt eine Konsolidierungsphase eingetreten, wo nicht mehr allzu viele eigene Magazine auf dem Markt sind, aber der Wirtschaftsteil in allen Zeitungen an Umfang und Tiefe gewonnen hat. Man nimmt an, daß das Publikum für Wirtschaftsnachrichten breiter geworden ist, das heißt, mehr Leute interessieren sich heute für Wirtschaft als früher. Das hängt nicht nur mit der erfolgreichen Affizierung von Geld und Erfolg mit positiven Attributen durch neoliberale Propaganda zusammen, sondern auch mit der Tatsache, daß der Themenkomplex Wirtschaft bedeutsamer für das Leben aller geworden ist. Die Ökonomie ist schnellerem Wandel unterworfen und hat die Anforderungen an Kenntnisse und Flexibilität der ihr Unterworfenen erhöht, und die fortschreitende Kommodifizierung aller Lebensbereiche hat uns mittlerweile in ungeahntem Ausmaß zu KonsumentInnen gemacht.

Entsprechend zielt Wirtschaftsberichterstattung immer mehr in Richtung Servicefunktion, und versucht sich ratgeberisch in den Bereichen Konsumentscheidung, Vermögensanlage, Steuervermeidung etc. Es gelingt den Wirtschaftsjournalisten also in zunehmendem Maße, an persönliche Erfahrungen, Wünsche und Bedürfnisse der Leute anzuknüpfen (was natürlich mit der gesamten Entwicklung des herrschenden Wirtschaftssystems zu tun hat, das die Bevölkerung zunehmend über andere Aspekte als über ihr ArbeitnehmerInnen-Dasein an sich bindet). Das ist neu, denn früher hat sich „seriöser" Journalismus, insbesondere Wirtschaftsbe-

Foto: Udo Hesse, Schönhauser Allee, 1983

richterstattung, durch Ferne vom Alltagsleben ausgezeichnet.[2]

Früher war klar: Den Wirtschafts-Teil lesen nur Unternehmer und ihre Adepten, ArbeitnehmerInnen lesen Sport und Chronik, maximal den Politik-Teil. Heute lesen Manager den Sport-Teil, weil es schick geworden ist, während ArbeitnehmerInnen in zunehmendem Maße den Börseteil durchforsten, sei es um den Kurs der eigenen Wertpapiere zu verfolgen oder sich nach dem besten Pensionsversicherungssystem zu erkundigen, sei es, weil sie in den Glamour von Geld und Erfolg eintauchen wie früher in die Welt von Sex and Crime (die Tatsache, daß sich Wirtschaftsberichterstattung heutzutage zunehmend an diesen Formen orientiert, kommt noch dazu).

Das hat Folgen für das politische Handeln: Bald werden linke Kräfte nicht mehr (wie in der Vergangenheit mitunter erfolgreich) an das tradierte Marktmißtrauen in weiten Teilen der Bevölkerung anknüpfen können. Denn die Wirtschaftsmedien haben es geschafft, Interesse zu wecken und können mit ihrer Verknüpfung von persönlichem Vorteil mit Konsum von Finanzdienstleistungen und anderem die Vorteile einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für den Einzelnen plausibel machen.

Damit haben sich auch die Bedingungen für emanzipatorischen Journalismus geändert. Mit einem Mal macht es Sinn, sich um die Inhalte der Wirtschaftsseiten zu kümmern. Es gibt das Publikum, das potentiell für einen emanzipatorisch gesinnten Wirtschaftsjournalismus zugänglich wäre. Während Parteien und Verbände früher ihre von jedem Basisinput abgekoppelte Stellvertreterpolitik in Wirtschaftsfragen mit der angeblichen Überforderung von Interesse und Kenntnissen der Basis durch die den Wirtschaftsfragen inhärente Komplexität begründen konnten, hat sich heute einiges geändert: Die Parteien sind wirtschaftspolitisch orientierungs- und visionslos, aber die Massen reißen sich um die neuesten Nachrichten aus der Welt des Kapitals.[3]

Doch was sie dort zu lesen bekommen, ist mehr als dürftig. Im Gegensatz zu anderen Ressorts sehen sich WirtschaftsjournalistInnen in ihrer Selbsteinschätzung tendenziell als eher unpolitisch, neutral und seriös. Attribute, die sich in den von ihnen verfaßten Texten jedenfalls nicht bemerkbar machen:

Wirtschaft wird meist als einsinniges Bekanntmachungs- und Verlautbarungsthema behandelt, nicht als kontroverser Diskussionsgegenstand, in dem Interessenskonflikte und unterschiedliche Zielrichtungen eine bedeutende Rolle spielen; die Berichterstattung ist vorwiegend Verlautbarungsjournalismus (präsentierte Unternehmenskennzahlen werden unkritisch übernommen, Entwicklungen werden nicht verfolgt), auf weniger offensichtliche Bedeutungen wirtschaftspolitischer Sachverhalte für die eigene Lebenssituation wird nicht eingegangen; es fehlen der Überblick und längerfristige Trendanalysen – gerade Wirtschaftsthemen sind ohne Darstellung der Zusammenhänge unverständlich; sie sind aber selten Gegenstand von Kommentaren und Hintergrundanalysen (Aufgabe des Kommentars wäre vor allem, Zusammenhänge zu erklären statt persönliche Meinung darzulegen); Wirtschaftsjournalismus wird meist auf „harte Fakten" reduziert, „weiche" Themen wie Personal, Soziales, Forschung etc. kommen zu kurz. Das Schwergewicht liegt auf Unternehmensberichterstattung, diese ist neben der offiziellen Politik auch der häufigste Agenda-Setter. Berücksichtigt werden dabei überwiegend die Interessen von AktionärInnen und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens (statt auch sein sonstiges Agieren), Betriebsräte und Betriebsfremde kommen kaum zu Wort; innerbetriebliche Mitbestimmung, Unternehmensziele, Organisationsstrukturen, die Rolle der MitarbeiterInnen und eine Verknüpfung der Firmenaktivitäten mit gesellschaftlichen Bezügen werden systematisch vernachlässigt. Der Arbeitsalltag bleibt aus der Berichterstattung ausgeklammert, ArbeitnehmerInnen kommen nur als KonsumentInnen vor. Die Artikulationschancen von nicht unternehmensnahen Gruppen sind gering bzw. werden auf bestimmte Themen beschränkt (z.B. ArbeitnehmerInnenvertreter nur zu Arbeit und Soziales). Die Berichterstattung ist zumindest im Tageszeitungsjournalismus stark von Agenturen bestimmt, Eigenrecherche, zumindest die Befragung externer ExpertInnen, ist selten. Nach wie vor leidet der Wirtschaftsteil in Tageszeitungen unter geringer Verständlichkeit, die Fremdwortdichte ist hoch.

In diesem Umfeld emanzipatorische Formen und Inhalte einzubringen, ist mittlerweile wichtiger denn je.

Gegenöffentlichkeit statt Mainstreammedien?

Das oben Gesagte läuft auf die Forderung hinaus, die Qualität der Information in Massenmedien müsse verbessert werden. Ist damit schon viel gewon-

Foto: Udo Hesse, Berlin-Mitte, 1981

nen? Die kritische Medientheorie hat eine solche Sichtweise parodistisch als „Megafonmodell" etikettiert. Zu glauben, es genüge die „falsche" durch die „richtige" Berichterstattung zu ersetzen, um die nunmehr von Erkenntnis beseelten Menschen zum Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu treiben, unterstelle einen kausalen Zusammenhang von Information, Bewußtsein und Handeln, sei der Vorstellung einer manipulativen Medienwirkung verhaftet.[4] Das greife zu kurz. Denn heute sei auch kritische Information breit verfügbar. Sie bleibe aber folgenlos.

Der Grund liegt im Ohnmachtsgefühl, das entsteht, wenn wir über das Funktionieren des Systems, in dem wir leben, aufgeklärt werden, aber keine Möglichkeit sehen, es zu ändern. Zentral ist demnach die Erkenntnis von Kluge: Erst aus der Wahrnehmung von Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten kann sich bei MedienrezipientInnen ein Interesse an Realismus, an kritischer Information, bilden. Information muß sich in Handlung fortsetzen lassen.[5]

Hier ist die konventionelle Wirtschaftsberichterstattung ebenso wie die Werbung im Vorteil: Im Bewerben und Bewerten von Produkten wird erworbenes Wissen unmittelbar in alltägliches Handeln (Einkauf) umsetzbar. Kritische Interessen können sich deshalb in diesem Kontext nur eingeschränkt durchsetzen. „Mediale Interventionen müssen in einem umfassenden Kontext von sozialem, politischem und kulturellem Handeln gedacht werden. Massenmedien in ‚richtigen' Händen ändern nichts, weil sie strukturell antidemokratisch sind (= sie beruhen auf dem Prinzip der Vervielfältigung der Information in eine Richtung). Deshalb können sie nur sehr eingeschränkt Ausgangspunkt bzw. Element einer über den reinen Medienkonsum hinausgehenden sozialen Praxis werden."[6] Zudem wurde darauf hingewiesen, daß systemfeindliche Inhalte in profitorientierten Massenmedien niemals Eingang finden könnten, da sie den Interessen der Eigentümer widersprechen. Aus der Desillusionierung gegenüber den Massenmedien entstanden im Lauf der Zeit zahlreiche „gegenöffentliche" Medienprojekte:

- Eigene Zeitschriften, Radioprogramme und Verlage: „Öffentlichkeit wendet sich an Beteiligte, nicht an ein Publikum."[7] Deren abflauende Konjunktur zeigte einerseits qualitative Defizite (Sektierertum) auf, andererseits die Tatsache, daß die Publikationen von Bewegungen getragen wurden und nicht umgekehrt, so daß mit dem Abflauen der Bewegung das Schicksal der Medien besiegelt wurde – die Beteiligten wurden weniger und somit auch die LeserInnen. Zuletzt kam es häufig zu finanziellen Problemen oder inhaltlichem „Ausverkauf" beim Versuch, ein größeres Publikum anzusprechen.
- Public access: Dem Ziel einer Öffentlichkeitsplattform, in der jedeR gleiches Rede- bzw. Senderecht hat, verhaftet, gibt es einige erfolgreiche Beispiele für „offene Kanäle" im Fernsehen, auf denen auch kritische Information durch BasisaktivistInnen verbreitet wird (allen voran Paper Tiger TV in den USA[8]). Allerdings ist ein solches Format meist in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit gegenüber den professionell mit medialen Stimulanzien arbeitenden Sendern unterlegen.
- Kommunikationsguerilla: In exemplarischen öffentlichkeitswirksamen Aktionen werden Symbole und Exponenten des herrschenden Systems lächerlich gemacht bzw. durch Offenlegung ihrer verdeckten Bedeutung kritisiert (z.B. Tortenwerfen ins Gesicht von Bill Gates, Versand von Nachrichten unter falschem Namen zur Subversion der Intentionen des Namensgebers, Eroberung und Veränderung fremder Websites, „Detournierung" von Plakaten und öffentlichen Objekten etc.). Darunter sind viele Aktionen interessant und gut[9], aber es ist fraglich, wie viel solche Einzelaktionen ohne Einbettung in einen verständnisfördernden Gesamtzusammenhang bewirken können.
- Campaigning: Durch Ausnutzung der Wirkungsweise kommerzieller Massenmedien, insbesondere deren Spektakelorientierung, gelingt es immer wieder, große Öffentlichkeit für bestimmte Ziele zu erreichen und diese dadurch letztendlich durchzusetzen. Greenpeace ist dafür das herausragende Beispiel. Bestimmte Einzelfälle werden sensationell aufbereitet und verpackt mit einer Anknüpfung am persönlichen Handlungsspielraum („Kauf nicht bei ...") medial lanciert. Damit lassen sich einzelne Schlachten überraschend gewinnen, „aber keine gesellschaftsverändernde soziale Praxis auslösen – eine solche erfordert Diskussionen, Versuche, Mut zum Unfertigen und Unrealistischen – alles wofür in der Einbahnstraße massenmedialer Kommunikation kein Platz ist. Veränderung beginnt in erster Linie im sozialen Alltag."[10]
- Internet: Das kostengünstige Bilden von elektronischen Foren und Netzen ermöglicht eine teilweise Rekonstruktion der aufgrund von finanziellen Problemen gescheiterten autonomen Öffentlichkeiten innerhalb der verbliebenen Grüppchen, die aber durch weiträumigere Vernetzung und den Appeal einer neuen Technologie größere Kreise erreichen können.

Das Hauptproblem all dieser Gegenöffentlichkeiten ist, daß sie nur auf eine sehr eingeschränkte Zahl von Menschen attraktiv wirken, meist Leute, die bereits in die entsprechenden Anliegen „initiiert" sind. Das liegt an vielen Dingen – den Vertriebsproblemen; der Übersättigung in der Medienlandschaft, die eine Selektion seitens der KonsumentInnen nach bekannten Marken auch im Medienbereich nahelegt; dem oft sektiererischen Gestus und spezialisierten Diskurs, der viele dieser Medien auszeichnet; und nicht zuletzt daran, daß ihnen das abgeht, was herrschende Medienverbünde so attraktiv macht: der zur Schau gestellte Pluralismus, was die Meinungs- und Themenvielfalt angeht. Für unseren Kontext besonders entscheidend: In fast allen gegenöffentlichen Medien spielt jedenfalls das Thema Wirtschaft in Form ökonomischer Gegenexpertise eine untergeordnete Rolle, von der üblichen Denunziation der dunklen Machenschaften „des Kapitals" abgesehen.

Für eine Doppelstrategie

Die linke Medientheorie warnt zu recht vor einer Überschätzung der Information. Information ist nicht alles. Aber Information muß nicht nur als Verlautbarung von Fakten oder der richtigen Weltschau verstanden werden, sondern auch als Auf-den-Weg-Bringen von Wissen. Das Wissen von ExpertInnen muß mit den Lebensumständen verkoppelt, *veröffentlicht* werden.[11] Kommunikatives Aushandeln von Alternativen bedarf auch der Information über Zusammenhänge des Bestehenden. Das alles leisten Massenmedien allein tatsächlich nicht, dazu braucht es zusätzliche Arbeit. Aber Information über wirtschaftliche Zusammenhänge und Alternativen ist nicht einmal in ihrer rudimentärsten Form in Verbreitung. Hier besteht enormer Aufholbedarf. Ein solches Wissen muß auf allen möglichen Kanälen in Umlauf gebracht werden. Die kritische Arbeit muß in Massenmedien *und* in Alternativmedien stattfinden. Es muß eine Doppelstrategie geben. Leute müssen in Mainstreammedien von der bzw. für die Tatsache informiert und interessiert werden, was in der Wirtschaft los ist. Wer daran angebissen hat, kann dann eine Gegenöffentlichkeit benutzen und sich in eine Community einklinken. Der Vorteil von Massenmedien ist nun mal, daß sie eine viel größere Reichweite haben. Natürlich ist dort nur

begrenzt Raum für andere Sichtweisen und fast keiner für Interaktion. Aber es wäre dort mehr möglich, als die Erzählung vom absolutistischen Medien-Systemkonformismus-Einheits-Terror vermutet. Ein erstaunliches Beispiel dafür ist die Berichterstattung zum Multilateralen Investitionsschutzabkommen MAI, gegen das im Herbst 1998 von einer Tageszeitung, die eigentlich der Industrie zugerechnet wird, auf den Wirtschaftsseiten eine wahre Kampagne geführt wurde, was wesentlich dazu beigetragen hat, daß Basisprotest diffundiert ist und durch die Veröffentlichung seiner Anliegen in einer „seriösen" Tageszeitung ein Gütesiegel bekam, das ihn vom Obskurantenverdacht reinwusch und breiteren Kreisen attraktiv machte, und zuletzt nennenswerten Druck auf die Bundesregierung ausüben konnte.

Es kann nicht mehr allein um die Errichtung einer „ganz anderen" abgeschotteten Gegenöffentlichkeit gehen, sondern man muß sich unter das Bestehende mischen. Denn auch die RezipientInnen leben „im Falschen" und müssen sich mit diesem tagtäglich auseinandersetzen. Gegenöffentlichkeiten, die ein „Fluchtverhalten" in eine „Gegenwelt" evozieren, kopieren die Technik der Werbung. Auseinandersetzung mit der „Realität" in derselben ist wichtig. Wenn auch nicht ausschließlich: Der Marsch durch die Institutionen, den manche antreten, muß begleitet werden von einer inhaltlichen Stützung der dort Tätigen in einer Gegenöffentlichkeit, die spezialisierte Inhalte in größerer Tiefe und unter weniger Druck hinsichtlich Zeit, Breitenkompatibilität und sonstigen kommerziellen Zwängen bearbeitet, aus der geschöpft und in der kommuniziert werden kann.

Was kann emanzipatorische Wirtschaftspublizistik tun? Das wäre praktisch zu erforschen, einige Grundregeln sind aber sicher: Wirtschaft nicht als einen Hort von Sachzwängen darstellen, sondern als kontroverses System, wo es unterschiedliche Interessen, Theorien und Meinungen, sowie Alternativen gibt; Nachrichten in einen Zusammenhang stellen; Bedeutung eines Sachverhalts für die konkrete Leserin aufzeigen; Verbindung zum eigenen Leben herstellen; persönliche Betroffenheit und persönliche Eingriffsmöglichkeiten betonen, Artikulation und Transport von Kritik; Alternativen zeigen; Betroffene und kritische ExpertInnen sprechen lassen.

Manche Medientheoretiker sehen in den MedienarbeiterInnen gar die künftigen revolutionären Subjekte.[12] Das ist sicher übertrieben, ist aber ein Hinweis darauf, daß diesem Berufszweig und seiner Ausbildungssituation von kritischer Seite mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Leute mit Wirtschaftswissen: Werdet JournalistInnen! Leute mit Geld: Gründet Lehrgänge für WirtschaftsjournalistInnen! ■

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM).[13] Abteilung für Medienpolitik.

Anmerkungen

1 »Die Presse«, 8. Jänner 2000.
2 Oskar Negt und Alexander Kluge beklagten vor 25 Jahren in „Öffentlichkeit und Erfahrung" den Ausschluß der Produktions- und Beziehungssphäre aus der bürgerlichen Öffentlichkeit. Mittlerweile quillt die kommerzielle Medienwelt vor lauter veröffentlichter Privatheit über – Talkshows, Sitcoms, Boulevardmagazine – insbesondere das Fernsehen macht aus dem Alltäglichen Unterhaltung. Demgegenüber ist die Welt der Arbeit vielleicht mehr denn je dem Blickfeld der Berichterstattung entzogen.
3 Und die Arbeitnehmervertretungsorgane versuchen verzweifelt hinterherzulaufen. Man beachte die Versuche der Arbeiterkammer, durch vermehrte „Serviceorientierung" mit dem Angebot der Wirtschaftspresse mitzuhalten.
4 autonome a.f.r.i.k.a. gruppe (1998): Bewegungsle(e/h)re, http://www.nadir.org/nadir/archiv/netzkritik/bewegungsleere.html.
5 Alexander Kluge (1985): Die Macht der Bewußtseinsindustrie und das Schicksal unserer Öffentlichkeit, in: Klaus von Bismarck u.a. (Hg.): Industrialisierung des Bewußtseins, München.
6 autonome a.f.r.i.k.a. gruppe (1998): Bewegungsle(e/h)re.
7 Büro Bert (1993): Öffentlichkeit, in: BüroBert: Copyshop. Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit, Berlin.
8 http://www.papertiger.org.
9 Siehe autonome a.f.r.i.k.a Gruppe (1995): Handbuch der Kommunikationsguerilla, Hamburg.
10 autonome a.f.r.i.k.a. gruppe (1998): Bewegungsle(e/h)re.
11 Renate Lorenz/BüroBert (1993): Kunstpraxis und politsche Öffentlichkeit, in: BüroBert: Copyshop. Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit, Berlin, S. 17.
12 H. J. Krysmanski (1996): Weltsystem, neue Medien und soziologische Imagination.
13 Postfach 162, A-1015 Wien, http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum.

Kritische Wirtschaftsinformationen in Österreich

- Auf Papier: »Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen«
  Vierteljährliche Themenschwerpunkte. Jahrgang 2000:
  1) Antirassismus. Positionen und Widersprüche
  2) Leitbild Unternehmer. Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat und Gesellschaftspolitik
  3) Osteuropa zwischen Integration und Desintegration
  4) Die große Krise?
  Jahresabo: öS 300.- (Studierende: öS 180.-); Einzelheft: öS 145.- Probeheft anfordern!
  Bestellungen an: Sonderzahl Verlag, Große Neugasse 35, A-1040 Wien, Fax 0222/58680704 oder per E-Mail: beigewum@iname.com
  http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm

- Im Fernsehen: „Kapitalismus – live!"
  Jeden Sonntag ca. 5 Minuten zwischen 20h15 und 21h15 (Wiederholung zw. 23h und 24h) im „Newsroom" von TIV, zu empfangen am Infokanal (UHF 62) im Telekabelnetz Wien.
  Bereits gesendete Folgen auf Real Video im Internetarchiv:
  http://www.tivision.at/programm/rednews/specials/kapi/kapi.htm

- Im Radio: „Economy Class – Das Magazin für Wirtschaft und Politik"
  Jeden Dienstag um 19.30 auf Orange 94.0, dem freien Radio in Wien.

Wer regelmäßige Programminfos möchte, schickt einfach ein E-Mail mit dem Inhalt *subscribe economyclass* an folgende Adresse:
economyclass-request@wu-wien.ac.at
Fragen, Reaktionen, Infos an: economyclass@blackbox.net

Autorschaft und Öffentlichkeit – eine eitle Befangenheit?

Sabine TREUDE

„Ich kann nicht mich schreiben. Was wäre das für ein Ich, das sich schriebe? In dem Maße, wie es ins Schreiben einträte, ließe das Schreiben es schrumpfen, eitel werden; eine fortschreitende Abnutzung wäre die Folge, in die nach und nach das Bild des Anderen einbezogen würde, ein Ekel, der als Schluß lediglich ein ‚wem nützt es?' zuließe. Was das Schreiben des Liebenden blockiert, ist die Illusion von Expressivität: als Schriftsteller oder jemand, der sich dafür hält, täusche ich mich fortgesetzt über die Effekte von Sprache: ich weiß nicht, daß das Wort ‚Leiden' keinerlei Leiden ausdrückt und daß es benutzen folglich nicht nur nichts mitteilen, sondern sogar rasch auf die Nerven gehen bedeutet (von der Lächerlichkeit einmal ganz zu schweigen)."

Roland Barthes[1]

Wer unter denjenigen, die schreiben, kennt nicht den Wunsch, das Schreiben möge das Ich ergänzen und zu dem erheben, was es nicht ist oder sein kann. Man halte sich lediglich die ersten Versuche der Einschreibung vor Augen – zumeist Liebesbriefe oder Gedichte – und verspürt sogleich die innige Hoffnung, diese schriftlich festgehaltenen Äußerungen nicht verschickt oder gar veröffentlicht zu haben. Aus der zeitlichen Ferne betrachtet, scheint es unmöglich, sich mit dem Ich, das sich dort zum Ausdruck bringen wünschte, zu identifizieren, andererseits läßt sich indes auch nicht verleugnen, daß ich es war, die das schrieb. Habe ich das Geschriebene niemals an eine bestimmte oder unbestimmte Adresse geschickt, so steht es mir natürlich frei, das Geschriebene auf der Stelle zu zerstören, doch letztlich ändert auch dieser Akt nichts an der Tatsache, die sich dort zu lesen gibt: nämlich mein Verhältnis zum Schreiben und die Rolle, die ich in diesem Verhältnis spiele. Wie nicht anders zu erwarten war, ist von der Expressivität nichts übrig geblieben – das besorgten bereits die kafkaesken Gespenster im Zuge des Schreibens selbst. Außerdem stehen die Chancen für den Fall, daß ich den Text verschickt und/oder publiziert haben sollte, nicht schlecht, gerät doch vieles rasch in Vergessenheit. Und trotzdem vermag mich eine Unruhe heimzusuchen, die mich auf unangenehme Weise tangiert. Es ist die Befangenheit, die das Ich darin verstrickt, sich einerseits nicht einschreiben zu können und andererseits keineswegs so aufgelöst zu erscheinen, daß das Ich nichts mehr mit mir und dem Text zu tun hätte. Denn schließlich trage ich eine Verantwortung für das Geschriebene auch dann, wenn ich sie im Grunde nicht mehr tragen kann. Was ich hier anhand eines eher privaten Schreibens kurz skizziert habe, läßt sich ohne weiteres auch auf die Praxis des Publizierens übertragen. Zwar werden die Adressaten mehr und allgemeiner, und auch die Risiken und die Verantwortung werden vielfältiger, doch schreibe ich ja nicht für irgendwen, sondern für diejenigen, die das Geschriebene hoffentlich lesen werden. Und in diesem Zusammenhang ist die Wichtigkeit und Brisanz dessen, was der Text und seine Inhalte in der Verbundenheit von AutorIn und LeserInnen bedeutet, gar nicht genug zu schätzen. An dem formalen Akt, wie der Text aus dem Inneren, mit dem er, wenn man es ernst meint, zweifelsohne verbunden ist, entlassen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, läßt sich gleichsam ablesen, welche Rolle sich die Autorin bzw. der Autor einräumt und welcher sie bzw. er sich aussetzt oder nicht. Hält sie oder er vor allem an der Illusion fest, die dem Liebesbrief eigen war, so geht es um eine Inszenierung der Autorschaft, die das Medium als Bühne nutzt, eine präzise bestimmbare Leserschaft zu imaginieren. Etwa nach dem Motto: Ich schreibe dem geliebten Wesen nun einen Brief, in dem ich mich vollends an es zu verausgaben scheine, wobei der Brief vorsichtshalber präskriptiv beschreibt, was ich darunter verstehe. Die Liebe wird via Brief nicht nur behauptet, sondern auch um das Phantasma der Unberührbarkeit und der bestimmten Interpretation ergänzt. Oder allgemeiner: Ich schreibe für diese Zeitung, und die Zeitung steht für eine bestimmte politische Richtung und also ebenso für eine offensichtlich bestimmte Erwartungshaltung der Leserschaft. In erster Linie habe ich mich demnach mit meinen Text gegenüber einem vermeintlich zusammengeschlossenen und gewissermaßen institutionalisierten Kommunikationssystem zu verantworten, deren Absender und EmpfängerInnen durch die Botschaft kurz geschlossen werden sollen. Und mögen sich auch diverse Fragen stellen, eine stellt sich dank des sicher gestellten Relais nicht: die der bestimmten Identitäten. Damit droht indes etwas in den Hintergrund zu rücken, was sich eigentlich als vordergründiges Anliegen zu verstehen geben wollte: der Text und seine Inhalte, die so klar, wie sie da stehen, gerade nicht sind; die vielmehr zum weiteren oder anderen Denken anregen wollen, und zwar ohne vorwegzunehmen, um welche Gedanken es sich im folgenden gehandelt haben wird. Schrift ist zwar in gewisser Hinsicht bewahrender und fixierter als gesprochene Sprache, aber sie ist nichtsdestotrotz auch eine Form der offenen Kommunikation, des Austauschs und des Mitteilens. Und genau diesem Moment der Offenheit muß sich die Eitelkeit des Autors bzw. der Autorin stellen, will er oder sie dem Text und seinen Inhalten mehr Gewicht verleihen als der Selbstbehauptung und all dem, was ihr an Illusionen und Gefahren verhaftet bleibt. Das Autor-Ich setzt sich, so gesehen, im Moment des Festhaltens aus, um gleichsam zu halten, daß und was es schreibt. Das bringt einem/r wahrlich keinen Sockel oder Heiligenschein ein, sondern entdramatisiert den Akt des Schreibens zu einer Form des Handelns, des Behandelns und des Arbeitens – was nicht nur angesichts der zunehmend seltsamer werdenden monetären Honorierung dieser Arbeit in Erinnerung gerufen werden muß, sondern auch hinsichtlich der kaum mehr vorhandenen Solidarität unter all jenen, die schreiben.

Tun Sie damit, was Ihnen gefällt

„Wie kann man, wenn nicht letzten Endes durch die Lehre, d.h. durch die öffentliche Erklärung, öffentlich und einigermaßen regelmäßig von der Arbeit, die man gerade tut, Rechenschaft ablegen? Ich betrachte diese Mittwochversammlungen folglich nicht als Lehrveranstaltungen, sondern eher als eine Art öffentlichen Rechenschaftsbericht über eine Arbeit, die man mich im übrigen mehr oder weniger nach meinem Gutdünken verrichten läßt. Insofern fühle ich mich tatsächlich absolut verpflichtet, Ihnen in etwa mitzuteilen, was ich mache, wo ich stehe, in welche Richtung es geht; aber gleichzeitig denke ich, daß Sie mit dem, was ich sage, völlig frei umgehen sollten. Das betrifft die Forschungswege, Ideen, Modelle ebenso wie die Skizzen und Instrumente: machen Sie damit, was Sie wollen. Unter Umständen interessiert es mich, im Grunde aber geht es mich nichts an. Es geht mich insofern nichts an, als ich nicht zu entscheiden habe, was Sie damit machen. Es interessiert mich allerdings insofern, als es sich auf die ein oder andere Weise mit dem verbindet, was ich tue, und weiterführt."[2]

Was Foucault an dieser Stelle im Rahmen seiner Lehrveranstaltung gesagt hat, gilt in mancherlei Hinsicht auch für einen geschriebenen, veröffentlichten Text. Ist ein Text erst einmal erschienen und also veröffentlicht, so hat er sich gewissermaßen von der Person, die sich aussetzte und ihn schrieb, zumindest teilweise gelöst. Nicht, daß sie sich damit der Verantwortung als AutorIn entledigt hätte, aber sie kann mit Ausnahme der namentlichen Unterzeichnung nicht darüber verfügen, was mit ihm gemacht wird. Der Autor bzw. die Autorin können weder darüber entscheiden, ob der Text von den möglichen LeserInnen gelesen wird oder nicht, noch darüber bestimmen, wie er gelesen und verstanden wird. Mit den realen LeserInnen verschwindet der illusionär präzisierbare Bestimmungsort (aus dem Lacanschen großen A wird ein kleines a), der Text vermag abzudriften, ohne daß man einen wesentlichen Einfluß darauf hätte, ob, wo und vor allem wie der Text ankommt. In dieser Beweglichkeit und möglichen Abdrift liegt für mich das interessante und spannende Moment des Textes. Die für mich nicht vollends abschätzbare, offene Ankunft eines Textes verleiht dem Schreiben (und übrigens auch dem Lesen) einen Sinn, der mit jenem zusammenkommt, daß das Schreiben, so wie ich es verstehe, öffentlich Rechenschaft darüber ablegt, wo ich stehe und in welche Richtung es bei mir geht. Dabei mag ich als Autorin zwar der Ausgangspunkt sein, aber ich bleibe samt Geschriebenem auf der Stelle, wenn er – aus was für Gründen auch immer – nicht gelesen wird. Erst die LeserInnen und ihre Lektüre machen aus dem Geschriebenen einen Text; sie verleihen ihm seine unverzichtbare Beweglichkeit. Sie sind das wesentliche Regulativ und Korrektiv der Eitelkeit und erinnern einen bei aller dargebotenen Aufmerksamkeit daran, daß zwei Augen zwar manches, aber nicht alles zu sehen und verstehen vermögen. Und das ist natürlich eine sehr spannende Sache. Eine spannende Sache ist der Vorgang selbst dann, wenn der Leser oder die Leserin das Geschriebene nicht versteht. Denn in dem Moment, wo eine Leserin oder ein Leser auf den Text, den sie bzw. er auch immer schon anders oder gar nicht verstanden haben kann, Bezug nimmt, treten bestimmte Inhalte aus dem Text, um wiederum auseinandergesetzt zu werden. Diesseits der Intention bewahrt sich demnach der Kommentar als Streuung vom einst gebündelten Inhalt. Diesseitig können das Schreiben und Lesen aus ihrem Zusammenhang ein Öffentlichkeitsfeld bilden, in dem es weniger um eine Art symbiotischen Zusammenhalt, als um das Divergierende und Trennende geht. Und das Divergente und Trennende in und aus der zunächst offen verbindenden Begegnung wahrzunehmen und zu artikulieren, dazu vermag ein guter, persönlicher und trotzdem nicht von unreflektierter Eitelkeit getragener Text durchaus zu verführen.

Foto: Udo Hesse, Koppenplatz, 1982

Die Öffentlichkeit und das Verstehen

„Wenn ein Buch und ein Leserkopf zusammenstoßen und es hohl klingt, so muß das nicht immer am Buch liegen."[3]

Wies ich gerade noch den LeserInnen eine wesentlich korrigierende und regulative Rolle im Hinblick auf die Beweglichkeit eines Textes zu, so muß diese gleich wieder relativiert werden, sobald der Begriff des Verstehens ins Spiel kommt. Denn erstens gilt es zu

fragen, was man versteht, wenn man versteht, und zweitens darum, wie man Verstehen generell zu verstehen geneigt ist. Versteht man es im Sinne von Konformität und Konsens, droht das spannende Moment der Beweglichkeit auch schon wieder zu verschwinden. Im Hinblick auf den Begriff des Verstehens eines Textes gibt es zudem unterschiedliche methodologische Herangehensweisen, beispielsweise die Auslegung, die Interpretation und die Deutung, die sich wiederum jeweils zu dem zu behandelnden Text in ein anderes Verhältnis setzen. Unter den drei ausgewählten Formen des Verstehens sticht die Interpretation aufgrund ihrer strengen Systematik besonders hervor, denn sie geht wie keine andere davon aus, daß alles versteh- und begreifbar etwas bedeutet oder aber unsinnig ist. Mit dieser Polarisierung kamen nicht allein die Geisteswissenschaften und die Autorschaft zu ihren institutionalisierten Positionen, sie sollte fortan alles, was erzählt und gesagt wurde und wird, dichotomisch durchsetzen und dem Prinzip eines scheinbar undurchlässigen Kommunikationssystems unterwerfen. Auf diesem Prinzip baut das traditionelle Verständnis von Öffentlichkeit nicht nur auf, es funktioniert auch nach ihm. Dabei inszeniert sich Öffentlichkeit vor allem auf den Schauplätzen Sprache, Bild und Schrift und generiert selbst zu einem idealen und fixen Bestandteil des Mediums, solange sich Öffentlichkeit nicht in jene Pluralitäten zerstreut – aus denen sie letztendlich besteht –, und solange sie nicht die als Ganzes imaginierte Einheit zerfallen läßt, um sich ganz anders zu vermischen. Gegenüber der Auslegung und der Deutung hat die Interpretation den ungeheuren Vorteil, das Urteilen nicht nur zu erleichtern, sondern zum System zu machen. Hast du erst geurteilt, bist du auch schon wer, und zwar so sehr Wer, daß die Frage „Wer denn?" uninteressant erscheint. Die Bedeutung des Wer liegt demnach nicht im Dasein oder Sein, sie offenbart sich allein aus der Bestimmung und dem Bedeuten des Seienden. Und diese Bestimmung bzw. Bedeutung schließt sich wiederum mit der Reduktion auf das Einfache eines vermeintlich ungebrochenen Informationsflusses kurz.

„Dem Einheitsdelirium der Hermeneutik des Geistes war durchschlagende Wirkung beschieden. Zu verlockend war offenbar ihr Versprechen, dem ‚Narrenhaus' konfligierender Buchstaben ein Ende zu machen und unübersehbare Vielheiten auf eine Einheit zu reduzieren. Das 19. Jahrhundert war eben nicht nur politisch eines der gewaltsamen Vereinigungen. Mitteleuropa arbeitet ab 1800 verstärkt in allen Bereichen an der Austreibung von Pluralitäten. Das bezeugt bereits die Exorzierung des Plurals, der – die Studien zur Begriffsgeschichte zeigen es – schon ab 1750 bei zentralen und zentralisierenden Wörtern einen schweren Stand hat. Wird doch aus den vielen Sinnen der eine Sinn, aus den vielen Geschichten die eine (Welt-)Geschichte, aus den vielen Wahrheiten die eine Wahrheit, aus den vielen Geistern (und Buchstaben) der eine Geist. Der Monotheismus siegt im europäischen 19. Jahrhundert auch auf nicht religiösem Terrain."[4]

Und er sollte mit seinen inzwischen unabsehbaren Folgen bis ins nächste Jahrtausend reichen.

Die Konzentration des Ausdrucks

„Die Rekonstruktion dieses Buchs ist dem Leser anvertraut. Er muß die Fragmente eines verstreuten und unvollständigen Werkes zusammensetzen. Er muß verschiedene Stücke, die sich jedoch ergänzen, zusammenfügen."[5]

Umgeben von den immer gleichen Formen des „Konzentrierten Ausdrucks"[6], denen es ob ihrer Überpräsenz an Ausdruckskraft und Inhalten mangelt und inmitten einer weltweiten Vernetzung, die von einem in vielerlei Hinsicht präzise zugeschnittenen Kommunikationssystem gerahmt ist, erübrigt sich die Mühe des Verstehens beinahe von selbst. Hauptsache, man ist informiert und die jeweiligen Informationen haben eineN zweckdienlich weiter gebracht, dann wird sich der Rest wohl von selbst erübrigt haben. Was ich nicht verstehe, zeichnet sich schon allein dadurch, daß ich es nicht verstehe, als bloßer Mist aus. Also – ab auf das Müllgebirge oder in den fast schon Bildschirm sprengenden Papierkorb. Komplexitäten und Vielheiten werden auf das äußere Erscheinungsbild und die Formgebung reduziert, und das gilt nicht nur für die äußere Umgebung, sondern auch für das, was das eigene Innere umgibt. Was man sieht, gibt sich in dem, wie man es sieht, zu verstehen, und das war's dann auch schon. Man lebt, spricht, schreibt und handelt in der Illusion eines Lebens, das selbst als bestimmender und bestimmter Faktor eines Repräsentationsmodells gar nicht mehr vorkommen braucht, glaubt man es doch längst durch die wesentliche Eigentlichkeit ersetzt zu haben. Diese Konstruktion verhilft der Eitelkeit zu einer unglaublichen Vorrangstellung, mit der sich übrigens – das allerdings dürfte hinlänglich bekannt sein – bestens Geschäfte machen lassen. Gleichzeitig läßt sie immer weniger Zeit und Raum für das, was man gemeinhin Denken oder gar Nachdenken nennt. Das wiederum bringt AutorInnen auf die Bühne, die uns das dank ihrer intentionsbeladenen Urteilskraft abnehmen. Sie trennen für uns das Gute vom Schlechten und sobald wir ihnen glauben, wissen wir es auch schon wieder. Keine umwegigen Rekonstruktionen, nichts, daß uns verwirren könnte; wir verstehen auf Anhieb – nur eines nicht: „Das ist also die vollkommene Desillusionierung im Leben, die vollkommene Erkenntnis daß niemand über irgend etwas das glauben kann was du glaubst, wirklich kein einziger und für manche wie ich meine ist das etwas Trauriges, für fast jeden ist es irgendwann etwas Schockierendes, manchmal etwas Schockierendes, irgendwann ein echter Schock für sie, für fast jeden etwas das nur sehr langsam durch ständige Wiederholung wirklich etwas vollkommen Sicheres im Inneren ist und ihnen so das Sein gibt das in ihnen nicht mehr wirklich junges Sein ist. Das ist also die wirkliche Bedeutung davon nicht mehr ein Junger im Leben zu sein, das vollkommene Erkennen daß niemand wirklich das glauben kann was alle anderen glauben und manche gibt es, genug von ihnen, die nie völlig eine solche Erkenntnis haben, sie hoffen immer sie oder ihn zu finden, sie verändern sie oder ihn ständig um ihn passend zu machen, sie suchen immer, sie vergessen immer das Scheitern oder erklären es durch etwas."[7]

Daher rührt vielleicht auch die sich Viren ähnlich verbreitende Angst vor dem Altern, wer weiß? ■

Sabine TREUDE ist Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Lektorin am Philosophischen Institut an der Universität Klagenfurt.

Anmerkungen

1 Roland Barthes, Fragmente einer Sprache der Liebe, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1984, S. 191.
2 Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1999, S. 7f.
3 Jochen Hörisch, Die Wut des Verstehens, Frankfurt/M. 1998, S. 118.
4 Ebenda, S. 71.
5 Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften, Wagenbach, Berlin 1998, S. 17.
6 Ebenda, S. 28.
7 Gertrude Stein, The Making of Americans, Ritter Verlag, Klagenfurt, S. 149f.

Ein schmerzhafter Ausfall

Franz SCHANDL

Mit dem (vorläufigen?) Ende dieser Zeitschrift geht ein Stück linker Theoriegeschichte in Österreich zu Ende. Auch ein Stück eigener.

Einerseits ist es ärgerlich, daß der Medieninhaber, die KPÖ, meint, gerade das Theorieorgan einsparen zu müssen und weniger den Rotstift bei den diversen Kandidaturen und Wahlen zückt. Geist und Reflexion stehen bei fast allen Teilen der Restlinken nicht hoch im Kurs. Man hält sie für entbehrlich. Andererseits ist aber zu bemerken, daß man sich im Bundesvorstand der KPÖ die Entscheidung nicht leicht gemacht hat, es zu Kürzungen in allen Bereichen gekommen ist und sogar Personal abgebaut werden mußte.

Indes war einiges gelungen. Seit Beginn der neunziger Jahre hatte das »Weg und Ziel« ganz wichtige Etappen – weg vom faden Verkündigungsorgan, hin zur linken Theorie- und Debattenzeitschrift – zurückgelegt. Natürlich kann man über die Öffnung der KPÖ verschiedener Meinung sein. Es ist wohl insgesamt eine wilde Mischung aus Notwendigkeit und Überzeugung, Taktik und Schwäche, die hier zum Ausdruck gekommen ist. Trotzdem wagte man, sich mit Leuten einzulassen, die man vor Jahren als „objektiv konterrevolutionär" bekämpfte. Das war manchmal schwierig, für beide Seiten, aber es war aushaltbar. Und es trug auch bescheidene Früchte.

Ein abschließendes Urteil über die Zusammenarbeit ist weder möglich noch sinnvoll, wenngleich meine Befürchtung darauf hinausläuft, daß (durch einen wahrscheinlichen Prozeßgewinn gegen die *Treuhand*) eine zu Geld und Kräften gekommene KPÖ über kurz und lang auf österreichische PDS macht, sich also endgültig in einen linkssozialdemokratischen Wahlverein wandelt, der schon so seine Unvereinbarkeiten gegen links pflegt. Sollte ich mich irren, sollte es mich freuen.

Tatsache aber bleibt, daß in den letzten sieben Jahren, seitdem ich mich der Zeitung formal und inhaltlich verbunden fühle, vieles möglich wurde, was woanders nie und nimmer gegangen wäre. Ganz banal: längere theoretische Texte zu veröffentlichen, die finanziell (wenn auch bescheiden) honoriert werden, das sollte man nicht unterschätzen. Daß dies nicht mehr der Fall ist, ist ein in vielfacher Hinsicht schmerzlicher Ausfall.

Vieles, was ich geschrieben habe, konnte jedenfalls nur geschrieben werden, weil die »Weg und Ziel«-Redaktion es wollte, anforderte, oder zuließ. Ich hätte es mir sonst (im wahrsten Sinne des Wortes) einfach nicht leisten können. Dafür möchte ich Danke sagen. Der Grad meiner Verwirklichung war wirklich groß, ja ich muß sagen, er war selten so groß wie im »Weg und Ziel« in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Das noch dazu, wo es in nicht wenigen Fragen schwere, ja vielleicht sogar unüberbrückbare Differenzen mit der offiziellen Politik der KPÖ gibt.

Daß diese Toleranz (die in Teilbereichen durchaus Ignoranz gewesen sein mag) gerade jene aufbrachten, die man so leichtfertig Stalinisten schimpft, spricht für die Ermöglicher. Nie wurden seitens der Partei und ihrer Verantwortlichen administrative Schritte gegen mißliebige Artikel oder Autoren gesetzt. Die Redaktion werkte weitgehend autonom, obwohl sie kaum zu einer nachvollziehbaren und ordentlichen Struktur finden konnte, Entscheidungen mehr im informellen Graubereich fielen als in verantwortlichen Gremien. Man wußte nie so genau, wer für was zuständig ist. Ich habe dabei zwar manches verstehen gelernt, manches werde ich aber nie verstehen. Eine Unsitte war zweifellos die Veröffentlichung von qualitativ eigentlich nicht entsprechenden Beiträgen aus taktischen Gründen und bündnispolitischen Überlegungen. Trotz aller positiven Entwicklungen ist es uns aber letztendlich nicht geglückt, die Zeitschrift zu entstigmatisieren. Doch das wäre notwendig gewesen, wollte man über den engen Bereich hinaus reüssieren.

Gesellschaftskritische Äußerungsmöglichkeiten sind äußerst beschränkt. Durch das Ende von »Weg und Ziel« werden sie zusätzlich eingeschränkt. Auch das Ausweichen ins bürgerliche Feuilleton ist hierzulande nur in bescheidenem Ausmaße möglich. Außerdem muß man dort immer wieder damit rechnen, daß Chefredakteure in guter alter Manier gegen Kommunisten liberale Schreibverbote aussprechen.

Wir befanden bzw. befinden (da es ja die »Volksstimme« weiterhin gibt) uns in einer doch grotesken Situation, was meint, daß von allen Zeitungen bzw. Zeitschriften, die den Autoren auch ein Honorar zahlen, die Organe der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) die mit Abstand offensten sind, die es auf dem Blättermarkt in Österreich gibt bzw. gab. Das gilt es unbedingt hervorzuheben, wo doch alle anderen so auf ihre Unabhängigkeit Wert legen, damit aber nur demonstrieren, daß sie einer einzigen marktwirtschaftlichen Grundrichtung angehören. Vor allem, was die hiesige Innenpolitik betrifft, gibt es für Texte, wie ich sie für notwendig erhalte, zwar Platz in deutschen und schweizerischen Tages- und Wochenzeitungen, nicht jedoch hierzulande. Auch wenn man die Freude nicht übertreiben soll, sind die Zeitungen der KPÖ eine einzigartige Option, die es als Autor und Leser zu nutzen gilt. Man denke etwa nur an die Jugoslawienberichterstattung.

Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei Maria Wölflingseder, die fast ein Jahrzehnt als »Weg und Ziel«-Koordinatorin mit ihren Autorinnen und Autoren so ihre Mühe hatte, aber auch selbst mühsam sein konnte. Das Produkt war ihr stets mehr als die zusammengetragenen Artikel. Vor allem ihre Illustrationen waren meist äußerst anregend. Sie war jedenfalls die Garantin, daß zum Schluß ein herzeigbares und ansprechendes Heft erscheinen konnte. Weiters bei Julius Mende, dem Verbindungsmann *der* und *zur* KPÖ, der seine Rollen, wenn auch des öfteren in patriarchaler Manier und manchmal mit unberechenbaren Auftritten, so doch ganz ausgezeichnet meisterte. Es ist die Frage, ob es je einen besseren Doppelagenten geben könnte als ihn, dem es zweifellos über lange Zeit gelungen ist, beide Seiten (Partei und Autoren) einigermaßen zufriedenzustellen.

Aber das nützt nichts, das »Weg und Ziel« ist sistiert. Es wird mir abgehen. Ein Neubeginn, man darf das nicht unterschätzen, wird äußerst schwierig sein. Es ist leichter, etwas einzustellen, als etwas aufzubauen. Sollte man sich wiedergründen, soll man mich anrufen.

Wer unbedingt will, daß Gedachtes mitgedacht wird, muß selbst was kreieren. Das war 1995/96 auch eine der wichtigsten Überlegungen als einige „übriggebliebene" Linke, die sich mehr oder weniger der Wertkritik verbunden

fühlten, beschlossen, ein zusätzliches Produkt ins Leben zu rufen. Es war unsere Absicht, ein Verständigungsorgan zu schaffen, das uns relativ kompromißlos nach eigenem Gutdünken werken läßt. Abseits von linkem Traditionalismus und postmoderner Zersetzung wollen wir ganz deutliche Akzente setzen, und unserem Publikum niveauvolle Texte schenken.

Spartanisch in der Form, reichhaltig im Inhalt, das sind die »Streifzüge«. Sie sind ein *wertkritisches Strömungsblatt*, das sich primär sich selbst und nicht der linken Pluralität verpflichtet fühlt. Was aber wiederum nicht heißt, daß ausschließlich Beiträge aus dem eigenen Spektrum abgedruckt werden. Bisher sind 15 Ausgaben erschienen. Anders als bei »Weg und Ziel«, wo oft eine Mentalität vorherrschte, Marke: „Die Partei soll zahlen", war bei uns von Anfang an klar, daß die Zeitschrift nur Bestand haben kann, wenn das Publikum bereit ist, sie mitzutragen. Nach einigen Durststrecken, hat sich das Blatt weitgehend konsolidiert. Es steht auf festen Beinen, sowohl was die Autorenschaft betrifft als auch die finanzielle Lage.

Bei uns gibt es kein obligates Abosystem, sondern die Bezieher sind je nach Lust und Möglichkeit, aufgefordert, uns zu unterstützen. Das funktioniert immer besser. Vor allem die zahlreichen Auslandsbestellungen haben dazu beigetragen, daß wir behaupten können, daß die »Streifzüge« ein zur Zeit stabiles Zeitschriftenprojekt sind. (Ähnliches gilt übrigens nicht für seinen Herausgeber, den *Kritischen Kreis*, der ist eine mehr fragile Angelegenheit, nicht er trägt die Zeitung, sondern sie erhält ihn.) Autorenhonorare können wir aber deswegen noch keine zahlen, wenngleich uns bewußt ist, daß die Anforderungen, die wir an das Schriftgut stellen, früher oder später auch abgegolten werden müssen.

Natürlich können die »Streifzüge« das »Weg und Ziel« nicht ersetzen. Sie vermögen aber den theoretisch Interessierten Nährstoff zuzuführen, und da wir von selbständigen Leserinnen und Lesern ausgehen, glauben wir auch, daß unsere Zumutungen sie zwar fordern, aber nicht überfordern werden. Alle »Weg und Ziel«-Leser und -Leserinnen laden wir daher ein, sich die »Streifzüge« anzuschauen. Eine Auflistung der letzten Ausgaben findet sich im Inserat. Unser einmaliges Angebot: Abonnenten und Abonnentinnen des »Weg und Ziel«, die wollen und uns das mitteilen, erhalten den Jahrgang 2000 gratis. Das ist ernst gemeint. Eine Postkarte genügt. Werft einen Blick auf uns, was wir zu sagen haben, sollte reichen. ■

STREIFZÜGE 1998-1999

1/1998: Erich Ribolits, Und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt...
Franz Schandl, Feierabend der Arbeit
Stephan Grigat, Kritik der Nation. Zu Schandl
Gerhard Scheit, Einerlei. Europas Historiker erforschen den Kommunismus
Franz Schandl, Vorwärts zur Nachknappheitsordnung! Zu Giddens

2/1998 Franz Schandl, Kreislauf der Ignoranz. Zu Knoll
Alex Gruber, Totale Vergleichbarkeit
Peter Ulrich Lehner, Demokratie und Schöpfertum durchsetzen!
Peter Ulrich Lehner, Zum Wesen der Arbeit
Robert Kurz, Metaphysik der Arbeit
Maria Wölflingseder, Esoterik und die Linke
Stephan Grigat, Pathologie des Marxismus. Zu Backhaus
Klaus Schlesiger, Hysterische Scheingefechte? Zu Grigat

3/1998: Franz Schandl, Jagt die Spekulanten! Schlagt sie tot!
Peter Schuck, Überlegungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis
Norbert Trenkle, Was ist der Wert? Was soll die Krise?
Karl Reitter, Die Abstraktion auf der Anklagebank? Zu Gruber
Gerold Wallner, Demokratie und Schöpfertum sind durchgesetzt Zu Lehner
Stephan Grigat, Antinationale Kritik und utopischer Positivismus. Zu Schlesiger
Franz Schandl, To give and to take. Thesen zur Metakritik des Tauschs

4/1998: Gaston Valdiva, Arbeit und Wahn
Gerhard Scheit, Was bleibt von Perry Anderson?
Franz Schandl, Der nach den Sternen greift. Zu Schrempp
Franz Schandl, Entweder! Also! Zur finanziellen Lage
Gerold Wallner, Und Redl ist ein ehrenwerter Mann
Franz Schandl, Die Rechte und ihre Gegner
Gerhard Scheit, Thesen zum „Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft"
Gerhard Scheit, Die Abstraktion auf der Anklagebank...Zu Reitter
Stephan Grigat, Marxismus und Obskurantismus

1/1999: Michael Heinrich, Untergang des Kapitalismus? Zur Krisis
Gaston Valdiva; Arbeit und Wahn II
Gerhard Scheit, Was bleibt von Wilhelm Reich?
Alex Gruber/Tobias Ofenbauer, Fetischistischer Antikapitalismus
Gerhard Scheit, Wer dankt Martin Walser?
Stephan Grigat, Deutsche Grüne
Franz Schandl, Entwurf zu einer Metakritik des Tauschs
Franz Schandl, Jörg Haider und der Kleine Mann
Franz Schandl, Der Hai, der

2/1999: Gerhard Scheit, Albaner auf Schindlers Liste
Franz Schandl, Morden darf nur der Norden
Ernst Lohoff, Der Bock ist nicht der Gärtner
Roswitha Scholz, Wert und Geschlechterverhältnis
Franz Schandl, Was Wert ist. Zu Heinrich
Stephan Grigat, Nationalismus und Öcalan
Stephan Grigat, Was bleibt von Georg Lukács?
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 1. Lieferung

3/1999: Franz Schandl, Wir wählen, wen wir wollen
Ilse Bindseil, Weiblichkeit – Dialektik eines negativen Begriffs
Gerhard Scheit, Kapital ohne Zins – Die Utopie der Moderne
Robert Zöchling, Restöffentlichkeiten: Bitte sammeln!
Stephan Grigat, Materialien zum Nachschlagmarxismus
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen 2. Lieferung

4/1999 Robert Kurz, Die Enteignung der Zeit
Gerhard Scheit, Versuch über Musik und abstrakte Zeit
Stephan Grigat, Marx und die Volkswirtschaft
Franz Schandl, Populismus gleich Demokratismus
Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Zur Typologie der Bürgerinitiative
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen 3. Lieferung

Bezugsadresse:
Kritischer Kreis, Margaretenstr. 71–73/23, A–1050 Wien.
Der Richtpreis für den Jahresbezug liegt bei ATS 100, DM 20, Euro 10.
Überweisungen bitten an: Kritischer Kreis, PSK, Kontonummer 93.038.948 (Bankleitzahl 60000). Für Deutschland: Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer 405 952 854 (Bankleitzahl 760 100 85).

Meine Jahre bei »Weg und Ziel«

Anekdotisches und Grundsätzliches

Maria WÖLFLINGSEDER

Meine Mitarbeit bei »Weg und Ziel« war mindestens genauso unvorhersehbar wie die politischen Veränderungen anno 1989 in Osteuropa. Trotzdem ergab sie sich. Wobei letzteres zur Voraussetzung für ersteres wurde.

Als ewig parteipolitisch unorganisierter „freischwebender kritischer Geist" war es höchst unwahrscheinlich, daß ich jemals ausgerechnet beim „theoretischen Organ" der KPÖ landen würde. Ein halbes Jahr bevor es dann doch soweit war, erhielt ich ungefragterweise drei »Weg und Ziel«-Probehefte zugeschickt. Ihr Aussehen und ihr Inhalt haben mich wenig angesprochen, geschweige denn „überzeugt".

Was sich jedoch bereits Ende der achtziger Jahre sehr zum Vorteil verändert hatte, waren die Wochenendausgaben der Parteizeitung »Volksstimme«, die damals noch eine Tageszeitung war. Ich hatte 1987 einige Artikel zum Thema meiner Dissertation – Esoterik-Kritik – an die Redaktion geschickt. Sie wurden erfreut aufgenommen und gedruckt. Lutz Holzinger hat sie redigiert: ich erinnere mich noch, anfänglich durfte in den Artikeln das Wort „ich" nicht vorkommen. Später wurde diese Regel jedoch fallengelassen. Zu Michael Grabers Chefredakteur-Zeiten im Sommer 1988 habe ich eine wöchentlich erschienene dreiteilige Serie zur sich damals rapide ausbreitenden Esoterik-Bewegung geschrieben. Als sich der letzte Teil aufgrund des »Volksstimme«-Festes um eine Woche verzögerte, riefen LeserInnen in der Redaktion an und fragten, wo denn mein dritter Teil bliebe. Graber war perplex: „So etwas hat es noch nie gegeben."

Auch den Linzer KSV brachte ich damit in Aufruhr. KSVlerInnen trafen just meine Schwester zufällig auf der Straße, nachdem sie einen Abend lang heftig diskutierten hatten, warum da einfach eine völlig parteifremde „Irgendwer" daherkommen kann und gleich eine dreiteilige Serie schreiben darf, wohingegen sie nur ein kleines Jahreskontingent an Veröffentlichungsmöglichkeit hätten. Ob sie – meine Schwester – einer Verwandte dieser namensgleichen „Irgendwer" sei, fragten sie sie vorwurfsvoll. Daß Nicht-Parteimitglieder in der »Volksstimme« schreiben durften, war ein Novum, das alle – KPÖler und alle anderen sowieso – höchst erstaunte. Glasnost und Perestroika hatten also auch in der »Volksstimme« Einzug gehalten.

Im Herbst 1991, knapp vier Jahre nachdem ich die ersten Artikel in der »Volksstimme« veröffentlicht hatte, rief mich der mir unbekannte Stephan Ganglbauer an, dem meine Arbeiten in der »Volkstimme« und im »Salto« angenehm aufgefallen waren, und fragte mich, ob ich mir vorstellen könnte, in der Partei wissenschaftlich mitzuarbeiten.

In der Zwischenzeit war einiges Welt- und Mich-Bewegendes geschehen: Die Ereignisse im „realen Sozialismus" hatten sich überschlagen, ein Großteil der KPÖ-Mitglieder hatte der Partei augenblicklich den Rücken gekehrt, und ich hatte langsam, aber sicher mein Studium der Pädagogik und Psychologie beendet – nachdem meine letzten Jahre bereits mehr mit Artikelschreiben und Vorträge halten ausgefüllt waren.

Den gläubigen Linken ist ihre Religion abhanden gekommen

Spätestens Anfang der neunziger Jahre hatte sich der Großteil ehemals Linker – in die Privatheit, in die Karriere, in die Esoterik – zurückgezogen. Die Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion haben viele Linke – auch außerhalb der KPÖ – in eine tiefe Krise gestürzt. Zu jenen „Gläubigen", denen nun ihre Religion abhanden gekommen war, habe ich nie gehört. So war es für mich kein Problem, in der nun auf ein Minimum reduzierten Linken „näher zusammenzurücken". Zu letzterem fühlte sich wohl auch die Partei bzw. das »Weg und Ziel« gezwungen: es blieb gar nichts anderes übrig, als neue MitarbeiterInnen von außerhalb zu suchen. Für mich war auch Julius Mende, ein vielerorts engagiertes „Unikum" ein Garant für ganz neue Seiten des »Weg und Ziel«. So nahm ich das Angebot der Mitarbeit an. Das blieb nicht ohne private Folgen. Für eine ganz liebe langjährige Freundin, die Anfang der achtziger Jahre der KPÖ beitrat und sie 1989 verließ, war ich eine „Verräterin". Schmerzlich – genauso wie der Verlust meiner vielen, vielen Mitstreiter und Mitstreiterinnen seit Mitte der siebziger Jahre. Ich bin ja seit meinem 15. Lebensjahr recht umtriebig: von den Salzburger Anfängen – unter anderem mit Johannes Seitner: vor Schulbeginn Flugzettelverteilen bei der Stellungskommission des Bundesheeres, um auf den 1975 erstmals möglichen Zivildienst aufmerksam zu machen –, über Schul-, Sozialakademie- und Unipolitik, bis zu Jugendarbeit und Frauenbewegtem. Und nicht zu vergessen das Volksbegehren gegen Abfangjäger – von dem Stephan Ganglbauer einmal behauptete, es wäre ein großer Fehler der KPÖ gewesen, dieses Volksbegehren nicht mitzutragen, weil man sich auf den „star war" konzentrieren mußte. Politisches Engagement fiel bei mir jedoch weniger „dogmatisch/gläubig/verbissen/hardcore" als bei den meisten anderen aus. Das ist wahrscheinlich – neben meiner Entwicklungsfähigkeit – ein Grund, warum ich nach 27 Jahren noch immer zu jenen wenigen gehöre, die es „nicht lassen können". Die meisten früheren MitstreiterInnen sind, wie bereits erwähnt, was weiß ich wohin „emigriert". Und jene nicht zu vergessen, die mit psychischen oder gesundheitlichen Leiden – was immer die Gründe dafür sein mögen – „auf der Strecke" geblieben sind, oder überhaupt vorzeitig freiwillig das Zeitliche gesegnet haben.

Jedenfalls muß ich mich in meinen Kreisen schon fast rechtfertigen und entschuldigen für meine „Unverbesserlichkeit" – vor allem für meine höchst abwegige abstrakte radikale Gesellschaftskritik. Die Rolle eines faszinierenden, aber mit äußerster Vorsicht zu genießenden Kuriosums (nicht nur aus politisch/wissenschaftlichen Gründen) ist mir sicher. Aber sicher nicht angenehm.

Manchmal frage ich mich, ob ich politisch einen ganz anderen Weg hätte einschlagen können, wenn mir nicht ein Job bei »Weg und Ziel« angeboten worden wäre. Ich bin aber zum Schluß gekommen, daß ich einer logischen Entwicklung gefolgt bin, die sich aus jahre-

langer redlicher intellektueller Auseinandersetzung ergab: von der „Linkskatholikin“ zur Wertkritikerin. Genauso war es kein Zufall, daß wir kritische Geister wie Franz Schandl, Gerhard Scheit, Stephan Grigat und Robert Zöchling als »Weg und Ziel«-Autoren gewinnen konnten und wir – aus ganz verschiedenen Richtungen Kommende – im 1995 gegründeten „Kritischen Kreis“ zusammengefunden haben.

»Weg und Ziel« – mein „Zweitstudium“

Nach meinem Studium hatte ich erst so recht Lust bekommen, Philosophie zu studieren. Stattdessen wurde »Weg und Ziel« quasi zu meinem „Zweitstudium“. Neben vielem Politischen und Wissenschaftlichen konnte ich vor allem das Agieren von Männern in (politischen) Gruppen studieren. Zumeist keine besonders erquickliche und fruchtbare Angelegenheit. Die Redaktion war zu 99 Prozent ein „Männer-Verein“. Warum? Weil sich nicht viele Frauen für Theorie interessieren? (Wir hatten immer große Not, Frauen als Autorinnen oder Diskutantinnen zu finden.) Weil sie die ewigen Hähnenkämpfe in solch männerbündisch anmutenden Zirkeln nur noch anöden? Weil sie, wenn sie mitmachen wollten, sich den Verhaltensnormen, die die Männer vorgeben, anpassen müßten?

Auch die von mir und Julius Mende beabsichtigte *Diskussion* verschiedener Standpunkte im »Weg und Ziel« hat nicht in der gewünschten Form stattgefunden, weil kaum jemand willens und fähig ist, mehr als die „Proklamation seines Standpunktes“ abzugeben. Wobei in Deutschland die Lage diesbezüglich traditionell noch viel angespannter ist: dort ist es unvorstellbar, daß sich – die meist verfeindeten – Vertreter unterschiedlicher Theorien an einen Tisch setzen. Dennoch waren wir bemüht – im Gegensatz zu den Aufgaben eines Parteisprachrohrs – Themen kontroversiell darzustellen.

Auch meine in den ersten Jahren gelungenen Versuche, verschiedene politische Gruppen (etwa KSV, akin, Virus, EKH etc.) zur Diskussion von »Weg und Ziel«-Schwerpunktthemen bei den „LeserInnen-Foren“ zusammenzubringen, sind wieder eingeschlafen – allein schon, weil aus Kostengründen in den letzten Jahren nicht mehr viele Veranstaltungen stattgefunden haben. Die zwar schon immer vorhandene „Verschrebergartenisierung“ des politischen Spektrums – vor allem auch bezüglich linker Theoriebildung – scheint sich heute noch mehr auszubreiten. Daß sich jemand auf eine „fremde“ Veranstaltung oder auf ein „fremdes“ Fest verirrt, kommt immer seltener vor.

„Steinzeitverhalten“ in Gruppen

Viele Linke verdammen den „Psycho-Scheiß“ der siebziger Jahre in Grund und Boden. Aber jener, den ich erlebt habe – zum Beispiel sogenannte gruppendynamische Reflexionen in verschiedensten politisch arbeitenden Gruppen –, ist mir jedenfalls wesentlich angenehmer in Erinnerung als das in den letzten Jahren bei »Weg und Ziel« und in anderen linken Zusammenhängen erlebte „Steinzeitverhalten“ in Gruppen. Solches mutet manchmal schier surreal an. Wenn es nicht so kotzunangenehm wäre, könnte man sich ob seines Kuriositätswerts gar amüsieren. Beispielsweise von der obersten Regel, die inhaltliche und die persönliche, die formelle und die informelle Ebene auseinanderzuhalten, bzw. die Gefahr ihrer Verquickung zu reflektieren, hat hier offenbar noch nie jemand gehört. Diskussionen und Entscheidungen verliefen entsprechend chaotisch, undurchschaubar und oft auch paternalistisch.

Der in den letzten Jahren rapide angestiegene beinharte Konkurrenzkampf auf Grund der angespannten ökonomischen Situation jedes einzelnen tut sein Übriges, die persönliche und die inhaltliche Ebene bis zur Unkenntlichkeit zu „vermantschen“. Inhaltliche Auseinandersetzungen können oft kaum mehr geführt werden. Kontroversielle Inhalte werden nicht mehr diskutiert, sondern geraten schlichtweg zum Kampfmittel.

In gewisser Hinsicht war jedoch auch die Verhaltenskultur der K-Gruppen in den siebziger Jahren bereits nicht „ohne“. Abgesehen von den Kämpfen untereinander, konkurrierte man auch innerhalb – beispielsweise um die härteste Sitzungsdisziplin; wessen Arsch den längeren Atem hatte, der gehörte zu den Siegern und durfte vorne/oben mitmischen. Was für mich schon aus politischen Gründen nicht in Frage kam, konnte für viele andere (in den siebziger und achtziger Jahren) allein aus Gründen der dort in besonderer Ausprägung herrschenden „Un-Sinnlichkeitskultur“ nicht in Erwägung gezogen werden: sich im KSV zu engagieren, geschweige denn, sich dort „hochzudienen“.

Kurz: Was im Fachjargon „kommunikative Kompetenz“ heißt, habe ich jedenfalls in linken Kreisen schon lange nicht mehr erlebt. Ganz im Gegenteil: Vergleichsweise kommen mir die meisten Linken überdurchschnittlich kühl, um nicht zu sagen ängstlich vor, und meist voller Vorbehalte oder Ressentiments voreinander. Auch nur ein Funken Herzlichkeit oder gar Phantasie, Poesie und Mitgefühl im Umgang miteinander ist wahrlich die Sache der Linken nicht. Alle verschwinden immer mehr hinter unpersönlichen Fassaden, die in Zeiten wie diesen, immer unabdingbarer werden. Sich Schwächen, Fehler oder gar Bedürfnisse – jenseits der Zweckrationalität dienenden – einzugestehen oder gar zu leisten, wird im-

Foto: Udo Hesse, Max-Beer-Straße, 1982

mer unmöglicher. Daß auch unter Linken keine gesellschaftliche Ausnahme möglich ist, ist schon einleuchtend. Aber unerklärlich ist, warum diese fehlenden „Kleinigkeiten, die einen Großteil des Lebens ausmachen" ausgerechnet bei Linken viel unterentwickelter sind als bei anderen. Und noch unverständlicher ist, welch schwer zu leugnender Zusammenhang zwischen linken DenkerInnen (auch jenen von höchst brauchbaren, richtigen und wichtigen Theorien) und – euphemistisch ausgedrückt – ihrer Verkorkstheit besteht. Niemand konnte mir darauf je eine Antwort geben. Selbstverständlich sind solch Fragen schlicht tabu. Außer Julius Mendes gelegentliche Bemerkungen über dergleichen wahrlich erstaunlichen Umgang miteinander, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß diesen zu hinterfragen jemand der Mühe wert fände.

Oder habe ich da etwas falsch verstanden? Zwingt analytisches Denken weitgehend zur „emotionalen Abstinenz"? Fürchten AnalytikerInnen, daß ihre haarscharfen Analysen durch Gefühle verwackelt werden könnten?

Keine Reflexion des „Privaten"?

Ganz allgemein werden die Bedingungen der persönlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, und manchmal auch die Auswirkungen, kurz in den Artikeln angesprochen und natürlich immer mitgedacht. Aber explizit wird das „Private", das „Persönliche" wenig theoretisch durchleuchtet. Auch unsere tägliche Praxis – materielle wie psychische Fragen, Ängste, Sorgen, Nöte, kurz der tägliche (Über-)Lebensk(r)ampf – wird kaum oder gar nicht reflektiert – hinsichtlich unseres täglichen „Tun-Müssens". Darüber hinaus mutet der persönliche Umgang richtiggehend „leblos", verschroben, verklemmt oder gar feindselig an – nämlich wie in diesem Ausmaß sonst kaum wo! (Ich bin nämlich auch, was die Verschiedenheit der Menschen, mit denen ich verkehre, anbelangt, recht umtriebig. Viele Linke scheinen ja fast nur unter ihresgleiches zu bleiben.)

Daß Theorie abstrakt sein muß, ist klar, aber muß deswegen alles Private und Persönliche – wie Usus – ins stille Kämmerlein gedrängt und darin versperrt werden? Hat all das bei Linken außer in Form von schweigendem Pragmatismus nichts zu suchen. Es mutet völlig obskur an, wie Linke einen Großteil dessen, was das Leben ausmacht, schlicht „über-privatisieren", ihn durch Nichtreflektieren, durch schlichtes Ausklammern aus unserem abgespaltenen „Polit- und Wissenschaftsleben" noch tiefer ins Private, und somit auch ins Verschweigen drängen. Natürlich soll das Private privat sein, aber seine *Bedingungen* gehören öffentlich gemacht und reflektiert.

Warum soll/muß ich mich dem angespannten, eisigen, unlustigen Klima in der Linken aussetzen? Ist das eine conditio sine qua non? Eine Bedingung, ohne die es nicht geht? Jedenfalls führe ich immer mehr ein regelrechtes Doppelleben: einerseits in der Linken, andererseits „ganz woanders", ganz wie anders.

Wovon ich mich allerdings deutlich distanziere: Alles, was da so im Zuge von political und sexual correctness daherkommt und mittlerweile darüber hinaus weit verbreitet ist: diese Opfergebärdung und letztlich der Schrei nach (staatlich überwachter) „Zucht und Ordnung" ist für mich in keinster Weise eine alternative Umgangsform. Ich rede auch keiner „linken Sozialarbeit" das Wort oder gar einer „Politik aus dem Bauch". Und den Vorwürfen von Postmodernen an Wertkritikern – letzteren Theorie quasi als persönliche Schwäche aufgrund ihres „freudlos grauen Lebens" und ihrer „Verkniffenheit" auszulegen – kann ich nicht einmal Unterhaltungswert abgewinnen.

Julius Mende hat einen Schwerpunkt fürs kommende Jahr vorgeschlagen: „Politik und Lebensweise", darin hätte dieses allseits ignorierte Thema behandelt werden sollen.

Theoriefeindlichkeit

Noch mehr befremdet mich jedoch so manche Theoriefeindlichkeit, die sich gerade letzterdings verstärkt breit gemacht hat. Daß ganz allgemein die Zeiten für linke Theorie keine guten sind, macht sich klarerweise schon seit Jahren bemerkbar. »Weg und Ziel« war vielen zu theoretisch, zu abstrakt. Jedoch waren das meist LeserInnen, die – in den Zwängen des Alltags ihre „Realitätstüchtigkeit" beweisen müssend – nie wirklich Gelegenheit hatten, sich den „Luxus" theoretischer Studien zu leisten. Luxus insofern, als Theorie viel Zeit, Ruhe und Konzentration erfordert. Theorie ist nicht nur in dieser Hinsicht dem Alltag diametral entgegengesetzt. Sie folgt auch ganz anderen „Regeln" als der Alltag.[1]

Daß aber auch WissenschaftlerInnen, die mit Theorie an sich vertraut sind, diese plötzlich gegen Moral ausspielen, verwundert einigermaßen. Offenbar, haben wir es nicht geschafft, zu vermitteln, wozu Theorie gut ist. Manche meinen, etwas erklären hieße etwas rechtfertigen. Alles was nicht auf der herkömmlichen dualistischen Schiene von gut versus böse abgehandelt wird, wird als eitel und selbstverliebt, als Ignoranz gegenüber den Opfern von gesellschaftlichen Verhältnissen verteufelt. Warum wird der Bote einer schlechten Nachricht geschlagen? Als ob er das Unglück verursacht hätte. Oder werden mißliebige Theorien einfach als „selbstherrlich" abgetan?

Insbesondere wenn es um Opfer des Nationalsozialismus oder des Neo-Rassismus geht, tritt bei vielen eine völlige Verengung des Blickwinkels ein – um nicht zu sagen eine Mystifizierung und Emotionalisierung. Als ob Rassismus nicht *Teil* der allgemeinen kapitalistischen Mensch- und Naturvernichtungslogik wäre, der tagtäglich unzählige Menschen zum Opfer fallen. Könnte es sein, daß dieser „alltägliche, gewöhnliche" Wahnsinn zu „ungreifbar", zu „beliebig" ist? Möchte man sich lieber über etwas „Konkretes" moralisch entrüsten – über Opfer des Faschismus und des Rassismus; gar moralisch entrüsten, um der Moral willen, oder um das Gewissen zu beruhigen. Analog dazu wird Haider und die FPÖ zum Popanz stilisiert, ohne die gesellschaftliche Gesamtentwicklung (Stichwort: Festung Europa) zu erkennen; diese wird durchgezogen – egal von welcher Partei.

Ganz allgemein muß festgestellt werden, wie tief Moral und Glaube in der Linken verwurzelt sind. Das läßt sie theoretische Analysen als abgehoben und realitätsfern abqualifizieren. Linke meinen, mit der Verurteilung des Bösen, mit der Solidarität mit den Opfern und mit Forderungen nach allem Guten sei es schon getan. Und wenn dann TheoretikerInnen unser ganzes System überhaupt in Frage stellen, und meinen, eine emanzipatorische Perspektive sei innerhalb von Demokratie und Marktwirtschaft nicht mehr möglich – seien sie noch so „offensiv", „basisnahe" und „zivilgesellschaftlich" – dann ist der wärmende Ofen für die meisten sowieso aus.

Ich habe über dreizehn Jahre lang biologistische und sogenannte esoterische Ideologien analysiert. Letztlich mußte ich feststellen, daß sich Esoteriker und Linke in ihrem jeweiligen unerschütterlichen Glauben und in ihrer jeweiligen Moral sehr ähnlich sind. Linke *glauben* an die Solidarität, an die Möglichkeit, durch Gesetze oder durch guten Willen zu einer menschlichen Gesellschaft zu gelangen. Und beider Denken ist immer rückwärts gewandt: das der Esoteriker in vorkapitalistische Zeiten, als die Welt noch in (göttlicher) Ordnung

war; das der Linken in Zeiten des Arbeiterklassenmarxismus oder sie beharren schlicht auf dem, was bereits am Untergehen ist. Psychologisch betrachtet, kann das nur als eminente Angst vor allem Neuem, vor allem Unbekannten verstanden werden. Das Alte ist hingegen vertraut.

Schließlich dominieren sowohl bei Linken als auch bei Esoterikern Füllhörner, die sie aber als das Gute selbst erkannt haben wollen. Ist das bei den einen vor allem Religion, Spiritualität oder Ökofeminismus, ist es bei den anderen in erster Linie die Demokratie. Wie Füllhörner es aber so an sich haben, können sie mit allem Möglichen gefüllt werden – sie sind alles andere als per se ein brauchbarer Inhalt.[2]

Nochmals zu »Weg und Ziel«

Um noch etwas ganz anderes und Erfreulicheres zu berichten. Große Erfolge meiner Jahre bei »Weg und Ziel« waren die beiden Symposien zu den Themen „Biologismus – Rassismus – Nationalismus" und „Nation = Nationalismus?" in den Jahren 1994 und 1995, die »Weg und Ziel« gemeinsam mit anderen Organisationen plante und durchführte – sowie das daraus hervorgegangene Buch „Biologismus – Rassismus – Nationalismus", das ich gemeinsam mit Gero Fischer herausgegeben habe.

Meine Teilzeit-Tätigkeit bei »Weg und Ziel« war letztlich eine gute Möglichkeit, auch weiterhin meiner stark nachgefragten Arbeit als Esoterik-Analytikerin und -Kritikerin nachzukommen. Diese beiden Tätigkeitsbereiche ergänzten sich hervorragend. Einerseits was meine Zeiteinteilung betraf, andererseits was die Kontakte vor allem nach Deutschland anbelangten, wohin ich zu vielen Vorträgen eingeladen worden bin – (als es noch Geld dafür gab. Heute rufen StudentInnen an, um mich an die Uni einzuladen, nur kriegen sie nirgendwoher Geld dazu.)

Apropos Geld. Da wären wir schon wieder beim höchst Unerfreulichen. Ah ja, das »Weg und Ziel« wird eingestellt. Wer die KPÖ zumindest ein bißchen kennt, findet es wahrscheinlich müßig, darüber Worte zu verlieren. Es haben zwar viele nicht glauben können, daß die Partei tatsächlich ihr langjähriges, nicht unrenommiertes Theorie-Organ einstellen wird. Aber wenn Wahlkämpfe (für 22.016 Stimmen bei den letzten Nationalratswahlen), die Millionen und Abermillionen kosten, das Wichtigste sind, erübrigt sich jede Debatte. Außer ein paar Kanditaten und dem Wahlzirkus wird dann halt bald nichts mehr übrigbleiben. Die Wahlwerbe-Argentur wird sich freuen. Im übrigen schließe ich mich dem bereits von Lutz Holzinger in diesem Heft Geschriebenen an – insbesondere dem, was er im letzten Absatz über das ungebrochene Primat der Politik sagt.

Arbeitslos oder joblos?

Kurz vor Weihnachten erfuhr ich, daß mein Job ersatzlos gestrichen wird. Kurz nach Weihnachten und Silvester lautete die häufigste an mich gestellte Frage mit eigenartigem Unterton: „Na, und weißt du schon, was du jetzt machst?" Ich werde den Eindruck nicht los, daß meine Joblosigkeit, die Existenzangst der anderen stark erhöht. Wohl die viel zitierte Angst der Noch-nicht-Arbeitslosen. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, scheint man aber ohne Job für viele kein („richtiger", kein ernstzunehmender) Mensch mehr zu sein. Außerdem sollte es natürlich ein reputierlicher Job sein. Es ist wirklich erstaunlich, wieviele Menschen – selbst gebildete und studierte – ihre Identität, ihren Selbstwert hauptsächlich über ihren Job beziehen.

Ich kontere auf ihre Frage: „Als allererstes werde ich mir mal überlegen, was ich *nicht* machen will." Mir antworten nämlich so manche auf die Nachfrage nach ihrem Wohlergehen anläßlich der Ödheit ihres Jobs aus tiefstem Herzen: *„Naja, das Leben ist jetzt vorbei."* Diesen Eindruck habe ich von einem Großteil der Menschen. Die Folgen: Krankheiten, Erschöpfung und „Asozialität" (letzteres: Zitat derer, die vor lauter Arbeit kaum mehr Zeit für andere haben).

Für mich besteht natürlich ein gravierender Unterschied zwischen Arbeits- und Joblosigkeit – was absurderweise immer schwierger wird, jemandem klarzumachen. Arbeit habe ich genug. An spannenden Tätigkeiten fehlt es mir wahrlich nicht: Wissenschaftliches, Literarisches, Fotografisches, Sprach(en)liches und vieles andere harrt geduldig der Verwirklichung. Einen Job braucht man nur fürs Geld. (Geldmachen-Müssen birgt viele Gefahren. Wie meinte ein berühmter Sänger: „Liebe und Musik sind Himmelsmächte, aber wenn man sie für Geld macht, kommt man damit in die Hölle.")

Ich hoffe, für mich ist das Leben nicht vorbei – ob mit oder ohne Job und im Gegensatz zu den vielen, die sich fast nur mehr als „Arbeitsmarionetten" wahrnehmen. Beruhigend ist nur, Literarisches Schaffen war ja immer schon ziemlich brotlos. Wenigtens hier gibt's kein altersbedingtes Zuspätkommen.

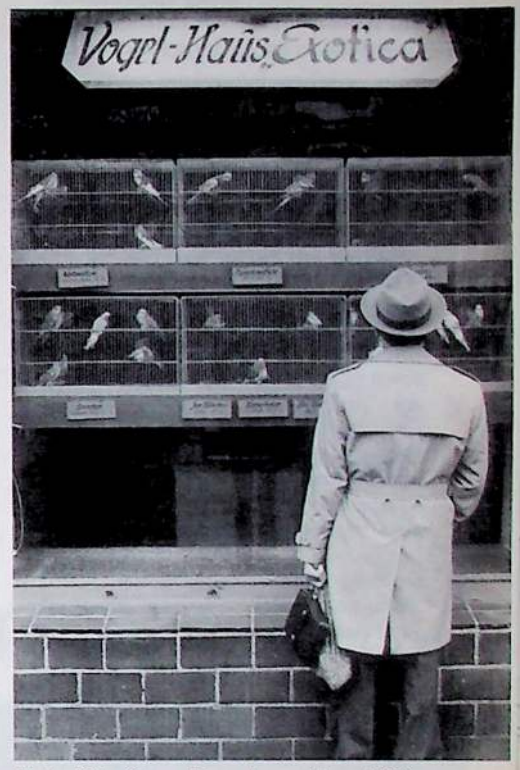

Foto: Udo Hesse, Prenzlauer Berg, 1982

Vermutlich werde ich immer zwischen allen Stühlen sitzen, oder auf den Stuhlkanten balancieren und konsequent deviante Fragen stellen. Mein kindlicher Berufswunsch war schließlich Seiltänzerin, wie es eine im Buch vom „Esel Moro" zu bewundern gab. ■

Maria WÖLFLINGSEDER hat die Sozialakademie absolviert sowie Pädagogik und Psychologie studiert. Arbeitsschwerpunkt: Esoterik-, Biologismus- und Ökofeminismus-Kritik. Redaktionskoordination von »Weg und Ziel«. Neuerdings literarische Versuche – insbesondere Lyrik.

Anmerkungen

1 Vgl. Maria Wölflingseder: Warum der Alltag grau ist, in: »Mitbestimmung« 1/1998, S. 30-35. Sowie: Franz Schandl: Der Kapitalismus und du, in: »Streifzüge« 2/1997, S. 3-7.

2 Vgl. Maria Wölflingseder: Esoterik und die Linke, in: AntiVisionen (Hg.), Schicksal und Herrschaft, Broschüre, Hamburg 1999, S. 68-77. (Erhältlich nur bei: rat – reihe antifaschistischer Texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, D-20357 Hamburg, gegen 10 DM Vorkasse. In Wien: in den Buchhandlungen Winter und Südwind.)